

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1996
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Rheinland-Pfalz

**„Programm der F.D.P. Rheinland-Pfalz
zur Landtagswahl 1996“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Emmelshausen am 28. Oktober 1995)



**Programm der F.D.P.
Rheinland-Pfalz
zur Landtagswahl 1996**

**Beschlossen auf dem Landesparteitag
am 28. Oktober 1995 in Emmelshausen**

24. März



Programm der F.D.P. Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 1996

Beschlossen auf dem Landesparteitag
am 28. Oktober 1995 in Emmelshausen

Präambel

Seit es das Land Rheinland-Pfalz gibt, war dessen Politik stets auf eine bürgerliche Mitte hin orientiert. Rheinland-Pfalz ist mit diesem Kurs, der in vielen Jahren von der F.D.P. mitgeprägt wurde, bisher stets sehr gut gefahren. Gerade in den letzten Jahren ist es gelungen, Rheinland-Pfalz - besonders in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik - in die Spitzengruppe der Bundesländer zu bringen.

Bei der Landtagswahl am 24. März 1996 könnte Rheinland-Pfalz erstmals in seiner Geschichte von diesem erfolgreichen und berechenbaren Weg abkommen - dann nämlich, wenn die Grünen an die Hebel der Macht kämen. Deshalb ist die Landtagswahl im Frühjahr eine Richtungswahl.

Kein Programm einer demokratischen Partei unterscheidet sich von dem der F.D.P. so stark wie das der Grünen.

Die Grünen stehen für Staatsgläubigkeit, Dirigismus und Bürokratie, für Verbote, für noch mehr Gesetze und Verordnungen, für noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren, für noch mehr Staatsverschuldung. Ihr Programm nimmt in Kauf, daß Arbeitsplätze in großer Zahl verloren gehen (z.B. Verbot der Chlorchemie).

Wir Liberalen wollen mit weniger Bürokratie hin zum schlanken Staat, wollen weniger Gesetze, Verbote und Verordnungen, wollen weniger Steuern, Abgaben und Gebühren, wollen weniger Staatsverschuldung. Das Programm der Freien Demokraten zeigt realistische Perspektiven auf und ist frei von Ideologien. Für die F.D.P. sind die Menschen Individuen, die sich nicht alles verordnen lassen, sondern ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen wollen.

Das Landtagswahlprogramm der F.D.P. macht deutlich, wie sich Liberale den Weg von Rheinland-Pfalz in das Jahr 2000 vorstellen. Es ist klar, daß keine Partei mit einem umfangreichen Programm allein Wahlen gewinnen kann. Dennoch sind Programme wichtig - für die politische Standortbestimmung und für Ihre Wahlentscheidung.

Herausgeber:
F.D.P.-Landesverband
Rheinland-Pfalz
Am Linsenberg 14
55131 Mainz

Die F.D.P. hat in ihrem Programm Schwerpunkte gesetzt:

1. Die F.D.P. Rheinland-Pfalz will Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze schaffen.
2. Die F.D.P. Rheinland-Pfalz will eine umweltschonende Wachstumspolitik.
3. Die F.D.P. Rheinland-Pfalz will die Menschen vor Kriminalität, Gewalt und Extremismus schützen.
4. Die F.D.P. Rheinland-Pfalz will eine moderne Schule mit einer Stärkung der beruflichen Bildung, mit mehr Betreuungsangeboten, größerer pädagogischer Gestaltungsfreiheit, mehr Eigenverantwortung und mehr Werteorientierung.

Wenn das Programm der F.D.P. in den nächsten fünf Jahren durch Regierungsmitverantwortung umgesetzt werden kann, geht Rheinland-Pfalz weiterhin in der Mitte nach vorn ins nächste Jahrtausend.

Ob das möglich sein wird oder ob Rheinland-Pfalz mit den Grünen vom Weg abkommt - darüber wird am 24. März 1996 entschieden.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die Schwerpunkte der F.D.P. Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 1996	1
Arbeitsplätze schaffen	2
Eine moderne Schule für eine moderne Gesellschaft	6
Ökologische Marktwirtschaft: Manifest für eine neue umweltschonende Wachstumspolitik	11
Die Bürgerinnen und Bürger schützen	14
Die Aussagen der F.D.P. Rheinland-Pfalz zu den einzelnen Politikbereichen	16
Wirtschaftspolitik	17
Verkehrspolitik	20
Energiepolitik	26
Gewerbeförderung - Politik für den Mittelstand	27
Technologiepolitik	28
Bauen, Wohnen, Eigentum	30
Fremdenverkehr	31
Umweltpolitik	33
Rechts- und Innenpolitik	45
Schule und Weiterbildung	52
Hochschulpolitik	59
Bilanz und Konzeption der F.D.P. für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz	62
Kulturpolitik	67
Sozialpolitik	70
Frauenpolitik	79
Europapolitik	81
Medienpolitik	83
Sportpolitik	85
Haushalts- und Finanzpolitik	91
Kommunale Selbstverwaltung	93
Regionale Strukturpolitik	94
Index	95

Die Schwerpunkte der F.D.P. Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 1996

Schwerpunktthema:

Arbeitsplätze schaffen

1. Erfolgsstory Rheinland-Pfalz

Neue Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende Arbeitsplätze zu erhalten, ist die wichtigste Aufgabe der rheinland-pfälzischen F.D.P. im kommenden Jahrzehnt.

Die von der F.D.P. in den vergangenen beiden Legislaturperioden geprägte, marktwirtschaftlich ausgerichtete Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik in Rheinland-Pfalz hat dafür besonders günstige Voraussetzungen entwickelt.

Rheinland-Pfalz ist unter den westdeutschen Flächenländern in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in die Spitzengruppe vorgestoßen:

- Es erreicht mit einer Exportquote von 40 % den ersten Platz.
- Seine Produktivität je Industriebeschäftigten wird von keinem vergleichbaren anderen Bundesland übertroffen.
- Rheinland-Pfalz erzielte 1994 von allen alten Bundesländern das höchste Wirtschaftswachstum.

Die Verkehrsinfrastruktur wurde wesentlich verbessert. Im Landesstraßenbau führt die Privatfinanzierung zu einer beschleunigten Komplettierung der Netzinfrastruktur. Durch die Mitfinanzierung vordringlicher Bundesfernstraßen wird das Ausbautempo zusätzlich erhöht.

Der "Rheinland-Pfalz-Takt" hat die Attraktivität des Schienenverkehrs merklich gesteigert. In den nächsten zehn Jahren wird das Land in das europäische Schienen-Schnellverkehrsnetz integriert sein.

Der "Technologiestandort Rheinland-Pfalz" hat sein Ansehen gestärkt. Technologiezentren, Technologie-Transfereinrichtungen und das Förderangebot der unter Federführung der F.D.P. gegründeten Investitions- und Strukturbank trugen dazu maßgeblich bei.

Für die rheinland-pfälzische F.D.P. sind dies ganz wichtige Voraussetzungen, um die Beschäftigungssituation entscheidend zu verbessern. Dies wird schon jetzt daran deutlich, daß nur die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern eine geringere Arbeitslosenquote haben als Rheinland-Pfalz. Dennoch ist eine Arbeitslosenquote, die bei acht Prozent liegt, viel zu hoch und deshalb eine vordringliche Herausforderung für liberale Politik.

2. Das Beschäftigungssystem reformieren

Wir brauchen eine rasche Modernisierung unseres Beschäftigungssystems. Die Ost-West-Öffnung, die Entfaltung des Europäischen Binnenmarktes sowie die Globalisierung der Märkte haben zu einer erheblichen Intensivierung des Wettbewerbs um Investitionen und Arbeitsplätze geführt. Das deutsche Beschäftigungssystem steht dadurch unter massivem Anpassungsdruck.

Die rheinland-pfälzische **F.D.P.** tritt für eine marktwirtschaftliche Modernisierung der Beschäftigungsbedingungen ein. Marktwirtschaftliche Lösungen sind die Gewähr dafür, daß die Erwerbstätigen in Deutschland ihre Netto-Einkommen am ehesten sichern und für Erwerbslose neue Arbeitsplätze entstehen können:

- Die **F.D.P.** fordert eine flexible Arbeitszeitgestaltung, die sich nach den betrieblichen Erfordernissen statt nach überkommenen tariflichen Vereinbarungen richtet.
Eine moderne und betriebsnahe Lösung ist die tarifliche Vereinbarung von Jahresarbeitszeiten. Es muß mehr individuelle Zeitsouveränität geschaffen werden, damit die persönlichen Arbeitszeiten von den Betriebs- und Maschinenlaufzeiten entkoppelt werden.

Die Investitionskosten für einen Arbeitsplatz haben heute eine Summe von einer Million Mark und mehr erreicht. Es ist unerlässlich, diese Investitionen im internationalen Wettbewerb wirksam einzusetzen.
- Die **F.D.P.** fordert den Abbau der Lohnzusatzkosten durch Entlastung der Sozialversicherungssysteme von versicherungsfremden Leistungen.

Beispielsweise soll die Arbeitslosenversicherung nur noch eine Absicherung für Arbeitslose bieten. Alle anderen Maßnahmen, die heute noch von der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden, müssen künftig aus Steuermitteln finanziert werden. Dadurch können zugleich Qualifizierungsprogramme flexibler auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes zugeschnitten werden.
- Die **F.D.P.** tritt für eine Entkoppelung der Lohn- und Lohnzusatzkosten und für die befristete Übernahme der Lohnzusatzkosten durch den Staat bei den Arbeitnehmern ein, die in Umschulungs- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen einbezogen sind.
Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose und Schwervermittelbare sind nach wie vor nötig. Sie müssen aber zeitlich befristet sein.

Diese Umschulungs- und Weiterqualifizierungsprogramme werden im nächsten Jahrzehnt eine wichtige Funktion behalten. Dabei legt die **F.D.P.** größten Wert darauf, daß sie betriebsnah durchgeführt werden. Umschulung und Weiterqualifizierung im Betrieb sind in der Regel kostengünstiger und zugleich die beste Gewähr für die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis.

Betriebsferne bedeutet Arbeitsmarktferne. Für schwer vermittelbare Arbeitslose und Langzeitarbeitslose sind nach wie vor staatliche Beschäftigungsprogramme notwendig. Diese müssen allerdings vorübergehenden Charakter haben.

- Die **F.D.P.** ist der Auffassung, daß auch diejenigen, die nicht weiterqualifiziert werden können, bessere Chancen am Arbeitsmarkt erhalten müssen. Sie sollten dem "ersten Arbeitsmarkt" erhalten bleiben oder ihm zugeführt werden. Um es ihnen zu ermöglichen, angemessene Löhne und Gehälter zu verdienen, ist es wichtig, die Negativsteuer (Bürgergeld) einzuführen. D.h., es müssen, z.B. für den Bereich der unteren Lohngruppen, Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose geschaffen werden, die an befristete bzw. begrenzte Lohnzuschüsse gekoppelt werden oder bei denen das Arbeitsentgelt nicht auf die Gewährung von Sozialleistungen angerechnet wird.
- Die **F.D.P.** ist nach wie vor der Auffassung, daß es ohne sozialen Frieden in Deutschland keine positive wirtschaftliche Entwicklung geben wird. Der soziale Frieden ist ein hohes Gut und die Tarifautonomie einer seiner wichtigsten Tragpfeiler.
Flächentarifverträge haben eine wichtige konfliktvermeidende Funktion. Diese Einschätzung darf nach Auffassung der **F.D.P.** nicht an der Erkenntnis vorbeiführen, daß es in der Tarifpolitik zu Überregulierungen gekommen ist, die in der Verfestigung von Löhnen und Arbeitszeiten inzwischen eine Hauptursache für die wachsende Arbeitslosigkeit bilden. Deshalb müssen die branchenweiten Flächentarifverträge auf den Prüfstand, um Überregulierungen abzubauen.

Für die Zukunft muß gelten:

- In Tarifverträgen dürfen nur noch Eckwerte und Mindestbedingungen festgelegt werden.
- Es müssen Korridore geschaffen werden, die Freiräume für betriebsnahe Tarifverträge eröffnen.
- Betriebsnahe Tarifverträge bzw. Betriebsvereinbarungen führen zu einer Stärkung der Betriebsräte und bedeuten in der Konsequenz eine erhöhte Legitimation und damit eine Stärkung der Tarifautonomie.

Die Instrumente des Beschäftigungssystems in Deutschland sind stumpfe Waffen geworden. Nur durch ihre Modernisierung können Staat und Tarifpartner Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Ein erfolgreicher Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist dafür der alleinige Maßstab.

Diesen Kampf wird die **F.D.P.** in Rheinland-Pfalz mit aller Entschlossenheit führen.

3. Steuern senken, weniger Staat, Privatisierung

Wir brauchen ein im Wettbewerb der Industriestaaten konkurrenzfähiges System der Unternehmensbesteuerung. Unternehmen, die aufgrund einer zu hohen Besteuerung nicht über ausreichende Investitionsfähigkeit verfügen, können keine neuen Arbeitsplätze schaffen und häufig bestehende Arbeitsplätze nicht erhalten. Im Interesse einer Stärkung von Leistungs- und Ertragskraft der Unternehmen tritt die **F.D.P.** ein für

- eine Abschaffung der Gewerbe- und Vermögensteuer,

- eine Verbesserung der Eigenkapitalbasis für kleine und mittlere Unternehmen durch niedrigere Steuersätze für nicht entnommene Gewinne sowie
- eine Senkung der Spitzensteuersätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Die Festlegung von mittelfristig angelegten steuerpolitischen Zielen und deren Verwirklichung in Etappen ist eine Vorbedingung dafür, daß der Standort Deutschland steuerpolitisch kalkulierbar ist.

Steuersenkungen sind nur dann durchsetzbar und Ausdruck einer strategisch ausgerichteten Standortpolitik, wenn die marktwirtschaftliche Ordnungspolitik der **F.D.P.** in den kommenden Jahren noch konsequenter auf Deregulierung und Abbau von Staatstätigkeit setzt:

- Die Deregulierung staatlicher Tätigkeiten und Vorgaben bei Bahn, Post und Telekom wird von der rheinland-pfälzischen **F.D.P.** auch künftig nachhaltig gefördert.
- Die Herstellung von mehr Wettbewerb in der Energiewirtschaft wird die Energiekosten senken.
- Die private Finanzierung von Verkehrswegen und deren Unterhaltung muß auf Bundes- und Landesebene fortgesetzt und weiterentwickelt werden.
- Die Privatisierung staatlicher Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen wurde erfolgreich vorangetrieben. Sie bleibt eine Aufgabe für die Zukunft.
- Die Konversionspolitik in Rheinland-Pfalz darf nicht zu einem Einfallstor für neue Staatstätigkeit werden. Dafür wird die **F.D.P.** auch weiterhin sorgen.

Der Abbau investitionshemmender Bürokratie und die Senkung kostentreibender Regulierungsstandards bleiben eine wichtige Aufgabe liberaler Politik.

Schwerpunktthema:

Eine moderne Schule für eine moderne Gesellschaft

- Mehr Eigenverantwortlichkeit der Schule statt Schulbürokratie.
- Begabung fördern - wertorientiert erziehen.
- Neue Berufsfelder erschließen - Wettbewerb verbessern - Zukunft sichern.

Bildung ist ein Freiheitsrecht und zugleich der Grundstein für eine humane und leistungsfähige Industriegesellschaft. Dieses klassische liberale Feld gehört zu den zentralen Aufgaben der Landespolitik.

1. Weichen für die berufliche Bildung stellen

Die entscheidende bildungspolitische Aufgabe in den nächsten Jahren wird sein, die berufliche Bildung zu stärken und ihr neue Attraktivität zu verleihen. Nur so gewinnen wir die erforderlichen Fachkräfte für immer kompliziertere Arbeitsprozesse, nur so bestehen unsere Betriebe den Wettbewerb auf nationaler und internationaler Ebene, nur so sichern wir unseren Kindern Beschäftigung und Einkommen. Deshalb wird die **F.D.P.** folgende Initiativen ergreifen:

- Das gegliederte Schulwesen, in dem alle Schularten als gleichwertig zu sehen sind, aber auch integrierte Formen der Schule sind behutsam zu entwickeln, um die Anpassung an veränderte Gegebenheiten zu gewährleisten. Dabei ist verstärkt auf die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung Wert zu legen, wie dies das "Zwei-Säulen-Modell" gewährleistet.
- Die dualen Ausbildungsangebote (Betrieb - Schule/Hochschule) für berufliche Ausbildung und Studiengänge an der Fachhochschule sind zu stärken. Wer während der Ausbildung oder Weiterbildung im Betrieb bleibt, hat die besseren Beschäftigungschancen.
- Angesichts der ständigen technischen Änderungen muß ein modular aufgebautes Weiterbildungssystem errichtet werden, das auf der Erstausbildung aufbaut und jungen Menschen berufsbegleitend ein berufliches Weiterkommen ermöglicht.
- Die immer höher werdenden Anforderungen dürfen nicht dazu führen, daß benachteiligte Jugendliche den Einstieg in die berufliche Bildung gar nicht mehr finden. Berufsvorbereitungsjahre - verbunden mit der in Rheinland-Pfalz begonnenen Schulsozialarbeit - sind deshalb an allen Standorten der Berufsbildenden Schulen aufrecht zu erhalten. Ziel muß es sein, den jungen Menschen nach diesem Vorbereitungsjahr eine von ihnen leistbare berufliche Bildung zu ermöglichen.
- Das Fremdsprachenangebot in den Berufsbildenden Schulen ist Zug um Zug auszubauen.

- Angesichts der ganz unterschiedlichen Bildungsabschlüsse der Auszubildenden muß ein handhabbares System der Leistungsdifferenzierung im Berufsschulunterricht entwickelt werden. Hierbei sollte ebenfalls ein modulares System eingeführt werden, das z.B. den Auszubildenden Zusatzqualifikationen anbietet, die in einem allgemeinbildenden Fach schon ausreichende Kenntnisse mitbringen.
- Im Sinne der Gleichwertigkeit soll auch für die berufliche Bildung eine Begabtenförderung eingeführt werden.

2. Durch Betreuungsangebote und Ganztagschulen dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung tragen

Unsere Gesellschaft hat sich in fast 50 Jahren Bundesrepublik erheblich verändert. Das Verständnis von Familie und Rollen in der Familie hat sich gewandelt, die Schule verharrt weitestgehend in ihrer alten Struktur.

Die Schule als Aufenthaltsort für Hausaufgaben erledigungen, Betreuung der Jüngeren, Freizeitgestaltung oder auch ungezwungene Begegnungsstätte für Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrern gibt es fast nicht. Viele Kinder und Jugendliche sind deshalb außerhalb der Unterrichtszeit auf sich selbst gestellt. Das muß sich ändern.

- Die Betreuungsangebote in der Grundschule sollen deutlich ausgeweitet und auf weiterführende Schulen in altersgerechter Form übertragen werden.
- Für die Einrichtung von Trägervereinen soll ein eigener Förderbetrag im Landeshaushalt eingestellt werden. Die Zuschüsse sollen es den Trägern ermöglichen, sozialpädagogische Fachkräfte einzustellen. Auch die Mitarbeit von Eltern soll so besser honoriert werden können.
- Solche Betreuungsangebote sind ein ganz wichtiger Schritt, um dem sozialen Wandel nachzukommen. Sie reichen aber nicht aus, wenn nicht auch Zug um Zug Ganztagschulen eingesetzt werden. Hierfür ist ein Zeit- und Finanzierungsplan zu erarbeiten.

3. Mehr pädagogische Gestaltungsfreiheit - Leistungsmotivation durch Übertragung der Verantwortung auf die Schule

Die staatliche Schulverwaltung muß deutlich schlanker werden zugunsten einer leistungsmotivierenden Verantwortung in den Schulen selbst. Deshalb sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Die Schulaufsicht wird so weit wie möglich der Schulleitung übertragen.
- Die Schule erhält Mitwirkungsrechte bei der Personalbewirtschaftung durch
 - Mitwirkung bei der Personalauswahl,
 - eigenes Budget zur Erstattung von Mehrarbeit in den Kollegien,

- - eigenes Budget für die Einstellung von Vertretungskräften,
- - Eigenverantwortlichkeit bei der Auswahl der Vertretungskräfte.
- Für Sachaufwendungen in der Schule wird die Budgetierung als Steuerungsmodell eingeführt, die den Schulen den eigenverantwortlichen Umgang mit den Sachmitteln ermöglicht. Die Übertragungsmöglichkeiten von Haushaltsresten ist auf alle Fälle zu sichern.
- Die Budgetierung darf nicht Anlaß für weitere finanzielle Einschnitte werden, sondern soll bei gleichem Umfang mehr Flexibilität und damit mehr Leistung erbringen.
- Um die zukünftigen Führungsaufgaben in den Schulen zu unterstützen, wird ein Führungskolleg für schulische Führungskräfte im Rahmen der Lehrerfortbildung eingeführt.

4. Werteorientierung und stärkere Profilbildung in den Schulen

Die Verantwortlichkeit in der Schule verlangt, wertorientiert zu handeln und zu erziehen. Die durch die Verfassung gebotene Pluralität der Werte darf nicht zur Beliebigkeit verkommen. Die Vermittlung und das Erleben unterschiedlicher Werte sind daher stärker in das Aufgabenfeld schulischer Erziehung zu rücken. Gerade das Kennenlernen unterschiedlicher Werte, erlebt an Lehrern oder Mitschülern, führt zu mehr Toleranz. Angesichts der Überflutung durch die Massenmedien ist solche Orientierung für die Erziehung in Schule und Familie besonders wichtig. Folgende Änderungen müssen deshalb vorgenommen werden:

- Zur Verantwortlichkeit und Werteorientierung muß ein größerer pädagogischer Freiraum außerhalb des Lehrplans geschaffen werden, um für die Schule ein eigenes Profil zu entwickeln. Hierzu gehören z.B. zusätzliche musische Schwerpunkte, sportliches Engagement, naturwissenschaftliche Projekte oder ein soziales Engagement im Umfeld der Schule.
- Solche zusätzliche Leistungen sollen nicht nur dem Profil und Ansehen der Schule dienen, sondern auch in den Zeugnissen der Schülerinnen und Schüler ihren Niederschlag finden. Wenn "Werteorientierung" und "Verantwortlichkeit für die Gemeinschaft" für schulische Erziehung bedeutsam sind, dann müssen sie auch entsprechend dokumentiert werden.

5. Qualität der Abschlüsse sichern

Die Leistungsabschlüsse in der schulischen Bildung dürfen nicht verwässert und im Niveau gesenkt werden. Das Abitur muß die allgemeine Hochschulreife vermitteln. Eine zusätzliche Hochschulaufnahmeprüfung würde nicht nur einen unglaublichen Prüfungs- und Verwaltungsaufwand bewirken, sondern zugleich auch die Konkurerklärung der Schulpolitik bedeuten.

Das heißt:

- Das Abitur muß das Niveau einer allgemeinen Hochschulreife vermitteln. Einem "Billigabitur" wird durch die Festlegung einer auf Grundwissen aufgebauten Fächerkombination entgegengewirkt.
- Beruflich besonders Qualifizierte erhalten im Sinne der Gleichwertigkeit einen entsprechenden fachbezogenen Hochschulzugang, der ebenso ohne Hochschuleingangsprüfung gewährt wird. Sie legen nach spätestens vier Semestern wie alle Studierenden eine Zwischenprüfung ab und sind damit an allen Hochschulen für ein Hauptstudium zugelassen. Nur so erhalten diese Studienbewerber eine faire Chance.
- Generelle Hochschulzugangsprüfungen werden abgelehnt. Setzte man nur eine Arbeitszeit von einer halben Stunde je Aufnahmeprüfung an, so würde dies für Rheinland-Pfalz bei 12. 021 Studienanfängern 1994 eine Arbeitszeit von 6010,5 Stunden bedeuten.

6. Studierfähigkeit verbessern

Die Studienzeiten sind zu lang, der Eintritt ins Berufsleben findet vielfach erst kurz vor dem 30. Lebensjahr statt (z.B. im Staatsdienst nach dem 1. und 2. Examen). Die Ursachen für die langen Studienzeiten sind nicht nur bei den Studierenden selbst zu suchen, sondern auch gerade in den Rahmenbedingungen, unter denen zu studieren ist. Folgende Korrekturen müssen eingeleitet werden:

- Alle Studien- und Prüfungsordnungen sind so anzulegen, daß ein wissenschaftliches, grundständiges Studium mit 9 Semestern abzuschließen ist.
- Die Zahl der Leistungsnachweise und Zwischenprüfungen ist auf das notwendige Maß zu reduzieren.
- Die Lehrangebote sind vom Fachbereich so aufeinander abzustimmen, daß die geforderten Leistungsnachweise von den Studierenden auch zeitgleich erreicht werden können.
- Der Freiversuch - Examen innerhalb der Regelstudienzeit, das bei unbefriedigendem Ergebnis ohne Anrechnung wiederholt werden kann - ist für möglichst alle Studiengänge einzuführen.
- Die Arbeitsbedingungen für Studierende sind zu verbessern.
- Die Bibliotheksdienste einschließlich einer elektronischer Recherchemöglichkeiten und der Dokumentenlieferung sind auszubauen.
- Die Betreuungsrelation sowie die Studienberatung sind zu verbessern.
- Der Bezug zur Praxis sowie zum angestrebten Beruf muß wiederhergestellt werden.
- Der ins Stocken geratene Hochschulbau muß vorangebracht werden. 75 Mill. DM Landesmittel und entsprechende 75 Millionen Mark Bundesmittel

pro Jahr reichen nicht aus, wenn allein schon der Neubau der Chemie in Mainz mehr als 120 Millionen Mark beansprucht.

- Auch der große Investitionsstau bei den Hochschulsanierungen muß dringend abgebaut werden. Hierbei sind alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen, vor allem sind Wege außerhalb des traditionellen Staatsbau-Verfahrens zu wählen.

7. Die Hochschulen als Standortfaktoren nutzen und fördern

Die Hochschulen haben sich in Ergänzung zu ihren Aufgaben für Forschung und Lehre als wertvolle Motoren zur Bewältigung des Strukturwandels sowie zur Ansiedlung von neuen Unternehmen bewährt. Dies gilt für die Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen. Hochwertige Leistungen für Dritte im Bereich von Technik oder Dienstleistung schaffen im Umfeld der Hochschulen zusätzliche Beschäftigung und stabilisieren mittelfristig die positive Entwicklung in ihren Regionen. Die **F.D.P.** wird deshalb

- den Wissenstransfer von den Hochschulen in Wirtschaft und Verwaltung zusätzlich fördern sowie die Arbeitsfähigkeit der Transferstellen verbessern;
- eine neue Fachhochschulstruktur mit sieben eigenständigen Fachhochschulen zügig aufbauen und hierfür eine Zusatzförderung für die Profilbildung und Innovationsleistung der einzelnen Hochschulstandorte gewähren;
- Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Verankerung der Hochschulen sowie zur Erlangung von Drittmitteln unterstützen;
- berufsbegleitende Grund- und Aufbaustudien unterstützen, weil sie sowohl Berufstätigen eine Weiterqualifizierung ohne Berufsausstieg ermöglichen als auch die Kooperation mit der Wirtschaft und damit den Praxisbezug generell stärken;
- die wissenschaftliche Weiterbildung an Universitäten und Fachhochschulen deutlich erweitern, um eine hochqualifizierte Anlaufstelle für die technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zu schaffen.

Schwerpunktthema:

Ökologische Marktwirtschaft: Manifest für eine neue umweltschonende Wachstumspolitik

1. Liberale Umweltpolitik auf solidem Fundament

These: Liberale Umweltpolitik baut auf einem soliden Fundament auf.

Die heutigen Eckpfeiler der nationalen und internationalen Umweltpolitik gründen auf Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzip. Sie wurden von der F.D.P. zu Beginn der siebziger Jahre aus dem Grundverständnis heraus entwickelt, daß die Umwelt nur durch Aufklärung und gemeinsames zielgerichtetes Handeln auf Dauer geschützt und erhalten werden kann. Das Schüren irrationaler Ängste, wie dies die Grünen allzuhäufig zum Erreichen ihrer politischen Ziele praktizieren, war nie Sache der F.D.P.. Die F.D.P. will eine Umweltpolitik der Abwägung und Vernunft und keine Ökodiktatur. Die Umweltpolitik in der Bundesrepublik, entwickelt auf den von der F.D.P. gelegten soliden Fundamenten, hat große Erfolge erzielt, dies insbesondere bei Luftreinhaltung, Gewässerreinigung und bei der Bewältigung der Abfallprobleme. Staatliche Zielvorgaben in Form von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien haben dabei eine bedeutende Rolle gespielt. Es ist aber ein Irrweg zu glauben, mit der so praktizierten Ordnungspolitik wären die Fortschritte zu erzielen, die wir brauchen, um z.B. die weltweit bedrohlichen Klimaeffekte zu entschärfen. Dazu müssen neue Ansätze her. Wir brauchen eine völlig neue Qualität der Umweltpolitik auf dem bisherigen soliden Fundament.

2. Effizienz und höchste Produktivität beim Einsatz aller Ressourcen

These: Das Schlüsselwort der ökologischen Marktwirtschaft heißt Effizienz, heißt höchste Produktivität beim Einsatz sämtlicher Ressourcen einschließlich von Energie.

Es ist - nach dem Versagen der zentralen Planwirtschaft - eine Binsenwahrheit, daß nur mit einem gesunden Wachstum in einer Marktwirtschaft der beste Umweltschutz erreicht werden kann. Dabei sind deutliche Steigerungen möglich und notwendig, sowohl was die Effizienz des Einsatzes von Rohstoffen und Energie betrifft (Rohstoff- und Energieproduktivität), als auch was den Wohlstand aller betrifft. Das sogenannte Nullwachstum ist ein Irrweg, der zu unvorstellbaren kriegerischen Konflikten zwischen Arm und Reich in der Welt führen wird, da es davon ausgeht, daß der überwiegende Teil der Menschheit, z.B. in China, Afrika, Südamerika, an der Entwicklung zu mehr Wohlstand nicht teilhaben kann. Diese Konflikte können verhindert werden, wenn wir deutlich produktiver mit Ressourcen und Energie umgehen. Hohe Effizienz bei Produktion und Transport von Gütern sowie die Mobilität von Menschen sind ein wichtiger Schlüssel dazu. Nur mit einer so verstandenen ökologischen Marktwirtschaft kann die Kluft zwischen Arm und Reich, das Dilemma zwischen Ressourcenerhalt und Ressourcenverbrauch überbrückt werden. Nur so kann auch ein Maximum an Freiheit der eigenen Lebensgestaltung aller Menschen erreicht werden. Diese Freiheit ist das zentrale Motiv liberaler Politik.

Erste Ansätze hierzu sind in Deutschland vorhanden: Entwicklung hin zu einer Kreislaufwirtschaft, das Drei-Liter-Auto, die Markteinführung regenerativer Energien, umweltschonende Landwirtschaft.

3. Zukunftsorientiertes Modell

These: Die ökologische Marktwirtschaft mit höchster Produktivität der Ressourcen ist das einzige zukunftsorientierte Modell einer Wirtschaft, die den allgemeinen Wohlstand sowie das Wohlbefinden der Menschen steigert und gleichzeitig die Ressourcen nachhaltig sichert.

Die Produktionsziele der ökologischen Marktwirtschaft gehen weit über die der klassischen Marktwirtschaft hinaus:

- Gestaltung einer menschengerechten, natürlichen und sozialen Umwelt, Hinwendungen zu einer überlegten Nutzung statt des verschwenderischen Verbrauchs der Ressourcen;
- Schaffung von Arbeitsbedingungen, die die natürliche Kreativität des Menschen fordert und fördert;
- Herstellung von Gütern, die nützlich, haltbar, leicht reparierbar und kreativ einsetzbar sind, die unabhängig statt abhängig machen;
- Erzeugung von Wohlbefinden durch menschenorientierte Dienstleistungen;
- bedürfnisorientierte Effizienz des Einsatzes aller Ressourcen.

Die ökologische Marktwirtschaft ist damit vorrangig freiheitsorientiert, sie ermöglicht den Menschen eigene selbstbestimmte Lebensgestaltung. Maximales Wohlbefinden tritt an die Stelle von maximalem Verbrauch von Ressourcen. Am Auto als einem Symbol von Freiheit schlechthin wird dies deutlich: In einem gut gestalteten und sicheren neuen Auto der Ultra-Leicht-Bauweise mit 11 / 100 km lassen sich die Fahrtziele mindestens genauso komfortabel erreichen wie mit einem heutigen PKW mit schwerer Stahlkarosserie und 8 l / 100 km. Verglichen mit dieser Perspektive ist die Verteufelung des Autos und der erzwungene Verzicht, wie dies die Grünen fordern, eine freiheitsberaubende, rückwärtsgewandte Politik.

4. Ethischer Maßstab des Effizienzprinzips. Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

These: Die ökologische Marktwirtschaft setzt mit ihrem Effizienzprinzip zugleich einen ethischen Maßstab, der alle Menschen insbesondere der nächsten Generation lebenswerte Perspektiven eröffnet. Sie sichert und schafft Arbeitsplätze.

Um höhere Produktivität der Ressourcen zu erzielen, müssen kreative Kräfte freigesetzt werden. Eine solche Arbeit macht Sinn und wird als wertvoll empfunden. Sie erfolgt in dem Wissen, daß so Friede, Chancengleichheit und neue offene Horizonte möglich sind; das Gegenteil von dem, was Weltuntergangsapostel mit ökologischen Horroszenarien verkünden.

Die Effizienzrevolution bedeutet weniger Naturverbrauch, das Wenige dabei um ein Vielfaches besser zu nutzen und so wieder weite Spielräume auch für kommende Generationen zu öffnen. So sind z.B. komfortable Nullenergiehäuser, Kühlgeräte und Beleuchtung mit nur 1/10 des Energieverbrauchs von heute, integrierter Pflanzenbau und Tierhaltung mit besserer Qualität der so erzeugten Lebensmittel bei nur einem Viertel des Energieeinsatzes keine Utopien mehr, sondern ebenso wie Kraftwerke mit doppeltem Wirkungsgrad schon mit heutigen Konzepten und Technologien machbar. Ein politischer und gesellschaftlicher Konsens zur Umgestaltung der Wirtschaft in diese Richtung ist leicht zu erzielen. Der Trend zu zunehmender Arbeitslosigkeit aufgrund des Mißverhältnisses von zu hohen Arbeitslohnkosten bei zu niedrigen Kosten für Ressourcen würde gestoppt und umgekehrt. Neue zukunftsgerechte Arbeitsplätze würden entstehen, die Arbeitslosigkeit abgebaut und damit zugleich der Raubbau an den Ressourcen.

Schlußfolgerung

Die Liberalen sind gefordert, den Menschen einen Weg aus der scheinbaren Sackgasse des Raubbaus an der Natur, des unnötigen Verschwendens von Ressourcen und der Perspektivlosigkeit durch zunehmende Arbeitslosigkeit aufzuweisen. Dieser Weg kann nicht rückwärtsgerichtet sein, er muß nach vorne zeigen. Die Sackgasse muß in Richtung ökologischer Marktwirtschaft geöffnet werden. Wohlstand und Wohlbefinden für mehr Menschen sind möglich, wenn wir die nötigen Effizienzsprünge schaffen. Mehr Mut für die Zukunft, weniger Angst vor der Zukunft heißt die liberale Botschaft. Die **F.D.P.** tritt auf allen politischen Ebenen dafür ein, daß die ökologische Marktwirtschaft als eine neue umweltschonende Wachstumspolitik nicht nur Theorie bleibt, sondern tatsächlich umgesetzt wird.

Schwerpunkt:

Die Bürgerinnen und Bürger schützen

1. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Staat schützen

Die **F.D.P.** ist und bleibt die Rechtsstaatspartei. Um den Anforderungen der Zeit zu entsprechen, neuen Herausforderungen durch organisierte Kriminalität, Zunahme von Gewalt und Extremismus wirksamen Mitteln begegnen zu können, müssen Polizei und Justiz gestärkt werden.

Dazu gehören Maßnahmen der Gesetzgebung, vor allem aber des Gesetzesvollzuges.

Bei der Gesetzgebung haben sich das Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und das Verbrechenbekämpfungsgesetz zwar positiv ausgewirkt, aber noch nicht als ausreichend erwiesen. So muß z.B. das Geldwäschegesetz verbessert werden, ohne die Unschuldsvermutung aufzuheben.

2. Die Polizei stärken

Die **F.D.P.** hat maßgeblich darauf hingewirkt, daß in den letzten Jahren durch eine verbesserte Organisationsstruktur und Entlastung der Polizei von Verwaltungsaufgaben ca. 150 Polizeibeamte in den wirklichen Vollzugsdienst kamen; 600 neue Stellen für die Polizei wurden geschaffen.

Die **F.D.P.** hat weiter durchgesetzt, daß die Besoldungsstrukturen der Polizei erheblich verbessert wurden, über 2.600 Beförderungen in den letzten zwei Jahren. Dieser Weg muß fortgesetzt werden.

Die Polizei muß weiter personell verstärkt werden - sowohl bei der Kriminalpolizei als auch bei der Schutzpolizei. Das Sicherheitsbedürfnis der Bürger wird von der **F.D.P.** ernst genommen.

Die Polizeistruktur wird zugunsten einer stärkeren Präsenz der Polizei vor Ort weiterentwickelt. Dies gilt vor allem für ländliche Gebiete. Mehr Fußstreifen und mehr sogenannte Kontaktbeamte werden eingesetzt.

Mehr Bürgernähe muß durch eine weitere Entlastung der Polizei von polizeifremden Aufgaben, wie Schreib- und Verwaltungstätigkeit, ermöglicht werden. Auch die technische Ausstattung ist weiter zu verbessern. Ein besonderer Schwerpunkt der Polizeiarbeit muß dabei die Vorsorge gegen Einbruchs- und Gewaltdelikte sein, verbunden mit einer effizienten Arbeitsweise um diese Delikte aufzuklären.

In Polizeidienststellen und Kommunalverwaltungen werden Anlaufstellen für die Meldung von Gewaltandrohungen, Erpressungen und Gewaltanwendungen gegenüber Kindern und Jugendlichen (auch in den Schulen) eingerichtet. Hierbei müssen vor allem Hilfen und Gegenmaßnahmen zum Schutz gegenüber Kinder- und Jugendbanden angeboten werden.

Die Einstellung von Ausländern in den Polizeidienst ist zu verstärken.

Die Zusammenarbeit der Polizeibehörden über die Grenzen zu den europäischen Nachbarstaaten hinweg ist zu verbessern. Die **F.D.P.** unterstützt den Ausbau von

EUROPOL und setzt sich für einen Einsatz dieser europäischen Polizei auch beim Vollzug ein.

3. Bürgernahe und effektive Justiz

Zur Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört auch eine bürgernahe und effektive Justiz.

Hier ist einiges geschehen. Durch die Schaffung von Sonderdezernaten für Opferschutz von mißhandelten Frauen und Kindern sowie bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität bei den Staatsanwaltschaften ist neben einer personellen Verstärkung eine Spezialisierung erfolgt. Dies gilt auch für die Gerichte.

Auf diesem Wege ist fortzufahren. Ein Schwerpunkt bei der Strafverfolgung muß auch bei der Bekämpfung der Korruption gesetzt werden.

Die Sachausstattung, insbesondere die elektronische Datenverarbeitung, ist weiter zu verbessern. Die Arbeitsabläufe innerhalb von Staatsanwaltschaften und Gerichten sind zu konzentrieren und effektiver zu gestalten.

Dies macht deutlich, daß die **F.D.P.** die neuen Bedrohungen durch Gewalt und organisierte Kriminalität ernst nimmt und entschlossen bekämpfen will. Mit einem größeren Maß an innerer Sicherheit wird der Grundrechtsschutz des Bürgers gestärkt.

**Die Aussagen der
F.D.P. Rheinland-Pfalz
zu den einzelnen
Politikbereichen.**

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Vorrangiges Prinzip liberaler Wirtschaftspolitik ist und bleibt eine die Marktkräfte freisetzende Ordnungspolitik, die auch ökologische Belange berücksichtigt.

Wettbewerb und private Unternehmen sind die Basis unseres Wohlstands. Trotz aller Probleme ist festzustellen, daß wir in Rheinland-Pfalz Wohlstand für viele erreicht haben, den es in der Vergangenheit nicht gegeben hat. Gerade der Blick zu unseren östlichen Nachbarn zeigt uns das. Dies verdanken wir vor allem einer funktionierenden Marktwirtschaft. Das Kernstück der Marktwirtschaft sind die privaten Unternehmer. Das sind oft diejenigen, die Initiative ergreifen, Verantwortung übernehmen und leistungsbereit sind. Diese zu unterstützen, nicht zu bestrafen, ist liberale Wirtschaftspolitik.

Vielfach wird für eine "Vollkaskomentalität" geworben: Statt zu versuchen, Probleme selbst zu lösen, wird sofort nach dem Staat gerufen. Neue staatliche Gesetze oder Abgaben sind die Folge. Das Ergebnis dieser falschen Politik ist

- Unternehmen wandern ins Ausland ab;
- Schwarzarbeit lohnt sich mehr als reguläre Arbeit;
- die Politik der Vollkaskoversicherung gegen alle Lebensrisiken ist nicht mehr finanzierbar.

Deshalb tritt die **F.D.P.** für Deregulierung und Abgabenteilung ein. Wir brauchen mehr Spielraum für Eigenverantwortung. Private Initiative und unternehmerisches Handeln dürfen nicht weiter durch bürokratische Reglementierungen und neue staatliche Abgaben, Steuern und Gebühren stranguliert werden. Die Grenzen der Belastung von Bürgern und Unternehmen sind erreicht.

Die Liberalen sind für mehr Markt. Denn der marktwirtschaftliche Wettbewerb hat in vielen Bereichen seine Überlegenheit über "zentrale" staatliche Steuerungsmechanismen bewiesen. Die **F.D.P.** hat einige Pilotprojekte vorangetrieben, durch die marktwirtschaftliche Mechanismen erfolgreich in bisher rein staatlich gesteuerten Bereichen eingesetzt wurden. Gerade angesichts der Notwendigkeit zur schnellen Anpassung sind auch im Umweltschutz auf Dauer nur marktwirtschaftliche Instrumente und nicht Ge- und Verbote erfolgreich. Wir brauchen daher mehr Markt, nicht mehr Staat.

Die **F.D.P.** lehnt Investitionslenkung, Bevormundung von Arbeitnehmern und Verbrauchern, Überreglementierung und Dauersubventionen ab.

Liberale Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz bekämpft Arbeitslosigkeit, die in ihrem Ausmaß den Wohlstand aller und langfristig den sozialen Frieden gefährdet. Hohe Löhne, Gehälter und Unternehmensgewinne sowie vertretbare und notwendige Ausgaben für öffentliche Zwecke können nur erwirtschaftet werden, wenn viele Güter produziert und Dienstleistungen erbracht werden.

Liberale Wirtschaftspolitik ist Garant für die Befriedigung der ökonomischen Bedürfnisse des Menschen und für die Erfüllung seiner Wünsche nach Selbstbestimmung und Selbstentfaltung.

Sie trägt der neuen Situation des Landes angesichts der Vollendung des europäischen Binnenmarktes einerseits, der Entstehung neuer Volkswirtschaften in den Ländern des ehemaligen Ostblocks sowie erheblicher Marktverschiebungen nach Fernost andererseits Rechnung. Sie hat ein integrales Konzept aus Arbeitsmarkt-, Verkehrs-, Struktur- und Technologiepolitik, das sie teilweise bereits umgesetzt hat und konsequent fortführt.

Liberale Wirtschaftspolitik verfolgt ein Konzept der freien Marktwirtschaft, das den sozialen Bedürfnissen der Bürger ebenso verpflichtet ist wie den ökologischen Herausforderungen.

Die **F.D.P.** wendet sich gegen das extrem industriekritische Klima in Deutschland. Es wird vielfach übersehen, daß die heimische Industrie, nach Dänemark, weltweit den höchsten Aufwand für den Umweltschutz betreibt. Durch Verlagerung von Arbeitsplätzen, hohe Arbeitslosigkeit und verminderte Steuereinnahmen werden neue Umwelttechnologien und deren Umsetzung verhindert, da dafür nötigen finanziellen Mittel ausfallen. Zu bedenken ist, daß gerade die kleinen und mittleren Zulieferbetriebe in Handwerk und Gewerbe auf Aufträge der Industrie angewiesen sind und sonst nicht mehr in unserer Region bestehen können oder ebenfalls abwandern. Daher fordert die **F.D.P.** umfassende Maßnahmen zur Erhaltung des Industriestandortes.

Die **F.D.P.** kämpft für mehr und neue Arbeitsplätze durch

- eine Senkung der Steuer-, Abgaben- und Gebührenbelastung für Unternehmen;
- den Abbau von überflüssigen Vorschriften und Regelungen sowie die Beschleunigung von Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren (Deregulierung);
- die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung durch unternehmensähnliche Strukturen;
- die Privatisierung staatlicher Betriebe;
- die Stärkung der Leistungs- und Ertragskraft kleiner und mittlerer Unternehmen; z.B. durch Rückverlagerung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf die Krankenkassen; denn diese Unternehmen schaffen in weit größerem Umfang als Großunternehmen und Staat neue Arbeitsplätze und sind in Rheinland-Pfalz die tragende Säule von Wirtschaft und Gesellschaft;
- die Mobilisierung unternehmerischer Kräfte und die Förderung von Innovation und neuen Technologien;
- die weitere Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur des Landes;

- Bürgergeld, Investivlohn und Fördermaßnahmen zum Aufbau selbständiger Existenzen;
- Flexibilisierung von Arbeits- und Sozialrecht;
- Flexibilisierung der Arbeitszeiten; die verkrusteten Begriffe "Vollzeit" und "Teilzeit" müssen fallen, Wochenendarbeit und Modelle mit Jahresarbeitszeiten dürfen nicht tabu sein;
- bedarfsorientierte Qualifikationsmaßnahmen, zielend auf Branchen mit Fachkräftemangel und auf Zusatzqualifikationen, die nachweislich höhere Chancen am Arbeitsmarkt bringen.

Die **F.D.P.** bekennt sich zur Chemischen Industrie als einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor unseres Landes. Die Leistungskraft dieser Unternehmen zu erhalten ist eines der vorrangigen Ziele. Die **F.D.P.** betrachtet die Chemische Industrie auch als Garant für die Existenz einer Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen aus dem Zuliefer- und Handwerksbereich.

VERKEHRSPOLITIK

Grundsätze

- Liberale Verkehrspolitik gewährleistet die freie Wahl der Verkehrsmittel in den Grenzen, die durch die Belastung von Umwelt und Mitmenschen gezogen werden müssen. Aufgabe des Staates ist es aus liberaler Sicht, Umwelt und Mitmenschen unter möglichst weitgehender Wahrung der freien Entscheidung sinnvoll zu schützen. Daher kommen im Rahmen der Mobilität des Bürgers und der Wirtschaft Maßnahmen der Verkehrsvermeidung, der Verkehrsverlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel und der Verkehrslenkung eine große Bedeutung zu.
- Die Grundsätze der Marktwirtschaft müssen auch im Verkehr gelten. In diesem Zusammenhang ist eine gerechte Anrechnung der tatsächlichen Wegekosten für jeden Verkehrsträger vorzunehmen. Die hierfür aufgewendete staatliche Subvention soll größtenteils abgebaut werden.
- Der Ausbaustandard der Verkehrswege in Rheinland-Pfalz ist allgemein gut. Dennoch sind zur Anpassung der Verkehrswege an die veränderten umweltrelevanten, wirtschaftlichen, städtebaulichen und technologischen Erfordernisse insbesondere im Hinblick auf den Standort Rheinland-Pfalz im nationalen und internationalen Wettbewerb sowie unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Umwelt und der Verkehrssicherheit gezielte Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen dringend notwendig.
- Für den Ausbau der Verkehrswege muß die Verträglichkeit mit der Umwelt eine grundsätzliche Voraussetzung sein. Dies gilt insbesondere für das relativ dicht besiedelte Land Rheinland-Pfalz; vor allem sind die noch vorhandenen natürlichen Freiräume zu erhalten und zu schützen und nicht durch neue Verkehrswege zu durchtrennen.
- Unter Berücksichtigung der Belange der Umwelt lautet der Grundsatz liberaler Verkehrspolitik : Ausbau vor Neubau und bessere Kooperation der einzelnen Verkehrsträger Straße/Schiene/Wasserstraße/Luftverkehr untereinander. Gerade die bessere Nutzung und Verknüpfung der vorhandenen Kapazitäten der einzelnen Verkehrsträger unter Einsatz der modernen Informations- und Kommunikationstechniken (u.a. Güterverkehrszentren, Häfen, Verkehrsleiteneinrichtungen, Park-and-Ride-Anlagen/Mitfahrerparkplätze, Umsteigeanlagen im öffentlichen Verkehr) können wesentlich dazu beitragen, den drohenden Verkehrsinfarkt zu verhindern. Insbesondere bei Verkehren über große Entfernungen sollten die Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße noch mehr genutzt werden.
- Unter dem Gesichtspunkt der Reduzierung der Umweltbelastungen kommt der Technik bei den Fahrzeugen eine überragende Bedeutung zu. Insbesondere gilt es, den Durchschnittsverbrauch von Kraftstoff so rasch wie möglich zu senken und durch Umwandlung der Kfz-Steuer Anreize für Automobilindustrie und die Nutzer zu schaffen. Es müssen europaweite Anstrengungen unternommen werden, um die Qualität der Kraftfahrzeug-Treibstoffe weiter zu verbessern. Die **F.D.P.** fordert, in

Rheinland-Pfalz einen Modellversuch mit einer Solartankstelle durchzuführen mit dem Ziel, die weitere Entwicklung alternativer Antriebsmethoden zu fördern, die Durchführbarkeit der Diversifizierung des landeseigenen Fuhrparks zu prüfen und zum Erwerb von Elektrofahrzeugen zu ermutigen.

Die F.D.P. unterstützt die flächendeckende Einführung von Tankstellen mit Erdgas, damit mit Erdgas betriebene Kraftfahrzeuge ein breites Angebot an Erdgastankstellen erhalten und sich diese umweltfreundliche Motorentechnik möglichst bald durchsetzen kann.

- Im Interesse einer besseren Förderung des ÖPNV und des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs ist aus liberaler Sicht die Umwandlung der Kfz-Pauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz in eine Entfernungspauschale notwendig.
- Die Ungleichbehandlung von Schiene und Straße bei der Lärmsanierung ist für den Bürger nicht akzeptabel. Die F.D.P. fordert daher die Lärmsanierung zumindest an hochbelasteten Schienenstrecken (u.a. Rheintal).
- Die Verkehrssicherheit muß sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr durch Ordnungsmaßnahmen und durch verkehrslenkende Einrichtungen unter Einsatz der modernen Informations- und Kommunikationstechniken und durch technische Maßnahmen am Fahrzeug entscheidend verbessert werden. Insbesondere gilt diese Forderung für die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder und junge Menschen (u.a. Schüler-/Discounfälle) sowie für den Transport gefährlicher Güter.

Zur besseren Unfallsoforthilfe muß europaweit darüber nachgedacht werden, den Lehrgang über lebensrettende Sofortmaßnahmen im Straßenverkehr nicht nur als Bedingung zur Erlangung einer Fahrerlaubnis zu machen, sondern auch verpflichtende Auffrischkurse in bestimmten Zeitabständen zu verlangen.

- Aus liberaler Sicht ist die aktive Mitwirkung des betroffenen Bürgers bei allen Verkehrsplanungen im Interesse der Qualität und Akzeptanz der Baumaßnahmen unverzichtbar. Im Interesse des Gemeinwohls dürfen aber andererseits dringend erforderliche Projekte nicht durch einzelne blockiert werden. Notwendig sind daher in Zukunft rechtlich klar abgesteckte Verfahren der Bürgerbeteiligung.

Standort Rheinland-Pfalz national und international stärken

- Für die F.D.P. ist die Erhaltung und Förderung des Standortes Rheinland-Pfalz ein herausragendes Ziel. Die international leistungsfähige Verkehrsanbindung des Landes über Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes; sie kann den Bürgern und der rheinland-pfälzischen Wirtschaft die Vorteile des gemeinsamen europäischen Marktes auf Dauer sichern. Der Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsanbindungen muß daher aus liberaler Sicht für das Land Rheinland-Pfalz eine hohe Priorität haben.
- Von weitreichender Bedeutung für den Standort Rheinland-Pfalz ist die Einbindung des Landes in den nationalen und internationalen Schienenschnellverkehr. Die F.D.P. fordert daher die durchgehende Fertigstellung der Neubaustrecke Köln-Rhein/Main mit den ICE-Bahnhöfen Montabaur und Diez/Limburg. Weiter wird der ergänzende Ast Wiesbaden-Mainz mit der linksrheinischen Schienenschnellstrecke Mainz-Ludwigshafen/Mannheim (mit den ICE-Bahnhof Mainz) und der Schnellverbindung Mannheim/Ludwigshafen - Kaiserslautern - Saarbrücken - Metz/Paris (mit dem ICE-Bahnhof Kaiserslautern) bis zum Jahr 2000 gefordert.
- Die F.D.P. fordert die Einbeziehung der Moselstrecke Koblenz-Trier-Luxemburg in das Netz des französischen und deutschen Schienenschnellverkehrs und die Verkürzung der Reisezeit zwischen Koblenz und Luxemburg (u.a. Einsatz des Elektro-Pendolino).
- Auch nach Fertigstellung der Neubaustrecke Köln-Rhein/Main muß Koblenz über die Rheinstrecke im Schienenschnellverkehr bedient bleiben. Die F.D.P. fordert in der Relation Mainz-Koblenz-Köln im Rheintal eine Verkürzung der Reisezeiten im Fernverkehr (u.a. Einsatz des Elektro-Pendolino).
- Die F.D.P. fordert die Schaffung einer durchgehenden linksrheinischen elektrifizierten Eisenbahnverbindung von Mainz über Ludwigshafen nach Straßburg mit Wiederaufnahme der stillgelegten Streckenabschnitte im deutsch-französischen Grenzgebiet. Hierbei fordert sie die Elektrifizierung der letzten Lücke im Zuge der deutschen Rheinstrecke zwischen Schifferstadt und Wörth.
- Die F.D.P. fordert die rasche durchgehende Fertigstellung der Fernstraßenverbindung Lüttich-Bitburg - Wittlich - Rhein-Main-Gebiet mit dem Hochmoselübergang bei Zeltingen im Zuge der Autobahn A60/Bundesstraße 50; weiter die zügige Fortsetzung der Planung und baldige Realisierung der A1 zwischen der Landesgrenze zu NRW und dem Anschluß an die bestehende A 1/A 48 bei Mehren sowie den unverzüglichen Bau der Autobahnverbindung zum deutsch-französischen Grenzübergang Neulauterburg (A 65) und die Weiterführung nach Straßburg und Basel. Sie fordert, daß beide Fernstraßenverbindungen in das Netz der Europastraßen aufgenommen werden.

- Die **F.D.P.** fordert den vordringlichen Ausbau der Bundesstraße 49 in Hessen zwischen Diez/Limburg und Wetzlar/Gießen sowie den ortsdurchfahrtsfreien Ausbau der B 255 zwischen Montabaur und der Landesgrenze zu Hessen bei Rehn. Damit wird die letzte Fernstraßenlücke zwischen Koblenz und Leipzig/Dresden geschlossen und die bessere Anbindung des Westerwaldraumes an das europäische Fernstraßennetz in West-Ost-Richtung erreicht.
- Die Euroregion Rhein-Neckar ist sowohl wirtschaftlich als auch strukturell von europäischer Bedeutung. Daher fordert die **F.D.P.** die Verbesserung der Verkehrsanbindung der Rhein-Neckar-Region an das Rhein-Main-Gebiet.
- Die **F.D.P.** fordert den Lückenschluß im Zuge der Bundesautobahn A 1 zwischen der Anschlußstelle Ulmen/Daun und der Landesgrenze NRW bei Tondorf.
- Die **F.D.P.** fordert den Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Worms und den Ausbau der B 47 im Raum Worms.
- Für den Standort Rheinland-Pfalz ist die Nähe zum Frankfurter Flughafen von hoher struktureller Bedeutung. Die **F.D.P.** fordert daher, daß die Erreichbarkeit des Flughafens insbesondere mit der Schienenverbindung Mainz-Frankfurt verbessert wird; der geplante Regionalschnellverkehr auf der Nahestrecke mit Pendolinofahrzeugen muß von Saarbrücken aus über Mainz und den Frankfurter Flughafen bis nach Frankfurt-Hauptbahnhof eingebunden werden.
- Die **F.D.P.** fordert die rasche Einbindung des Verkehrsflughafens Hahn in den nationalen und internationalen Luftverkehr (insbesondere Fracht- und Charterverkehr).
- Der regionale Luftverkehr als Zubringer und Ergänzungsverkehr zum großräumigen Luftverkehr ist für die rheinland-pfälzische Wirtschaft mit ihren vielschichtigen Auslandsverflechtungen strukturpolitisch bedeutsam; dies gilt insbesondere für Betriebe in verkehrsfernen Gebietsteilen. Von besonderer Bedeutung sind dabei der Regionalflughafen Zweibrücken, der Regionalflughafen Siegerland sowie die Landeplätze Speyer, Worms, Koblenz-Winningen, Bitburg und Trier-Föhren.
- Der ehemalige Militärflughafen Bitburg soll zunächst als leistungsfähiger ziviler Landeplatz zugelassen werden. Dabei soll die Option als Verkehrsflughafen offengehalten werden.
- Die **F.D.P.** setzt sich für eine stärkere Förderung des kombinierten Verkehrs mit der Einrichtung von besonderen Verlade- und Verteilerzentren (Güterverkehrszentren) insbesondere in den Oberzentren und größeren Mittelzentren des Landes ein. Aus liberaler Sicht sind die rheinland-pfälzischen Häfen besonders als Güterverkehrszentren geeignet.

Öffentlicher Verkehr in Rheinland-Pfalz muß gestärkt werden - Verkehrsinfarkt auf rheinland-pfälzischen Straßen muß verhindert werden

- Für das Flächenland Rheinland-Pfalz ist die Straße nach wie vor Verkehrsträger Nr. 1. Dennoch kommt zur Entlastung der Umwelt und des weiterhin stark zunehmenden Kfz-Verkehrs im Straßennetz dem öffentlichen Verkehr eine herausragende Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für den Schienenpersonenverkehr zur Anbindung der Regionen an die Oberzentren und Verdichtungsräume und für den ÖPNV mit dem Bus zur regionalen Erschließung der ländlichen Räume. Das Konzept hier ist der Rheinland-Pfalz-Takt.
- Schwerpunkt der **F.D.P.**-Politik ist ein ausgewogenes Gesamtverkehrssystem mit der Integration aller Verkehrsarten, wobei dem ÖPNV besondere Bedeutung zukommt. Bei der Regionalisierung des öffentlichen Verkehrs (Bahnreform) fordert daher die **F.D.P.** die rasche landesweite Umsetzung des integralen Taktfahrplans - Rheinland-Pfalz-Takt - auf Schiene und Bus.
- Bei der Umsetzung des Rheinland-Pfalz-Taktes sind Prioritäten im Bereich der Bahnhöfe und ihres Umfeldes sowie bei der Schaffung von Park-and-Ride- Anlagen zu setzen. Grundsätzlich sind Park-and-Ride-Anlagen mit dem Ziel einer besseren Akzeptanz weit außerhalb der Stadtgrenze im Bereich von ÖPNV-Anschlüssen und nicht unmittelbar am Stadtrand anzuordnen.
- Die **F.D.P.** fordert den raschen Einsatz von Pendolino-Zügen auf den großen Regionalstrecken (Eifelstrecke, Nahestrecke, Lahntalstrecke, Rheintalstrecke, AIsenzstrecke, Südpfalzstrecke). Diese Züge sind zur Verkürzung der Reisezeiten für die topographisch schwierigen Strecken besonders geeignet. Sie fordert weiterhin den dreigleisigen Ausbau zwischen Mainz und Bingen um diese Engpaßsituation im Rheintal zu beseitigen.
- Die **F.D.P.** ist der Auffassung, daß der ÖPNV insbesondere für Familien mit Kindern, für Schüler, Auszubildende, alte Menschen, Behinderte und sozial Schwache sowie für Menschen ohne Auto im ländlichen Raum unverzichtbar ist. Dem muß das Angebot insbesondere im Busverkehr Rechnung tragen.
- Die **F.D.P.** fordert flächendeckende Tarif- und Verkehrsgemeinschaften im öffentlichen Verkehr, die weitgehende Integration des freigestellten Schülerverkehrs in den allgemeinen Linienverkehr sowie den Einsatz alternativer Bedienungsformen (ANDI-Modell) in den dünner besiedelten Gebieten und Zeiten schwacher Nachfrage. In großen Städten muß der ÖPNV Vorrang vor dem Individualverkehr haben.
- Die **F.D.P.** setzt sich für eine besondere Förderung regenerativer Brennstoffe und moderner Antriebskonzepte (Alternativnutzung verschiedener Antriebsstoffe) in öffentlichen Nahverkehrsfahrzeugen ein.
- Die **F.D.P.** setzt sich für die Übernahme von Schienengüterverkehrsstrecken mit besonderer struktureller Bedeutung durch das Land ein. Dabei ist

insbesondere in der Fläche aus Gründen der Wirtschaftlichkeit der Betrieb des Schienengüterverkehrs mit Nachdruck zu privatisieren.

- Die **F.D.P.** fordert die weitgehende Verlagerung der Transporte gefährlicher Güter auf die Schiene und die Binnenschifffahrt, strenge Fahrzeug- und Verkehrskontrollen und eine deutliche Kennzeichnungspflicht der Gefahrguttransporte. Notwendig sind die Ausweisung besonderer Fahrtrouten im Straßennetz und die Sperrung gefährdeter Ortsdurchfahrten und Gefällstrecken für gefährliche Güter. Die strengen deutschen Sicherheitsvorschriften für den Gefahrgutbereich müssen zur Grundlage der europäischen Sicherheitsstandards gemacht werden. Dies dient auch der Angleichung der Wettbewerbsbedingungen im europäischen Verkehrsmarkt. Im übrigen sind die umfangreichen Vorschriften gerade im Gefahrgutbereich überschaubarer und verständlicher zu gestalten.
- Für die **F.D.P.** gilt im Straßenbau Ausbau vor Neubau. Einen besonderen Schwerpunkt sieht die **F.D.P.** in der Erhaltung des bestehenden Straßennetzes. Die **F.D.P.** ist der Auffassung, daß grundsätzlich die Nutzung der vorhandenen Straßeninfrastruktur und intelligente verkehrslenkende Maßnahmen Priorität vor Baumaßnahmen haben müssen. Vorrang haben dabei flexible Verkehrsbeeinflussungsanlagen; allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzungen kommen aus der Sicht der **F.D.P.** nur als Übergangslösung für hochbelastete bzw. stark unfallgefährdete Streckenabschnitte in Betracht.
- Die **F.D.P.** fordert den Bau von Ortsumgehungen zur Verbesserung der städtebaulichen Umwelt, insbesondere für durch Industrieverkehr belastete Orte sowie Fremdenverkehrs- und Erholungsorte.
- Die **F.D.P.** fordert eine Erhöhung der Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) durch den Bund zur Sicherung der Lebensqualität der Bürger in den Kommunen. Sie fordert gleichzeitig im Interesse der Struktur- und Verkehrspolitik des Landes eine langfristige Absicherung der Fernstraßenmittel des Bundes für Rheinland-Pfalz.
- Die Mittel nach dem GVFG für investive Maßnahmen des kommunalen Straßenbaus und des öffentlichen Verkehrs sind entsprechend der jeweiligen Priorität und den verkehrlichen Bedarfs der Einzelmaßnahmen einzusetzen; unabdingbar ist im Interesse der Verkehrs- und Strukturpolitik eine überschaubare langfristige Prioritätensetzung der Maßnahmen seitens der Landesregierung.
- Das Radfahren im Sinne einer umweltverträglichen Verkehrsgestaltung ist eine ideale Verkehrsart gerade für das Tourismusland Rheinland-Pfalz. Die **F.D.P.** fordert daher den Ausbau des großräumigen Radwegenetzes und ein einheitliches Marketing (einschließlich einheitlicher Beschilderung) für das "Radwanderland" Rheinland-Pfalz. Von besonderer Bedeutung ist die Sicherung stillgelegter Schienenstrecken für den Radverkehr, da sie sich aufgrund ihrer topographischen Einfügung in die Landschaft und der idealen Steigungsverhältnisse hervorragend für den Radtourismus eignen.

ENERGIEPOLITIK

Für die **F.D.P.** genießen die Erweiterung des energiepolitischen Zielkatalogs um den Aspekt der Umweltverträglichkeit nach wie vor Priorität. Die gleichrangige Beachtung der energiepolitischen Ziele (Umweltverträglichkeit, Sparsamkeit, Versorgungssicherheit und Preiswürdigkeit)

- steigert die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft,
- schafft Arbeitsplätze und
- ist gleichzeitig ein Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität.

Die gebietsmonopolistischen Strukturen der leitungsgebundenen Energiewirtschaft müssen marktwirtschaftlicher ausgerichtet werden; das Ziel muß ein funktionierender Wettbewerb sein. Dieser Prozeß muß auf europäischer Ebene koordiniert werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Eine Privatisierung von Anteilen der öffentlichen Hand an Energieversorgungsunternehmen wird begrüßt.

Regenerative Energien nehmen in der Entwicklung eines ökologisch vertretbaren und risikoärmeren Energieversorgungssystems eine bedeutende Rolle ein. Ihre weitere Entwicklung setzt einen verlässlichen Ordnungsrahmen voraus. Die Forschungsförderung auf diesem Gebiet ist intensiv fortzusetzen. Administrative Hemmnisse sind zu beseitigen, Markteinführungsstrategien sind fortzuführen und zu verstärken.

Um die Option Kernenergie offenzuhalten muß an der Entwicklung inhärent sicherer Reaktoren weiter gearbeitet und die Entsorgung gewährleistet werden. Sicherheit genießt Vorrang vor der Wirtschaftlichkeit. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist ebenso wie die nachhaltige Absenkung des Verbrauchs fossiler Energien zur Zeit nicht realisierbar.

In erster Linie ist der Bund aufgefordert, die Forschungsförderung auf den Gebieten sparsame und rationelle Energienutzung, regenerative Energiequellen und inhärent sichere Reaktoren auf hohem Niveau weiterzuführen,

- die Marktelemente im Energiebereich zu stärken,
- einen verlässlichen energiepolitischen Rahmen zu schaffen,
- die Energiepolitik von struktur- und regionalpolitischen Aufgaben zu entlasten,
- die Subventionierung der deutschen Steinkohle zurückzuführen,
- die rationelle und sparsame Energienutzung vorrangig durch ordnungspolitische Maßnahmen zu fördern.

Für die Energiepolitik in Rheinland-Pfalz heißt dies, daß im Sinne einer Vorbildfunktion des Landes für dessen eigene Liegenschaften eine konsequente Einsparpolitik zu betreiben ist.

GEWERBEFÖRDERUNG - POLITIK FÜR DEN MITTELSTAND

Unternehmensvielfalt fördert den Wettbewerb.

Liberale Wirtschaftspolitik ist bestrebt, die Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen und anderer selbständiger Existenzen rechtlich und tatsächlich zu erleichtern.

Eine Vielzahl kleiner und mittlerer Handwerks- und Industriebetriebe ist für Grundvoraussetzung für das Funktionieren unseres Wirtschaftssystems und die Stabilität wirtschaftlicher Entwicklung. Zusätzlich wird die bereits begonnene Veränderung hin zu Handel und Dienstleistung befürwortet. Daher ist es erforderlich, auch künftig Landesmittel für die Ziele des Mittelstandsfördergesetzes bereitzustellen, insbesondere für

- Anreize zur Gründung neuer unternehmerischer Existenzen,
- die Verbesserung der Eigenkapitalbasis (beispielsweise für Venture-Capital) und der Möglichkeit zur Fremdfinanzierung (z.B. Zinszuschußprogramm),
- den Transfer von Wissen und Technologien aus den Hochschulen und Forschungs- und Entwicklungsinstituten,
- die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren,
- die Betriebsberatung zur Leistungsverbesserung,
- die Kooperation von Unternehmen zu Stärkung ihrer Marktposition,
- Aus- und Weiterbildung in Unternehmen zur Sicherung und Erhaltung ihrer Substanz.

Die **F.D.P.** will die Vereinfachung und Abschaffung von Vorschriften und Regelungen, die gerade kleineren und mittleren Unternehmen das Leben erschweren und oft unverhältnismäßige Kosten und Aufwendungen verursachen. Dazu gehört zum Beispiel eine Verringerung der handwerksrechtlich regulierten Berufszweige, z.B. in den Bereichen Mikroelektronik und Telekommunikation. Hier müssen auch im Blick auf den europäischen Wettbewerb Standortnachteile verringert werden.

Das in früheren Zeiten bewährte System der Tarifautonomie beginnt, immer mehr Arbeitsplätze zu vernichten. Das Kartell aus Arbeitgebern und Gewerkschaften sorgte wiederholt für überhöhte Lohnsteigerungen, die zu verstärktem Rationalisierungs- und Entlassungsdruck führten. Hier müssen neue Ansätze gefunden werden, die auch die Interessen der Arbeitslosen berücksichtigen. Flächentarife sollten verstärkt durch Betriebsvereinbarungen ersetzt werden, weil nur vor Ort eine optimale Lösung zur Sicherung von Arbeitsplätzen im jeweiligen Betrieb gefunden werden kann.

TECHNOLOGIEPOLITIK

Der Wohlstand in unserer Gesellschaft kann nur in einer menschen- und umweltgerecht funktionierenden Wirtschaft unter Einsatz innovativer Technik gedeihen.

Mit ihrer Technologiepolitik möchte die **F.D.P.** in Rheinland-Pfalz für die jetzige und die heranwachsende Generation eine lebenswerte Zukunft gestalten.

Der liberale Ansatz geht davon aus, daß sich eigenständiges Handeln und Gestalten der Zukunft in einer freien Marktwirtschaft lohnen.

Die **F.D.P.** fordert daher eine Politik, die die Eigeninitiative des Bürgers auch in unserer technologieorientierten Wirtschaft fördert und ihm genügend Freiräume für Kreativität und Innovationen schafft. Diese Politik soll kreative Menschen ermuntern, ihre innovativen Ideen umzusetzen. Bereits in der Schule soll dazu ermuntert werden, diese Erfindungen für die Praxis zu testen.

Die **F.D.P.** sieht die Aufgabe der staatlichen Innovationspolitik darin, für Erfinder und Entwickler Anreize zu schaffen, damit sie ihre Entwicklungsergebnisse verwerten und zügig in die Praxis umsetzen können.

Hierfür sind die Förderinstrumente im Vorfeld von Unternehmensgründungen zu verbessern. Der erfolgreiche Ansatz mit den Technologiezentren muß weiter ausgebaut werden.

Die **F.D.P.** tritt auch für die weitere Intensivierung der Förderung von Technologiepionieren durch die Bereitstellung von Investitionszuschüssen oder Wagniskapital ein.

Die **F.D.P.** fordert wirksame Hilfen für freie Erfinder und einen besseren Urheberrechtsschutz für Erfindungen.

Deshalb muß der Staat im Rahmen der Technologiepolitik Bedingungen schaffen und Starthilfen dafür geben, daß die Wirtschaftsunternehmen Netzwerk-Einrichtungen aufbauen, über die die am Innovationsprozeß beteiligten Partner miteinander in Wechselwirkung treten können.

Von großer Bedeutung ist es, durch Förderung der Bildung und Ausbildung eine anspruchsvolle Qualifikation der Arbeitskräfte zu gewährleisten. Besondere Qualifikationsprogramme müssen aufgestellt werden, um den Menschen die Teilnahme am Wissens- und Technologiefortschritt zu ermöglichen. Die **F.D.P.** hat dabei vor allem auch die Weiterbildung von Fachkräften in der Wirtschaft im Blick.

Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der Wirtschaft können nur dann gesichert und neu eingerichtet werden, wenn die Produkte und Dienstleistungen einem hohen technologischen Standard entsprechen. Die bisherigen Anstrengungen auf diesem Feld müssen verstärkt werden, indem der Staat den Einstieg der Unternehmen in neue Technologiefelder entsprechend begleitet und durch langfristig verlässliche, in

Politik und Gesellschaft akzeptierte Rahmenbedingungen fördert. Die **F.D.P.** lehnt staatliche Industriepolitik jedoch ab.

Neue Aufgaben im Umweltschutz, im Gesundheitswesen, im Verkehr, in der Energienutzung, im Kommunikationswesen und in allen anderen Bereichen erfordern stetige Innovationen. Deren Umsetzung in Produkte und Dienstleistungen führt zu dem notwendigen technologischen Fortschritt in der Wirtschaft unseres Landes. Auch hier sind langfristig verlässliche Rahmenbedingungen durch die Politik Voraussetzung für das Engagement von Unternehmern.

Den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) kommt bei der praktischen Anwendung neuer Technologien eine wesentliche Rolle zu. Neue Arbeitsplätze entstehen heute in den KMU. Sie sind die Stützen der Wirtschaft, die über das Land verteilt neben den Großunternehmen einen bedeutenden Beitrag zum Wirtschaftsgeschehen leisten.

Die **F.D.P.** tritt deshalb für wirksame, staatliche Förderinstrumente für Entwicklungs- und Forschungsvorhaben der KMU ein. Damit soll die technologische Basis fortschrittlicher KMU verbessert werden, um sie im Wettbewerb mit Großunternehmen zu stärken. Im Sinne liberaler Prinzipien der Marktwirtschaft müssen entsprechende Rahmenbedingungen sicherstellen, daß sich unternehmerisches Engagement für Produkt- und Prozeßinnovation lohnt.

Um neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, ist eine vielfältige und moderne Informations- und Kommunikationsinfrastruktur von großer Bedeutung. Die **F.D.P.** tritt daher für einen möglichst frühzeitigen, funktionierenden Wettbewerb in den Monopolmärkten der Telekommunikation und Briefbeförderung ein. Innovation ist eine unerschöpfliche Ressource, deren Förderung ein Grundanliegen der Politik der **F.D.P.** ist.

BAUEN, WOHNEN, EIGENTUM

Wohnungseigentum bedeutet mehr Sicherheit, Freiheit und Unabhängigkeit für die Bürgerinnen und Bürger. Wohnungseigentum ist ein vorrangiger Weg zur Vermögensbildung. Hauptziel liberaler Wohnungspolitik ist es, mehr Menschen den Erwerb von Wohnungseigentums zu erleichtern.

Die öffentliche Förderung soll verstärkt auf den Menschen und weniger auf die Wohnung konzentriert werden. Der Subjektförderung ist also Vorrang vor der Objektförderung einzuräumen.

Es gibt eine große Nachfrage nach preiswertem Wohnraum. Ebenso groß ist die Nachfrage zum Kauf und auch zur Miete von Wohnraum. Zusätzlicher Wohnraum kann im wesentlichen nur über privates Kapital geschaffen werden.

Flächen- und kostensparendes Bauen unter dem Gesichtspunkt der Umweltschonung ist das Gebot der Stunde.

Eine schnellere, möglichst umweltverträgliche Ausweisung von mehr Bauland kann den starken Preisauftrieb für Baugrundstücke bremsen.

Die Reorganisation und Revitalisierung von Innenstädten und Ortskernen vermindert die Notwendigkeit der Ausweisung neuer Baugebiete.

Bau und Nutzung von Wohnungen sind durch viele unnötige, kostentreibende, zeitverzögernde und einengende Vorschriften belastet. Ziel der **F.D.P.** ist es, die Baukosten zu senken sowie Genehmigungsverfahren im Baurecht zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Wohnungen aus dem Eigentum der Öffentlichen Hand, einschließlich der kommunalen Wohnungsgesellschaften sowie aus Konversionsliegenschaften, sind soweit wie möglich zu privatisieren. Hierdurch ist langfristig auch einkommensschwächeren Gruppen bezahlbares Wohnen zu ermöglichen.

Im Spannungsfeld zwischen wohlverstandenen Mieterschutz und den Interessen des Eigentümers müssen die Wirtschaftlichkeit des Wohneigentums und die Verfügbarkeit darüber einen höheren Stellenwert erhalten.

Bebauungspläne sind so zu gestalten, daß sie genügend Freiräume für flexibles und umweltgerechtes Bauen bieten. Dazu zählt u.a. eine optimale aktive und passive Nutzung von alternativen Energien und ein verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen unserer Erde.

Um diese Aspekte dem jeweiligen Bauherrn näherzubringen, soll er mehr über regenerative Energieträger und über Energiesparmöglichkeiten informiert werden.

Die Hersteller und Lieferanten von Baustoffen und Hilfsmaterialien müssen verstärkt über die Zusammensetzung, Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit ihrer Produkte informieren.

FREMDENERKEHR

Die F.D.P. setzt sich für eine Aktivierung der Fremdenverkehrspolitik des Landes mit folgender Zielsetzung ein:

- Qualität muß vor Quantität gehen; Maßnahmen zur Verbesserung der Kapazitätsauslastung, wie Modernisierung bestehender Betriebe, sollen bei der Förderung durch das Land Vorrang vor Kapazitätsausweitungen haben.
- Das touristische Angebot muß zielgruppenorientiert ausgebaut werden durch
 - attraktive Einrichtungen für den aktiven Individualtouristen (Zweiturlauber),
 - den Ausbau seniorengerechter Urlaubsformen,
 - die Erweiterung der Möglichkeiten des Familientourismus.
- Die Fremdenverkehrswerbung muß noch mehr "Biß" bekommen. Dazu muß sie stärker auf die Besonderheiten der unterschiedlichen Fremdenverkehrsgebiete eingehen und auf die wichtigsten Zielgruppen zugeschnitten werden.
- Eine erfolgreiche Fremdenverkehrswerbung erfordert eine klare Aufgabenteilung zwischen den Beteiligten. Nur auf diese Weise können unterschiedliche Organisationen durch bessere Kooperation eine wirkungsvolle Fremdenverkehrs- und Verkaufswerbung für regional typische Produkte entwickeln. Die überörtliche Zusammenarbeit muß dabei stärker ausgebaut werden.

Die Rahmenbedingungen für den Fremdenverkehr müssen stimmen:

- Die mittelständische Struktur der rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrswirtschaft ist zu sichern.
- Staatliche Fremdenverkehrseinrichtungen sind zu privatisieren, wenn ihre Dienstleistungen von privaten Unternehmen ebenso gut und preiswert erbracht werden können.

Fremdenverkehrsorte sind in der Verkehrsplanung auch weiterhin stark zu berücksichtigen durch

- die aktive Mithilfe des Landes bei der Erhaltung touristisch bedeutsamer Bundesbahn-Nebenstrecken und
- die Entlastung vom Durchgangsverkehr.

Die Qualität touristischer Dienstleistungen ist im Interesse des Verbrauchers und der Wettbewerbsfähigkeit der Fremdenverkehrswirtschaft zu sichern und zu verbessern. Dabei kommt der Zusammenstellung von Pauschalarrangements eine steigende Bedeutung zu. Für solche Angebote ist es sinnvoll, geschlossene Landschaftsgebiete, Städte oder in anderer Weise touristisch zusammenfaßbare Einheiten zusammenzuführen.

Die Vielfalt und Schönheit der Landschaft sowie die reiche historische Bausubstanz sind das Grundkapital des Fremdenverkehrs in Rheinland-Pfalz.

Die F.D.P. tritt im wohlverstandenen Interesse des Fremdenverkehrs dafür ein,

- den Fremdenverkehr als Lobbyisten der Umwelt zu nutzen;
- zu großen Belastungen der Umwelt in einzelnen Fremdenverkehrsorten oder -gebieten vorzubeugen;
- touristische Projekte (Feriendörfer, Campingplätze, Freizeitparks u.a.) einer Umweltverträglichkeitsprüfung unter Berücksichtigung der Vorbelastung zu unterziehen;
- den Natur- und Landschaftsschutz zu verstärken sowie
- Fremdenverkehrsmaßnahmen mit den Erfordernissen des Denkmalschutzes und einer bewahrenden Stadt- und Dorferneuerung in Einklang zu bringen.

UMWELTPOLITIK

Die F.D.P. ist die Partei der ökologischen Marktwirtschaft

Die rheinland-pfälzische F.D.P. ist die Partei der ökologischen Marktwirtschaft. Nur in der ökologischen Marktwirtschaft, in der mehr Marktwirtschaft den Umweltschutz und mehr Umweltschutz die Marktwirtschaft stärkt, begreift letztlich jeder in aller Konsequenz, daß Umweltschutz sich lohnt und umweltschädliches Verhalten Nachteile bringt. Dies gilt für alle, von den Herstellern von Produkten und Anbietern von Dienstleistungen bis hin zu den Verbrauchern, die so im Sinne der von uns im Umweltschutz eingeführten Verursacher- und Vorsorgeprinzipien handeln.

Marktwirtschaftlicher Wettbewerb hat in vielen Bereichen seine Überlegenheit über "zentrale" staatliche Steuerungsmechanismen bewiesen. Gerade angesichts der Notwendigkeit zur schnellen und innovativen Anpassung sind auch im Umweltschutz auf Dauer mehr marktwirtschaftliche Instrumente und nicht zusätzliche Ge- und Verbote erfolgreich.

Das Ziel ist gleichermaßen die dauerhafte Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und der wirtschaftlichen Grundlagen.

Die F.D.P. will, daß sich in der ökologischen Marktwirtschaft innovationsfreundliches Verhalten durchsetzt. Bei aller Vorsicht gegenüber Risiken, vor allem dadurch, daß die F.D.P. auf die rohstoff- und energiesparende Wirkung neuer Technologien setzt, dient dies letztlich auch dem Natur- und Menschenschutz besser als ein zum Vorschriften-Dschungel entartendes Ordnungsrecht. Die F.D.P. setzt das Freiheitsprinzip gegen Dogmen. Die Liberalen wollen beim Umweltschutz eine auf ethischen Grundlagen basierende Selbstverantwortung.

Die F.D.P. bejaht ein vernünftiges Ordnungsrecht. Der dadurch gesetzte Rahmen an Geboten und Verboten muß erlauben, daß sich Eigeninitiative und Fortschritt entfalten können. Ein weiteres maßloses Überwuchern des Ordnungsrechts über alle Handlungsebenen von Politik und Wirtschaft lehnt die F.D.P. ab. Dies droht zunehmend jede Innovation zu lähmen und zu verhindern. Stattdessen setzt sich die F.D.P. für die Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft ein. Dabei wird das Ziel verfolgt, vor allem die Chancen der neuen Technologien für ein umweltverträgliches Wachstum zu nutzen.

Vorsorgeprinzip, Verursacherprinzip und Kooperationsprinzip sind für Liberale drei gleichberechtigte Säulen der Umweltpolitik. Dogmen und einseitige Diktate der Politik lehnt die F.D.P. ab. Dies gilt auch und vor allem in der Umweltpolitik.

Bei allen Entscheidungen in der Umweltpolitik ist für Liberale die Abwägung miteinander konkurrierender Zielvorstellungen und Forderungen das zentrale freiheitliche, demokratische Prinzip des Handelns. Diktate von einseitigen Interessen bestimmter Gruppierungen lehnt die F.D.P. ab. Bei Beachtung des Prinzips "Im Zweifel für die Umwelt" tritt die F.D.P. für eine ökologisch und sozial verpflichtete, wachstumsorientierte Marktwirtschaft ein. Damit wird die F.D.P. die denkbar beste Umweltpolitik verwirklichen.

Ökologische Steuerreform: Steuern senken, Rohstoff- und Energieverbrauch verteuern

Die Liberalen in Rheinland-Pfalz wollen die Weiterentwicklung und ökologische Reform des Systems von Steuern, Sozialabgaben und Gebühren. Dabei wird die F.D.P. von der Erkenntnis geleitet, daß im Vergleich einerseits menschliche Arbeit und innovativ eingesetztes Kapital zu hoch und andererseits der Verbrauch von Rohstoffen und Energie mit der damit verbundenen Belastung der Umwelt zu niedrig mit Steuerabgaben und Gebühren belegt sind. Insgesamt ist unser Steuersystem zu kompliziert und undurchsichtig. Die Belastung ist zu hoch, gemessen am Zweck, die für die Bürger unverzichtbaren Aufgaben des Staates zu finanzieren.

Die Netto-Entlastung von Bürgern und Unternehmern durch Senkung der Steuern auf Arbeitseinkommen, investiv eingesetzten Gewinn und Risikokapital, muß parallel dazu und schrittweise begleitet werden durch ökologisch steuernde Verbrauchssteuern und Abgaben. Damit soll vor allem das Ziel verfolgt werden, rohstoff-, energiesparendes und allgemein umweltschonendes Verhalten durch entsprechend deutliche Steuerentlastung zu belohnen. Wer sich ökologisch verantwortlich verhält, indem er weniger Rohstoffe und Energie verbraucht, die Umwelt weniger stark nutzt, dafür innovativ Investitionen tätigt, soll seine Steuer- und seine Abgaben- und Gebührenlast verringern können.

Bei der Umstellung des Steuersystems ist die langfristige Kalkulierbarkeit und Verlässlichkeit entscheidend. Deshalb sind klar definierte Schritte in klar vorgegebenen Zeiträumen festzulegen. Damit muß den vor allem von Abgaben betroffenen Unternehmen ermöglicht werden, die Umstellung der Produktionsprozesse vorzunehmen, ohne daß es zu unausweichlichen Existenzgefährdungen im harten internationalen Wettbewerb kommt.

An konkreten Maßnahmen schlägt die F.D.P. vor

- die Durchforstung des Steuer- und Gebührensystems nach ökologischen Fehllenkungen;
- die Senkung der Spitzensteuersätze;
- Entlastung der Besteuerung von Ersparnissen;
- Abschaffung der ertragsunabhängigen Steuern;
- steuerliche Privilegierung von Kapitaleinsatz bei ökologischen Innovationen zur Verminderung des Rohstoff- und Energieverbrauchs;
- ein Modellvorhaben in Rheinland-Pfalz mit dem geprüft wird, inwieweit Umweltlizenzen sinnvoll angewandt werden können.

Abfall vermeiden und verwerten, Altlasten sanieren und deren Flächen wiederverwerten

Bei der Vermeidung, der Verwertung und der sicheren Entsorgung von Abfällen sind wir in den letzten Jahren ein ganzes Stück weiter gekommen. Unsere Konzeption der Integrierten Abfallwirtschaft, d.h. der Verzahnung aller Maßnahmen und deren Umsetzung, hat sich bewährt. Die rheinland-pfälzische Landesgesetzgebung ist vorbildlich, deren Vollzug ist maßgeblich von der F.D.P. mitgeprägt worden. Überall in Rheinland-Pfalz haben die zuständigen Kommunen Wertstoff-Sammelsysteme eingerichtet, die flächendeckende Kompostierung wird Schritt für Schritt zum

Standard. Deponien werden saniert, professionelle Abfallberatung und entsprechende Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist mittlerweile Routine. Auf diesem guten Wege will die F.D.P. weiter voran. Leider läßt die Zusammenarbeit benachbarter Gebietskörperschaften noch zu wünschen übrig. Dies gilt insbesondere für Planung und Errichtung der Anlagen mittlerer Größe für die thermische Behandlung von Restabfällen vor der Deponierung, die von einer Stadt oder einem Landkreis alleine nicht wirtschaftlich zu betreiben sind. Dies gilt auch für entsprechende zentrale Anlagen der Kompostierung. Die F.D.P. will, daß das Land dabei eine aktivere Rolle als Koordinator und Förderer der Zusammenarbeit übernimmt.

Die F.D.P. begrüßt die durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz in Gang gesetzten eigenverantwortlichen Aktivitäten der Wirtschaftsunternehmen und deren Verbände.

Das Klärschlammproblem bedarf trotz großer Fortschritte bei der Verwertung von dafür geeigneten Klärschlämmen in der Landwirtschaft noch einer Lösung. Das Land muß sich aktiver einschalten, vor allem bei der Lösung des Haftungsproblems das zwar sehr unwahrscheinlichen, aber doch von den Landwirten noch häufig gesehenen Problems "Restrisiko". Weitere Verbesserungen der bisher gefundenen Ansätze über einen Klärschlammfonds sind nötig.

Beim Sonderabfall hat die F.D.P. mit dem Jahr 2002 eine verbindliche Terminierung für die Schließung der Sonderabfalldeponie in Gerolsheim durchgesetzt. Die F.D.P. hat damit ein Versprechen eingelöst. Die Sonderabfallgesellschaft ist so neu geordnet worden, wie es die F.D.P. immer wollte. Die hoheitlichen Aufgaben der Beratung zur Vermeidung von Sonderabfällen, der Kontrolle und Überwachung finden durch die Sonderabfallmanagementgesellschaft statt. Die operativen Aufgaben des Sammelns, Verwertens, Behandelns und der sicheren Ablagerung von Sonderabfall werden privatwirtschaftlich durchgeführt. Die Vermeidungsstrategie der letzten Jahre hat dazu geführt, daß die zu entsorgende Menge an Sonderabfällen in einem Zeitraum von acht Jahren auf rund ein Zehntel zurückgegangen ist. Dies ist ein überragender Erfolg liberaler Politik, die, statt zu verteufeln, wie dies Staatsgläubige tun, auf Kooperation mit der Wirtschaft setzen. Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß wir auf diesem Weg weiter fortschreiten hin zu einem System mit hoher Effizienz, Entsorgungssicherheit und zu möglichst geringen Entsorgungskosten.

Die F.D.P. will, daß sich das Land die vertraglich gesicherte Möglichkeit einer Anlage für die Hochtemperatur-Abfallverbrennung bei der BASF weiterhin sichert, um Risiken bei der Mengenentwicklung thermisch zu behandelnder Abfälle auffangen zu können. Die Liberalen haben sich dafür eingesetzt, daß in Rheinland-Pfalz Entwicklungs- und Forschungsarbeiten begonnen werden konnten, deren Ziel die Entwicklung weiterer Vermeidungstechniken beim Sonderabfall und vor allem die Entwicklung einer standortunabhängigen Hochsicherheitsdeponie ist.

Sparsamer Energieverbrauch, bessere Ausnutzung der Energie, sichere Energieversorgung

Die Liberalen in Rheinland-Pfalz setzten sich für einen sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch ein. Die Energieerzeugung und die

Energieversorgung müssen sicher, kostengünstig und umweltverträglich sein. Wichtigstes Ziel der Umweltpolitik auf allen Ebenen muß der sparsame Umgang mit Energie sein. Dabei kommt es auf ein ganzes Bündel von Maßnahmen an:

- Seit langem setzt sich die F.D.P. im Verkehrsbereich für die Umlegung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer ein. Die F.D.P. sieht nun endlich den nötigen Konsens bei den anderen Parteien. Diese Maßnahme würde sowohl zu einem spürbaren Beitrag beim Rückgang des Energieverbrauchs im Straßenverkehr, als auch zur Minderung der Schadstoff- und Treibhauseffekt-Emissionen führen.
- Die Energiesparmaßnahmen bei Einrichtungen der Öffentlichen Hand müssen konsequent fortgesetzt werden. Es geht dabei auch um eine Vorbildfunktion.
- Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß es zur Förderung von Niedrigenergiehäusern und passiven Wärmenutzung kommt, vor allem aber dafür, daß es wieder zur Förderung von Energiesparmaßnahmen im Altbautenbestand kommt. (Wärmedämmung, Isolierverglasung, neue Heizsysteme u. a. auch: Blockheizkraftwerke)
- Bei den leitungsgebundenen Verbrauchenergieträgern Strom und Gas will die F.D.P. für weitere Verbesserungen im Tarifsysteem eintreten, die Anreize zu Energieeinsparung schaffen.
- Die Kraft-Wärme-Kopplung und der Einsatz von Fernwärme in Industrie, Gewerbe und im Wohnungsbereich müssen weiter ausgebaut werden. Noch bestehende bürokratische Hemmnisse, die zum Teil auch kartellrechtlich bedingt sind, will die F.D.P. abbauen.

Für Rheinland-Pfalz sieht die F.D.P. keinen weiteren Bedarf für ein Kernkraftwerk. Das Kernkraftwerk Mühlheim-Kärlich darf erst dann wieder ans Netz gehen, wenn in letzter Instanz geklärt ist, ob die vor Gericht streitigen Sicherheitsbedenken, vor allem was die Erdbebensicherheit und den Vulkanismus am Standort Mühlheim-Kärlich betrifft, ausgeräumt worden sind.

Die bisherigen Programme zur Entwicklung und Markteinführung regenerativer Energien, die unter der Verantwortung der rheinland-pfälzischen F.D.P. mit mittlerweile fast 30 Mio. DM Landesmitteln vom Land gefördert wurden, sind ein voller Erfolg. Es hat sich allerdings gezeigt, daß diese Förderung bei weitem nicht den Bedarf abdecken kann. Die F.D.P. setzt sich deshalb dafür ein, daß die Förderung von Investitionen in Anlagen der alternativen und regenerativen Energietechniken weiter ausgebaut wird. Ausbaumöglichkeiten sieht die F.D.P. hier insbesondere noch bei Anlagen für die Nutzung der Solarwärme, der Windenergie und der Biomassenverwertung in Land- und Forstwirtschaft.

Umweltgerechte Siedlungsentwicklung, Verringerung des Freiflächenverbrauchs

Die Liberalen in Rheinland-Pfalz wollen eine langfristig tragfähige ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung des Landes und seiner Teilräume. Es müssen daher Planungs- und Entscheidungsstrukturen angewendet werden, die auf

längerfristigen, zukunftsichernden Konzepten beruhen. Nur diese bieten Gewähr gegen das Übersteuern und Überschießen aufgrund kurzfristigen ökonomischen und sozialen Drucks.

Vorrangig müssen die durch Siedlungstätigkeit und Landschaftsverbrauch verursachten unterschiedlichen Nutzungsansprüche an die Fläche frühzeitig abgestimmt werden. Konflikte zwischen ökologischen und wirtschaftlichen Belangen können vorausschauend so gering wie möglich gehalten bzw. ganz vermieden werden.

Die Instrumente der Raumplanung (Landes- und Regionalplanung, kommunale Bauleitplanung) sollen daher künftig den Kommunen mehr Planungsspielräume eröffnen.

Landes- und Regionalplanung haben dabei die Aufgabe

- Flächen auszuweisen, die - nach Abwägung mit ökologischen Belangen - grundsätzlich für Gewerbe und Wohnen geeignet sind;
- Flächen auszuweisen, die ausschließlich dem Schutz natürlicher Ressourcen dienen (z.B. Schutz des Grundwassers, Sicherung des Arten- und Biotopschutzes...);
- Handlungsfelder für die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen aufzuzeigen, beispielsweise bei der Zuordnung von Wohnbau- und Gewerbeflächen zur Verringerung des Verkehrsaufkommens.

Das Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz und die neu aufzustellenden regionalen Raumordnungspläne sollen entsprechend abgewogene Ziele enthalten. Die Lösung von Konflikten erst auf der Ebene der Bauleitplanung ist im Vergleich dazu zeitraubend und sehr viel teurer.

In der Bauleitplanung der Gebietskörperschaften sind neben der wirtschaftlichen und städtebaulichen Entwicklung die Erhaltung, Wiederherstellung und überlegte Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sicherzustellen:

- Wohn- und Gewerbegebiete sind zumindest in Ballungsräumen gemeinsam mit Nachbarkommunen zu planen und zu erschließen. Gemeinden, die dies tun, sollten künftig gesondert gefördert werden.
- Die Bauleitplanung muß einen aktiven Beitrag zur Sicherung und Entwicklung ökologisch wertvoller Flächen leisten. Ökologische Belange müssen mit ihrem spezifischen Stellenwert in der Abwägung mit anderen Belangen berücksichtigt werden.

Umweltverträgliches Bauen

Die Schaffung von Wohnraum ist eine der zentralen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Rheinland-Pfalz hat mit seiner hohen Eigentumsquote von über 50 Prozent beim Wohnraum einen Spitzenplatz unter den Bundesländern. Die Liberalen wollen diesen freiheitlichen Ansatz weiter ausbauen, dabei will die **F.D.P.** sich dafür einsetzen, daß Konflikte mit der Nutzung von Umweltgütern möglichst gering gehalten werden.

Die Liberalen setzen sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für umweltverträgliches Bauen ein. Dabei sind der **F.D.P.** folgende Aspekte wichtig:

- Sparsamer Umgang mit der Baufläche unter weitgehender Vermeidung von Bodenversiegelung und Bodenverdichtung;
- Verwendung schadstofffreier, möglichst natürlicher Baustoffe;
- Sparsamer Umgang mit Materialien und Energie (moderne Regelungstechnik, Benutzung von Brauch- und Regenwasser, Niedrig-Energiekonzepte);
- Förderung von Niedrigenergiehäusern;
- Bereitstellung von Informationen zur Nutzung regenerativer Energien durch das Bauamt.

Umwelt und Landwirtschaft, zwei Seiten einer Medaille

Umwelt und Landwirtschaft sind durch ihre wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte untrennbar miteinander verbunden und besonders voneinander abhängig.

Die Erzeugung von qualitativ hochwertigen heimischen Lebensmitteln, Futtermitteln und auch nachwachsenden Rohstoffen mit naturgesetzlich und wissenschaftlich belegten Anbau- und Vermarktungsmethoden dient der Umwelt. Gesundes menschliches, aber auch pflanzliches und tierisches Leben sowie Boden, Luft und Wasser sind nur so gesund zu erhalten.

Die Optimierung des Nährstoffeinsatzes (natürliche und industrielle Düngemittel) ist so gut wie möglich nach Ertrag und Entzug abzustimmen. Dies gilt auch für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nach Schadschwellenlage.

Acker und Rebland bieten die ökologisch und ökonomisch sinnvolle Voraussetzung für eine Biomassenabfall-Verwertung. Im Einvernehmen mit der Landwirtschaft sind die Voraussetzungen dazu zu entwickeln. Die in Rheinland-Pfalz schon vorhandenen Ansätze, z.B. in Zusammenarbeit mit den Maschinen- und Betriebshilferingen, sind durch das Land zu fördern.

Eine weitere Reduzierung der Grundwasserbelastung durch die Landwirtschaft ist notwendig und anzustreben, um die wichtigste Trinkwasserressource zu schützen.

Eine große Gefahr für das Trinkwasser ist die Folge hohen Schadstoffeintrags, vor allem über die Luft. Es zeigen sich bedenkliche Versauerungstendenzen der Waldböden. PH-Wert-Stabilisierung über eine nachhaltige Kalkung ist mit außerordentlich hohen Kosten und Energieaufwand verbunden. Dies ist jedoch in vielen Fällen wegen des Trinkwasserschutzes unumgänglich. Allerdings sollte man bei Aufforstungen in Regionen mit kritischen natürlichen pH-Werten diese Problematik bedenken und besser die ökologisch verträgliche landwirtschaftliche Nutzung der Flächen ins Auge fassen.

Das energetisch nutzbare Potential von unverkäuflichem Holz aus Staats-, Gemeinde- und Privatwäldern, von unbedenklich heizbarem Abfallholz und Materialien, besonders aus nachwachsenden Rohstoffen, ist unter ökologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu untersuchen.

In der Pflanzen- und Tierzucht ist sinnvolle und zielgerichtete Forschung bis zur Praxisreife verstärkt zu betreiben. Dies gilt vor allem für die Genforschung, an die besonders hohe ethische Ansprüche gestellt werden müssen.

Die Liberalen in Rheinland-Pfalz setzen bei der umweltverträglichen Landwirtschaft auf die Selbstverantwortung der Landwirte. Statt immer weiterer Gesetze, Verordnungen und Verboten sind die Landwirte mit ihrer heutigen Ausbildung die beste Voraussetzung dafür, daß Ökonomie und Ökologie miteinander vereint werden können.

Das Land Rheinland-Pfalz mit seinen großflächigen Mittelgebirgsregionen bietet die besten Voraussetzungen für den Anbau besonders umweltverträglicher Kulturpflanzen, mit denen frühere jahrhundertelange Traditionen wieder aufleben könnten. Dies gilt z.B. für den Flachs-anbau, aber auch für den Hanfanbau. Die gesetzlichen Bestimmungen für Betäubungsmittel die derzeit jeglichen Anbau von Hanf verbieten, müssen so gestaltet werden, daß für bestimmte Sorten, bei denen keine Gefahr des Mißbrauchs zu befürchten ist, Anbau und Nutzung dieser in unserer Region in früheren Jahrhunderten traditionellen Kulturpflanze wieder erlaubt wird.

Gesunde Menschen in einer gesunden Umwelt

Produktionsverfahren und -bedingungen von Gebrauchsgegenständen und Lebensmitteln haben einen entscheidenden Einfluß auf die Qualität der Produkte und damit auf den Menschen und seine Gesundheit. Diese komplexen Wirkungszusammenhänge müssen weiterhin intensiv erforscht werden, damit die Grundlagen für treffsichere Entscheidungen in der Zukunft gelegt werden können.

Der steigenden Verunsicherung der Verbraucher über die Qualität der Lebensmittel - und hier ist insbesondere das Lebensmittel Nummer eins, das Trinkwasser, zu nennen - muß durch umfassende Kontrollen und Kennzeichnungen entgegengewirkt werden. Die dadurch erhöhte Transparenz soll dem Verbraucher die aus seiner Sicht gefahrlose Nutzung ermöglichen und die Kaufentscheidung erleichtern.

Einheimische landwirtschaftliche Produkte, die höheren Qualitätsanforderungen genügen als in der EU vorgeschrieben, sollen verstärkt durch besondere Qualitäts- oder Gütesiegel gekennzeichnet werden. Damit soll ein vom Verbraucher geforderter Qualitätsstandard gesichert werden und den Landwirten durch gezielte Marketingkonzepte neue Marktchancen eröffnet werden.

Die **F.D.P.** ist sich der Chancen, der Risiken und der ethischen Problematik der Gentechnologie bewußt. Den Bedenken muß durch notwendige ethisch begründete Selbstkontrolle in der Forschung und durch ausreichende Sicherheitsmaßnahmen in Produktion und Anwendung und durch hohe Sicherheitsstandards Rechnung getragen werden.

Die **F.D.P.** will aber auch die Chancen der Gentechnologie nutzen, die besonders am Chemiestandort Rheinland-Pfalz zukunftsichere und hochwertige Arbeitsplätze bieten können. Die Liberalen bekennen sich zu einer verantwortungsbewußten Nutzung der Gentechnik. Dies muß mit Aufklärung der Bevölkerung und Schaffung

der dazu notwendigen Transparenz einhergehen. Die **F.D.P.** setzt sich deshalb weiterhin für die Kennzeichnung von gentechnisch erzeugten bzw. veränderten Lebensmittel ein, deren Verkauf und Verbrauch bekanntlich durch EU-Recht erlaubt ist. Die entsprechend der hohen deutschen Sicherheitsstandards genehmigten Freisetzungsvorhaben gewährleisten, daß Rheinland-Pfalz nicht den Anschluß auf dem internationalen wichtigen Forschungsgebiet Gentechnologie verliert. Streng kontrollierte Freisetzungsvorhaben sind deshalb zur Sicherung des Produktions- und Forschungsstandortes Rheinland-Pfalz notwendig.

Im Bereich Medizin kann die Gentechnik mit der Entwicklung neuer Medikamente, Diagnose- und Therapieverfahren lebenswichtige Hilfe leisten. Die **F.D.P.** wird sich deshalb gerade hier für eine intensive Forschung einsetzen, die dringend notwendig ist.

Zurückhaltung bei Großprojekten, aber keine dogmatische Ablehnung

Planerische Großprojekte (Freizeitparks, usw.) sind oft mit schwerwiegenden Eingriffen in die Umwelt verbunden. Sie sind aber nicht grundsätzlich abzulehnen. Größe allein darf kein Ausschlußkriterium sein. Bei der Beurteilung der Maßnahmen muß eine Abwägung der unterschiedlichen Interessen im Vordergrund stehen. Dabei muß selbstverständlich der Aspekt des Umwelt- und Landschaftsschutzes, insbesondere durch Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen, ein hohes Gewicht haben. Großprojekte sind dann realisierbar, wenn die notwendigen Eingriffe in die Landschaft insgesamt vertretbar und ausgleichbar sind.

Wasser, unser wichtigstes Lebensmittel

Örtliche Brunnen und Quellen, die wegen zentraler Wasserversorgung stillgelegt werden mußten, dürfen zur Brauchwassernutzung - insbesondere für die Landwirtschaft - wieder freigegeben werden.

Unsere Trinkwasservorräte sind sowohl von der Menge, als auch von der Qualität her in einzelnen Regionen unseres Landes bedroht. Luftschadstoffe, auch Einträge aus der Landwirtschaft, bewirken Versauerung und hohe Schadstoffbelastung der Böden. Schon im Jahre 1993 zeigten die Waldböden in Hunsrück und Pfälzer Wald eine drei- bis vierfache Übersäuerung. Dies erhöht die Gefahr, daß durch die Säuren das Eindringen von Schadstoffen bis ins Grundwasser bewirkt und damit die Qualität unserer wichtigsten Trinkwasservorräte erheblich bedroht wird.

Die weitere Minderung der Luftschadstoffe und des Schadstoffeintrags muß durch moderne Umwelttechnik, weniger Düngemiteleintrag und weniger Pflanzenbehandlungsmittel erreicht werden. Hier kann eine bereits laufende, gute Entwicklung in der Landwirtschaft fortgesetzt werden.

Die **F.D.P.** will dazu Anreize geben. Die hohe Wasserentnahme, mit im Schnitt 140 Liter pro Einwohner und Tag, aus den Trinkwassernetzen in den Privathaushalten hat zu einem erheblichen Absinken des Grundwasserspiegels geführt. Dies z.B. im Rheingraben und in der westpfälzischen Moorniederung. Die fortschreitende Flächenversiegelung verstärkt diese Entwicklung. Deshalb hat die **F.D.P.** in dem von

ihr in der ablaufenden Legislaturperiode maßgeblich mitgestaltetem neuen Landeswassergesetz Regelungen aufgenommen, die der weiteren Versiegelung entgegen wirken bzw. zur Entsiegelung führen. Im neuen Landeswassergesetz sind auch weitere Anreize für das Sparen von Wasser in allen Bereichen gesetzlich vorgegeben. Dadurch soll z.B. erreicht werden, daß Brauchwasser künftig aus Niederschlagswasser gewonnen wird, statt es dem Trinkwassernetz zu entnehmen. Die Regenwassernutzung für Toilettenspülungen, Gartenbewässerung und für Vorspülungen in Waschmaschinen ist heute technisch kein Problem mehr. Sie muß deshalb ausgeweitet werden. Die Liberalen werden dafür positive politische Rahmenbedingungen setzen.

Hochwasserschutz

Große, sogenannte "Jahrhunderthochwasser" häufen sich. Sie haben in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren Schäden in Milliardenhöhe verursacht. Hochwasserschutz kann nicht kleinräumig erfolgen. Man muß hier in großen Regionen denken. Rückhaltemaßnahmen, weniger Oberflächenversiegelung, Flächenentsiegelung, Verbot von Wiesenumbbruch, Rückgewinnung von Auen, Renaturierung von Gewässern, Aufforstung zum Zwecke des Wasserrückhaltes gehören zu einem ganzen Bündel von Maßnahmen, die ergriffen werden müssen.

Mit dem neuen Landeswassergesetz hat die **F.D.P.** maßgeblich mit dafür gesorgt, daß eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen wurde, die das Einbringen von Oberflächenwasser in den natürlichen Wasserkreislauf gesetzlich festschreibt und damit dem vorbeugenden Hochwasserschutz dient. Die planfestgestellten Polder in der Pfalz müssen zügig gebaut werden. Die Planung für die übrigen Polder muß ebenso zügig weiterbetrieben werden. Die Hörlder Rheinaue ist in Form eines Fließpolders ebenfalls zu nutzen. Die Maßnahmen in Rheinhessen müssen weiter verfolgt werden, wobei auch das Nachbarland Hessen seinen Beitrag leisten muß. Das großflächig angelegte Naheprogramm muß ohne Zeitverzug Schritt für Schritt realisiert werden, ähnliches muß auch für die Mosel und die Lahn in Gang gesetzt werden.

Der beste Hochwasserschutz ist der, der die Bebauung von Flußauen vermeidet.

Die rheinland-pfälzische **F.D.P.** wird sich weiterhin dafür einsetzen, daß von politischer Seite die Erkenntnis gefördert wird, daß unsere Ströme, Flüsse und Bäche ihren ausreichenden natürlichen Lebensraum brauchen und daß die Natur jeden erbarmungslos straft, der glaubt, dies mißachten zu können. Die **F.D.P.** will deshalb, daß die Verordnungen zum Schutz der natürlichen Überschwemmungsgebiete zügig vervollständigt und umgesetzt werden, um eine klare Planungsinformation und damit hohe Planungssicherheit aus Sicht des Hochwasserschutzes zu schaffen.

Wenn der Wald stirbt, sterben nicht nur Bäume

Die zusammenhängenden Waldgebiete in Rheinland-Pfalz sind größtenteils durch Versauerung schwer geschädigt. Dort kann der Wald nicht mehr so wie gesunder Wald nachwachsende Rohstoffe liefern und für das ökologische Gleichgewicht sorgen. Er kann zunehmend nicht mehr seine zentrale Funktion bei der Erhaltung

eines einwandfreien, gesunden Klimas und der Sicherung von Menge und Qualität unseres Trinkwassers sowie der Rückhaltung von Regenwasser und damit Hochwasservorsorge erfüllen.

Schreitet die Schädigung durch sauren Regen und Schadstoffeintrag fort, werden die Schäden unumkehrbar. Unsere Wälder verlieren auf unabsehbare Zeit ihre vielfältige Funktion und ihre natürliche Schönheit. Umweltkatastrophen nicht gekanntes Ausmaßes wären die Folge. Auch wenn Landespolitik kaum Einfluß nehmen kann, weil der Schadstoffeintrag über Ferntransport durch die Luft aus den Quellen Verkehr, Landwirtschaft, Industrie und Hausbrand auf entferntere Regionen erfolgt, kann auf Landesebene erhebliches geleistet werden, um negative Folgen zu vermindern.

Liberaler rheinland-pfälzischer Umweltpolitik muß sich in den nächsten Jahren vor allem mit den Folgen des Waldsterbens und der Vorsorge gegen dessen weiteres Fortschreiten beschäftigen. Die **F.D.P.** fordert daher ein:

Programm Ökowald 2000

Dies beinhaltet

- eine standortgerechte Forstwirtschaft vor allem auf ökologisch bedeutsamen Standorten;
- eine umweltverträgliche und forstverträgliche Jagd;
- eine verstärkte Waldkalkung als kurz- und mittelfristige Maßnahme gegen das weitere Fortschreiten der Versauerungsfront, vor allem um die Freisetzung von Aluminiumionen als besonders gefährliches Gift im Ökosystem Wald zu stoppen;
- die Unterstützung waldbodenschonender Bewirtschaftungsformen auf besonders gefährdeten Standorten mit dem Ziel, weitere Bodenverdichtungen und damit irreversible Schädigung der Bodenstruktur zu vermeiden (Förderung der Arbeit mit Rückepferden);
- die Einrichtung eines Forschungsvorhabens innerhalb des Aktionsprogrammes "Blau" mit Pilotcharakter zur Sanierung von Waldbächen, Waldkleinstgewässern und Feuchtböden (z.B. im Soonwald) mit dem Ziel, Mittel gegen den beschleunigten Oberflächenabfluß einzusetzen und zur Wiederherstellung der Wasseraufnahmefähigkeit des Waldes beizutragen.
- die Anwendung moderner EDV- und Kommunikationsmethoden zur Verbesserung des Informationsflusses und der Koordination zwischen unterschiedlichen Planungen und Vorhaben, wie Flächennutzungsplanung und Landschaftsplanung, Planung vernetzter Biotopsysteme usw., damit gemeinsam entwickelte Zielvorstellungen und Strategien kostengünstiger und schneller in Sanierungskonzepte umgesetzt werden können.

Mittelfristiges Ziel: Weil die Waldbesitzer durch die zunehmenden Waldschäden immer mehr Aufgaben zur Bewältigung der ökologischen Leistungsfähigkeit bzw. die

Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit einer nachhaltigen Forstwirtschaft übernehmen müssen, und der finanzielle Ertrag aus der Forstbewirtschaftung dazu oft nicht mehr ausreicht, muß eine politische Klärung darüber herbeigeführt werden, wie diese Leistungen für das Allgemeinwohl durch finanzielle Kompensation der Mehrkosten der Eigentümer anerkannt wird.

Rheinland-Pfalz - Kulturlandschaften im Herzen Europas

Die historischen Kulturlandschaften in Rheinland-Pfalz, wie beispielsweise das Tal des Mittelrheins mit seiner europäischen und internationalen Bedeutung, sollen gesichert werden. Dazu müssen Konflikte zwischen Belangen der Landschaftserhaltung und der Funktion dieser Gebiete als Wirtschafts-, Siedlungs- und Erholungsraum gelöst und problemorientierte Nutzungskonzepte erarbeitet werden. Die **F.D.P.** will damit die Chancen und Risiken verschiedener Lösungswege aufzeigen und gleichzeitig die Grundlage für die Zusammenarbeit verschiedener Handlungsträger schaffen.

Der Begriff der "Schützenswerten Kulturlandschaft" soll im Landespflegegesetz erweitert werden auf forstwirtschaftlich genutzte Räume sowie auf kulturlandschaftlich geprägte Siedlungsbereiche. Dazu sollen im Bundesrat entsprechende Initiativen der Landesregierung zur Änderung der Bundesgesetzgebung, vor allem des Naturschutzgesetzes und des Baugesetzbuches, ergriffen werden.

Die **F.D.P.** will sich für eine Inventarisierung historischer Kulturlandschaftselemente und die Einrichtung eines entsprechenden Katasters einsetzen. Damit soll verhindert werden, daß buchstäblich täglich - und meist aus Gedankenlosigkeit und Unwissenheit - Elemente historischer Kulturlandschaften unwiederbringlich zerstört werden. Diese schweren Verluste an Standortqualität und damit auch von wirtschaftlichen Entwicklungschancen will die **F.D.P.** beenden.

Für unsere Mitgeschöpfe - Tierschutz

In gleichem Maße, wie die Liberalen dem Schutz der Umwelt verpflichtet sind, setzt sich die **F.D.P.** für den Schutz der Tiere als Mitgeschöpfe ein.

Mit der Novellierung des Tierschutzgesetzes im Jahre 1986 gibt sich die **F.D.P.** nicht zufrieden; auch reicht es nicht aus, auf Bundesgesetze oder auf EG-Rechtsvorschriften zu warten.

Die folgenden landespolitische Maßnahmen sind daher zu verstärken oder einzuleiten:

- Schutz vom Aussterben bedrohter Tierarten durch Erhalt und Schaffung von entsprechenden Lebensräumen;
- artgerechte Käfigtierhaltung und die notwendige Überwachung der Halter;
- artgerechte Haltung von Tieren, die zur Schau gestellt werden; dabei ist eine sorgfältige Abwägung von wirtschaftlichen Interessen gegenüber denen der Tiere vorzunehmen;
- Förderung von art- und verhaltensgerechter Tierhaltung in der Landwirtschaft. Förderung von Produktkennzeichnung aus diesen Haltungen;

- Verstärkung der Kontrollen von Tiertransporten im Transit.
- Weiterer Abbau von Tierversuchen zu Ausbildungs- und Forschungszwecken. Förderung von tierversuchsfreien Alternativen in der Forschung und bei Testverfahren.
- Unterstützung von Tierheimen und Tierschutzorganisationen. Sie tragen, neben anderen Aufgaben, viel zur Verbreitung des Tierschutzgedankens und zur Aufklärung von Kindern und Jugendlichen in diesem Bereich bei.

RECHTS- UND INNENPOLITIK

Gerade auf dem Gebiet der Rechts- und Innenpolitik haben Liberale in der deutschen Geschichte bedeutenden Einfluß gehabt und wichtige Akzente gesetzt. Es waren Liberale, die sich 1832 zur Abwehr der konservativen Reaktion auf dem Hambacher Schloß versammelt haben. Es waren Liberale, die die erste freiheitliche Verfassung der Deutschen erkämpft und 1848 in der Frankfurter Paulskirche beschlossen haben. Und es waren Liberale, die bei der Gründung des Landes Rheinland-Pfalz 1947 sowie der Bundesrepublik Deutschland 1949 maßgeblich mitgewirkt haben. Diese Tradition bestimmt das politische Denken und Handeln der rheinland-pfälzischen **F.D.P.** auch in Gegenwart und Zukunft.

Die kontinuierliche Arbeit der **F.D.P.** in den beiden vergangenen Legislaturperioden hat zu einer liberalen Erneuerung der rheinland-pfälzischen Rechts- und Innenpolitik geführt. Zahlreiche unserer programmatischen Forderungen sind inzwischen bereits verwirklicht, wie etwa

- die Grundbereinigung der Landesverfassung, z.B. von Ungereimtheiten und altväterlichem Ballast,
- die Einführung der individuellen Landesverfassungsbeschwerde,
- das Frauen-Gleichstellungsgesetz,
- die Verabschiedung eines grundrechtskonformen Landesdatenschutzgesetzes,
- die Organisationsreform der Polizei,
- die Verwaltung auch der Arbeitsgerichte durch das Justizministerium,
- die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (in der Kommunalverfassung),
- die Wahl von Bürgermeistern und Landräten durch die Bürger selbst,
- die Besetzung der kommunalen Ausschüsse nach dem gerechteren Zählverfahren Hare-Niemeyer,
- das Kommunalwahlrecht für EG-Ausländer,
- die Reform des Kommunalabgabengesetzes.

Die rheinland-pfälzische **F.D.P.** wird sich indessen nicht auf diesen Erfolgen ausruhen, sondern den eingeschlagenen liberalen Kurs rheinland-pfälzischer Rechts- und Innenpolitik konsequent auf allen Gebieten fortführen.

Verfassungsrecht

Die bereits durchgeführte, mehr redaktionelle Bereinigung der Landesverfassung reicht alleine nicht aus, um Rheinland-Pfalz eine moderne und effektive Verfassung zu geben. Mit auf Initiative der **F.D.P.** wurde eine Enquete-Kommission "Verfassungsreform" mit namhaften Fachleuten eingesetzt, die inzwischen ihren Bericht vorgelegt hat. Durch das Veto der CDU konnten die von der Kommission mit

Zweidrittel-Mehrheit vorgelegten Vorschläge nicht in der Landesverfassung verankert werden. Die **F.D.P.** wird weiter für eine moderne Landesverfassung kämpfen. Zentrale Anliegen sind: Stärkung des Schutzes von Ehe und Familie, Gleichstellung von Frauen und Männern in Staat und Gesellschaft durchsetzen, Schutz behinderter Menschen, Sportförderung, Festschreibung der sozialen Marktwirtschaft in der Verfassung, Grundrecht auf Datenschutz, Tierschutz, Stärkung der Rechte des Parlaments, Einbindung von Rheinland-Pfalz in den Prozeß der europäischen Einigung.

Die **F.D.P.** tritt ein für eine umfassende Reform der Arbeit des rheinland-pfälzischen Landtags - straffer, effektiver, durchschaubarer für den Bürger. Dabei darf auch eine Verkleinerung des Parlaments nicht "tabu" sein.

Der Landesverfassungsgerichtshof besteht derzeit aus dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichtes (Vorsitzender), drei weiteren Berufsrichtern und fünf Beisitzern; diese acht Beisitzer werden vom Landtag gewählt, wozu der Vorsitzende eine Liste mit zwölf Namen vorlegt. Die **F.D.P.** fordert, daß dieses wichtige Gericht auf eine breitere demokratische und fachliche Basis gestellt wird: Alle acht Beisitzer sollten vom Landtag mit Zweidrittelmehrheit gewählt werden; außerdem sollte das Vorschlagsrecht für die weiteren Berufsrichter nicht in der Hand nur einer einzigen Person liegen.

Stärkung der Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger

Die **F.D.P.** fordert, die Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger und der Parteimitglieder durch folgende Reformen zu stärken:

- Der Landtag soll durch eine Volksinitiative, die von 30.000 Wahlberechtigten unterstützt werden muß, gezwungen werden, sich mit bestimmten Fragen zu befassen.
- Volksbegehren und Volksentscheid in Rheinland-Pfalz müssen durch geringere Quoren erleichtert werden.
- Auch auf Bundesebene sollen plebiszitäre Elemente eingeführt werden.
- Der Wähler soll bei der Wahl zum Bundes- und Landtag die Möglichkeit erhalten, durch Kumulieren die Reihenfolge der Kandidaten auf der von ihm gewählten Liste zu verändern.
- Durch eine Änderung des Parteiengesetzes soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Vorsitzenden der Parteien in einer Urwahl durch die Mitglieder wählen zu lassen. Bei der Möglichkeit der Urwahl muß dies zuvor durch den Landesparteitag beschlossen werden.

Datenschutzrecht

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes muß auch die Landesgesetzgebung den Anforderungen von Art. 2 Grundgesetz mit dem darin enthaltenen "Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung" des einzelnen Bürgers genügen. Das noch aus Zeiten absoluter CDU-Herrschaft bestehende massive Reformdefizit ist durch die Verabschiedung eines modernen Landesdatenschutzgesetzes bereits spürbar verringert worden; erheblicher

Reformbedarf besteht aber weiterhin im Polizeirecht sowie im Bereich des Landesverfassungsschutzgesetzes.

Rechnungshof

Ein wichtiges Instrument gegen das Verschleudern von Steuergeldern ist der Landesrechnungshof in Speyer. Die **F.D.P.** fordert eine Stärkung des Landesrechnungshofes. Für die Wahl seines Präsidenten sollte eine Zweidrittelmehrheit des Landtages erforderlich sein. Sonderprüfungsberichte über haushaltsrelevante Vorgänge sind vom Landesrechnungshof in kürzeren Abständen als bisher vorzulegen. Wenn der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zuwider gehandelt wird, sollte auf Initiative des Landesrechnungshofes der Landtag, als Kontrollorgan der Landesregierung, zu aufschiebenden Maßnahmen berechtigt sein. Bei allen Beanstandungen des Landesrechnungshofes muß für den Bürger und seine gewählten Vertreter immer deutlich erkennbar sein, wer für die Verschwendung oder Fehlverwendung seiner Steuergelder verantwortlich ist.

Rechtsstaat

Die **F.D.P.** ist und bleibt die Rechtsstaatspartei. Um den Anforderungen der Zeit zu entsprechen, neuen Herausforderungen durch organisierte Kriminalität, Zunahme von Gewalt und Extremismus wirksamen Mitteln begegnen zu können, müssen Polizei und Justiz gestärkt werden.

Dazu gehören Maßnahmen der Gesetzgebung, vor allem aber des Gesetzesvollzuges.

Bei der Gesetzgebung haben sich das Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und das Verbrechensbekämpfungsgesetz zwar positiv ausgewirkt, aber noch nicht als ausreichend erwiesen. So muß z.B. das Geldwäschegesetz verbessert werden, ohne die Unschuldsvermutung aufzuheben.

Polizei

Die **F.D.P.** hat maßgeblich darauf hingewirkt, daß in den letzten Jahren durch eine verbesserte Organisationsstruktur und Entlastung der Polizei von Verwaltungsaufgaben ca. 150 Polizeibeamte in den wirklichen Vollzugsdienst kamen; 600 neue Stellen für die Polizei wurden geschaffen.

Die **F.D.P.** hat weiter durchgesetzt, daß die Besoldungsstrukturen der Polizei erheblich verbessert wurde (über 2.600 Beförderungen in den letzten zwei Jahren). Dieser Weg muß fortgesetzt werden.

Die Polizei muß weiter personell verstärkt werden - sowohl bei der Kriminalpolizei als auch bei der Schutzpolizei. Das Sicherheitsbedürfnis der Bürger wird von der **F.D.P.** ernstgenommen.

Die Polizeistruktur wird zugunsten einer stärkeren Präsenz der Polizei vor Ort weiterentwickelt. Dies gilt vor allem für ländliche Gebiete. Mehr Fußstreifen und mehr sogenannte Kontaktbeamte werden eingesetzt.

Mehr Bürgernähe muß durch eine weitere Entlastung der Polizei von polizeifremden Aufgaben, wie Schreib- und Verwaltungstätigkeit, ermöglicht werden. Auch die technische Ausstattung ist weiter zu verbessern. Ein besonderer Schwerpunkt der Polizeiarbeit muß dabei die Vorsorge gegen Einbruchs- und Gewaltdelikte sein, verbunden mit einer effizienten Arbeitsweise um diese Delikte aufzuklären.

In Polizeidienststellen und Kommunalverwaltungen werden Anlaufstellen für die Meldung von Gewaltandrohungen, Erpressungen und Gewaltanwendungen gegenüber Kindern und Jugendlichen (auch in den Schulen) eingerichtet. Hierbei müssen vor allem Hilfen und Gegenmaßnahmen zum Schutz gegenüber Kinder- und Jugendbanden geleistet werden.

Die Einstellung von Ausländern in den Polizeidienst ist zu verstärken.

Die Zusammenarbeit der Polizeibehörden über die Grenzen zu den Europäischen Nachbarstaaten hinweg ist zu verbessern. Die **F.D.P.** unterstützt den Ausbau von EUROPOL und setzt sich für einen Einsatz dieser europäischen Polizei auch beim Vollzug ein.

Dies alles macht deutlich, daß die **F.D.P.** die neuen Bedrohungen durch Gewalt und organisierte Kriminalität ernst nimmt und entschlossen bekämpfen will. Mit einem größeren Maß an Innerer Sicherheit wird der Grundrechtsschutz des Bürgers gestärkt.

Justiz

Zur Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört auch eine bürgernahe und effektive Justiz.

Hier ist einiges geschehen. Durch die Schaffung von Sonderdezernaten für Opferschutz von mißhandelten Frauen und Kindern sowie bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität bei den Staatsanwaltschaften ist neben einer personellen Verstärkung eine Spezialisierung erfolgt. Gleiches gilt für die Gerichte.

Auf diesem Wege ist fortzufahren. Ein Schwerpunkt bei der Strafverfolgung muß auch bei der Bekämpfung der Korruption gesetzt werden.

Die Sachausstattung, insbesondere durch elektronische Datenverarbeitung, ist weiter zu verbessern. Die Arbeitsabläufe innerhalb von Staatsanwaltschaften und Gerichten sind zu konzentrieren und effektiver zu gestalten.

- Organisation und Verfahrensordnungen müssen vereinfacht werden, um eine ortsnahe und vor allem schnelle Rechtsgewähr sicherzustellen. Dabei ist keineswegs für alle Verfahren ein dreistufiger Instanzenzug geboten. Rechtsstaat bedeutet nicht nur Rechtsmittelstaat. Allerdings muß grundsätzlich eine Überprüfung gerichtlicher Entscheidungen durch ein Rechtsmittelgericht möglich sein.
- In Strafverfahren dürfen die Rechte der Angeklagten nicht unvertretbar eingeschränkt werden.

- Die Gerichte müssen rationell und bürgerfreundlich arbeiten.
- Die Steigerung der Effektivität ist auch durch die Einführung moderner Elektronik und Kommunikationsmittel zu gewährleisten (PC, moderne Telefonanlagen, Verbesserung der JURIS-Stationen etc.). Innerhalb der Gerichte ist durch die Bildung von sogenannten Serviceeinheiten eine Verbesserung der organisatorischen Abläufe sicherzustellen.
- Durch eine Verbesserung der Beförderungschancen ist die Attraktivität des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes zu steigern.
- Die Zusammenarbeit mit anderen Behörden wie Polizei, Einwohnermeldeamt, Post etc. ist zu intensivieren.

Strafvollzug

- Die F.D.P. fordert den Ausbau des Behandlungsvollzuges. Vollzug von Freiheitsstrafe bedeutet nicht bloßes Einsperren, sondern die Aufarbeitung der Straftaten durch die Verurteilten und weitere Maßnahmen der Betreuung und Behandlung, um nach der Entlassung aus der Haft die Chancen zu erhöhen, ein Leben in Freiheit ohne Straftaten führen zu können. Hierzu sind die Vollzugsanstalten in räumlicher und personeller Hinsicht besser auszustatten.
- Bei Drogenabhängigen ist der Übergang in Therapieeinrichtungen weiter zu erleichtern.
- Weiterhin muß die Ausbildung für eine künftige Berufstätigkeit noch weiter verbessert werden - wobei insbesondere Berufsausbildungen gefördert werden müssen, die in der Praxis auch eine entsprechende Nachfrage erfahren.
- Die Straffälligenhilfe ist zu verbessern, insbesondere sind betreute Wohnprojekte zu fördern, wobei ein zügiger Übergang in das Arbeitsleben anzustreben ist.

Kommunalrecht

Auch in diesem Bereich hat die F.D.P. die Übernahme einer Reihe ihrer Anliegen in die Rechtswirklichkeit durchgesetzt und damit auch der rheinland-pfälzischen Kommunalpolitik ein liberales Gesicht gegeben - zum Nutzen des Bürgers. Die Verwirklichung weiterer wichtiger liberaler Forderungen steht allerdings noch aus:

Ein zentrales Anliegen liberaler Politik ist es, daß Bürgerbegehren und Bürgerentscheid nach der Kommunalverfassung gemäß dem Modell Baden-Württemberg in ihren Möglichkeiten erweitert werden. Neben den Bürgermeistern und Landräten sollten in Zukunft auch die Ortsbeiräte und Ortsvorsteher in einer Urwahl durch die Bürger direkt bestimmt werden.

Bei Zweckverbänden und Planungsgemeinschaften sollen die Gremien nach den Wahlergebnissen in den betreffenden Gebietskörperschaften zusammengesetzt werden; das Zweckverbandsgesetz und das Landesplanungsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz sind zu ändern.

Liberaler wollen, daß Bürgermeister und hauptamtliche Beigeordnete nicht gleichzeitig Mitglied des Kreistages sein dürfen, weil sie sich sonst selbst kontrollieren.

Liberaler wollen, daß - aus dem gleichen Grunde - hauptamtliche Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer gemeindeeigener oder gemeindebestimmter Wirtschaftsunternehmen nicht Mitglieder eines Kreis-, Stadt- oder Gemeindeparlaments sein dürfen.

Liberaler wollen, daß der kommunale Finanzausgleich gerechter gestaltet wird.

Liberaler wollen, daß eine einheitliche Handhabung gesetzliche Normen und Richtlinien in den verschiedenen Gemeinden angestrebt wird.

Verwaltungsvereinfachung

Die F.D.P. fordert eine weitere Verwaltungsvereinfachung, insbesondere - wegen der größeren Bürgernähe - die Verlagerung von Kompetenzen nach unten. Dabei ist im Wege einer umfassenden Aufgabeninventur auch zu überprüfen, wie überflüssige Aufgabenfelder und Einzelregelungen vollständig gestrichen werden können. Allerdings müssen auch hier Augenmaß und wirkliche Verbesserungen vor blindem Aktionismus und Propagandaaktionen stehen.

Die F.D.P. fordert die Abschaffung der Bezirksregierungen. Dabei sind überflüssige Aufgabenfelder zu streichen und unverzichtbare Funktionen auch funktionsgerecht anzusiedeln, d.h. häufig: weiter unten oder bei den verbleibenden Sonderbehörden.

Verwaltungsmodernisierung

Die F.D.P. setzt sich für die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung auf kommunaler und Landesebene durch die Einführung unternehmensähnlicher Strukturen nach dem Konzept "Neue Steuerungsmodelle", die im einzelnen noch zu testen sind, ein. Ziel ist, daß die Verwaltung mit weniger Geld die gleiche bzw. mehr Leistung bringt, also effizienter arbeitet.

Öffentlicher Dienst

Die F.D.P. will den öffentlichen Dienst flexibler und moderner gestalten. Die F.D.P. hält dabei am Berufsbeamtentum fest. Erforderlich sind eine Reform des Öffentlichen Dienstrechtes und eine Überprüfung der Aufgaben des Staates mit dem Ziel einer Reduzierung der staatlichen Administration. Die Effizienz und die Qualität des Öffentlichen Dienstes müssen gewährleistet und fortentwickelt werden. Die Bezahlung im Öffentlichen Dienst (auch bei der Beamtenschaft) ist stärker am Leistungsprinzip zu orientieren; die Bezahlung muß einem Vergleich mit der Bezahlung außerhalb des Öffentlichen Dienstes standhalten. Die F.D.P. spricht sich für eine Flexibilisierung der Laufbahnstrukturen und der Arbeitszeiten, für eine Erleichterung des Personalwechsels zwischen dem Öffentlichen Dienst und der freien Wirtschaft, für eine leistungsgerechtere Bezahlung vor allem im Eingangsbereich sowie für eine Stärkung des Leistungsgesichtspunktes bei der

Besetzung von Führungspositionen aus. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muß durch eine Ausweitung der Teilzeitbeschäftigungs- und Beurlaubungsmöglichkeiten verbessert werden.

Rechtspolitik des Bundes

- Die F.D.P. wird sich für eine Verkürzung der Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen einsetzen, ohne daß dabei die Interessen des Naturschutzes vernachlässigt werden dürfen.
- Die F.D.P. fordert nachdrücklich die Förderung der Biotechnologie, insbesondere der Gentechnologie. Der Fortschrittsfeindlichkeit weiter Teile der Politik und der Gesellschaft muß entgegengewirkt werden. Chancen und Risiken müssen gegeneinander abgewogen werden, wobei eine einseitige Betonung der Risiken vermieden werden muß.
- In Strafverfahren ist mehr als bislang den Interessen der Opfer gerecht zu werden. In Verfahren mit kindlichen Opfern sexueller Gewalt ist die Benutzung moderner Videotechnik durch gesetzgeberische Klarstellung sicherzustellen.
- Die F.D.P. wird sich dafür einsetzen, daß das Staatsangehörigkeits- und Ausländerrecht reformiert wird. Dabei ist für die hier lebenden Kinder der Dritten Generation der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu gewährleisten.
- Ausländer, die in Deutschland schwere Straftaten begehen, müssen konsequent in ihre Heimatländer abgeschoben werden.

Europäische Rechts- und Innenpolitik

Die F.D.P. unterstützt nachdrücklich die europäische Integration. Sie wird aber darüber wachen, daß die europäische Integration den liberalen und sozialen Standard unserer Rechts- und Innenpolitik sowie unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht - offen oder verdeckt - beeinträchtigt. Auch innerhalb der europäischen Gemeinschaft darf die Verlagerung von Kompetenzen auf europäische Institutionen nicht zu einer Aushebelung zentraler Landeskompetenzen führen.

Die Europäische Rechtsakademie Trier soll die Vermittlung des europäischen Rechts sowie die persönliche Begegnung von Interessenten aus allen Mitgliedsstaaten ermöglichen und so zur europäischen Integration beitragen.

SCHULE UND WEITERBILDUNG

Schulpolitik

Eine moderne Schule für eine moderne Gesellschaft

Bestmögliche Bildungsangebote sind eine notwendige Zukunftsinvestition sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft. Es müssen deshalb Möglichkeiten geschaffen werden, mit deren Hilfe jeder seine individuellen Fähigkeiten lebenslang entwickeln kann.

Das bedeutet für die Schul- und Bildungspolitik:

Ein wesentliches Element für das kulturelle Verständnis ist das Erlernen der Sprachen der EU-Partner. Deshalb sollte in der Grundschule ab der 3. Klasse allen Schülern eine moderne Fremdsprache angeboten werden. Weitere bilinguale Züge an weiterführenden Schulen sind einzurichten. Die Schulen benötigen Unterstützung bei der Integration der Kinder von Aus- und Übersiedlern und der Kinder ausländischer Mitbürger. Diese Integration bringt nicht nur Schwierigkeiten, sondern bereichert das Schulleben, da sie das Blickfeld der Kinder erweitert und zu neuen Einsichten führt. Hierbei ist darauf zu achten, daß ausländische Kinder die Möglichkeit haben, ihre sozialen, kulturellen und ethnischen Bindungen zu erhalten.

Durch Betreuungsangebote und Ganztagschulen dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung tragen

Unsere Gesellschaft hat sich in fast 50 Jahren Bundesrepublik erheblich verändert. Das Verständnis von Familie und Rollen in der Familie hat sich gewandelt, in der schulischen Struktur ist dieser Wandel nicht nachvollzogen.

Die Schule als Aufenthaltsort für Hausaufgabenerledigungen, Betreuung der Jüngeren, Freizeitgestaltung oder auch ungezwungene Begegnungsstätte für Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrern gibt es fast nicht. Viele Kinder und Jugendliche sind deshalb außerhalb der Unterrichtszeit auf sich selbst gestellt. Das muß sich ändern.

- Die Betreuungsangebote in der Grundschule sollen deutlich ausgeweitet und auf weiterführenden Schulen in altersgerechter Form übertragen werden.
- Für die Einrichtung von Trägervereinen soll ein eigener Förderbetrag im Landeshaushalt eingerichtet werden. Die Zuschüsse sollen es den Trägern ermöglichen, sozialpädagogische Fachkräfte einzustellen. Auch die Mitarbeit von Eltern soll so besser honoriert werden können.
- Solche Betreuungsangebote sind ein ganz wichtiger Schritt, um dem sozialen Wandel nachzukommen. Sie reichen aber nicht aus, wenn nicht auch Zug um Zug Ganztagschulen eingesetzt werden. Hierfür ist ein Zeit- und Finanzierungsplan zu erarbeiten.

Werteorientierung und stärkere Profilbildung in den Schulen

Die Verantwortlichkeit in der Schule verlangt, wertorientiert zu handeln und zu erziehen. Die durch die Verfassung gebotene Pluralität der Werte darf nicht nur Beliebigkeit verkommen. Die Vermittlung und das Erleben unterschiedlicher Werte sind daher stärker in das Aufgabenfeld schulischer Erziehung zu rücken. Gerade das Kennenlernen unterschiedlicher Werte, erlebt an Lehrern oder Mitschülern, führt zu mehr Toleranz. Angesichts der Überflutung durch die Massenmedien ist solche Orientierung für die Erziehung in Schule und Familie besonders wichtig. Folgende Änderungen müssen deshalb vorgenommen werden:

- Zur Verantwortlichkeit und Werteorientierung muß ein größerer pädagogischer Freiraum außerhalb des Lehrplans geschaffen werden, um für die Schule ein eigenes Profil zu entwickeln. Hierzu gehören z.B. zusätzliche musische Schwerpunkte, sportliche Engagements, naturwissenschaftliche Projekte oder ein soziales Engagement im Umfeld der Schule.
- Solche zusätzliche Leistungen sollen nicht nur dem Profil und Ansehen der Schule dienen, sondern auch in den Zeugnissen der Schülerinnen und Schüler ihren Niederschlag finden. Wenn Werteorientierung und Verantwortlichkeit für die Gemeinschaft für schulische Erziehung bedeutsam sind, dann müssen sie auch entsprechend dokumentiert werden.

Erhalt des gegliederten Schulwesens und Verbesserung der Unterrichtsversorgung

- Das gegliederte Schulwesen, in dem alle Schularten als gleichwertig zu sehen sind, aber auch integrierte Formen der Schule sind behutsam zu entwickeln um die Anpassung an geänderte Gegebenheiten zu gewährleisten. Dabei ist verstärkt auf die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung Wert zu legen, wie dies das "Zwei-Säulen-Modell" gewährleistet.
- Das wohnortnahe Schulangebot ist zu erhalten. Dies gilt besonders für kleine Grundschulen.
- Es ist das Ziel der **F.D.P.**, den zu hohen Unterrichtsausfall abzubauen. Dies muß im wesentlichen durch Schaffung neuer Planstellen und darf nicht durch Verschiebungen zu Lasten von Arbeitsgemeinschaften oder anderer weitergehender Aktivitäten und Aufgaben der Schulen erfolgen. Vor allem sollten zusätzliche stellungungebundene Mittel zur Unterrichtsversorgung eingesetzt werden.
- Der Umgang mit neuen Technologien ist eine Kulturtechnik der Zukunft, er ist an allen Schularten zu ermöglichen; bei der Einbeziehung der neuen Technologien behalten aber pädagogische und lernpsychologische Gesichtspunkte unbedingten Vorrang.
- Lehrer müssen sich ständig fortbilden, sie müssen auch typische Berufsfelder, in die sie ihre Schüler entlassen, aus eigener Anschauung

kennen. Dazu sind u.a. Lehrer - Betriebspraktika und Fortbildungsveranstaltungen in der unterrichtsfreien Zeit zu ermöglichen. - Um die zukünftigen Führungsaufgaben in den Schulen zu unterstützen, wird ein Führungskolleg für schulische Führungskräfte im Rahmen der Lehrerfortbildung eingeführt.

- Für Lehramtskandidaten ist ein breiter Einstellungskorridor offenzuhalten, damit junge Lehrer mit erfahrenen Kollegen gemeinsam Schule gestalten können.
- Arbeitspraktika für Schüler und Lehrerbetriebspraktika sind für alle Schulformen zu ermöglichen. Eine engere Zusammenarbeit mit IHK, HWK und Betrieben soll Schul- und Arbeitswelt besser verbinden.

Für die einzelnen Schularten fordert die **F.D.P.** :

Die Grundschule

Die Grundschule muß in ihrer pädagogischen Arbeit gestärkt werden. Deshalb ist das Klassenlehrerprinzip beizubehalten, damit der Grundschüler zunächst nur wenige Bezugspersonen hat. Innerhalb der ersten Schuljahre sind die Schüler vom Leistungsdruck freizuhalten. Dem musischen Bereich ist ein besonderer Stellenwert beizumessen, da auf diese Weise frühzeitig einzelne Fähigkeiten und die Kreativität der Schüler individuell gefördert werden können. Entwicklungsgestörte und lernbeeinträchtigte Kinder sind so lange wie möglich in der Grundschule zu belassen. Die Zusammenarbeit mit Sonderschullehrern ist zu vertiefen und weiter auszubauen. Die Betreuungsangebote in der Grundschule sollen deutlich ausgeweitet werden.

Die Sonderschule

Die Integration in die Schulen stößt dort an ihre Grenzen, wo einerseits eine optimale individuelle Förderung oder andererseits ein Erreichen der Lernziele der jeweiligen Schulart nicht mehr gewährleistet sind. Die Schüler sind mit großer Behutsamkeit in die Gesellschaft zu integrieren und individuell zu fördern. Hierzu bedarf es einer besonders qualifizierten Betreuung durch entsprechend ausgebildete Fachleute; dies ist nur in kleinen Gruppen möglich.

Die Hauptschule

Die Bildungsgänge der Hauptschulen sollen in ihrem Profil gestärkt werden, so daß ihre Schüler im berufsbildenden Schulwesen und in der Berufswelt erfolgreich ihre Ausbildung beginnen und abschließen können. Theorieüberfrachtung ist zu vermeiden. Anschaulichkeit und Praxisbezug sind gefragt. Eine breite Fächerung an Wahlmöglichkeiten im Wahlpflichtbereich und die Vermittlung von Grundfertigkeiten sind sicherzustellen. Der Weg in alle Berufsfelder ist zu ebnen und offen zu halten. Allen Hauptschülern ist auf freiwilliger Basis die Teilnahme an einem zehnten Schuljahr, das mit der Mittleren Reife abschließt, zu ermöglichen.

Für Hauptschulen in sozialen Brennpunkten sind Ergänzungsleistungen durch Schulsozialarbeit zu erbringen. Die begonnenen Modelle hierzu sollen in Zusammenarbeit mit freien Trägern und den Kommunen ausgeweitet werden.

Die Regionalschule

Der Modellversuch Regionalschule muß fortgeführt und gründlich ausgewertet werden. Vor einer Ausweitung der Regionalschule ist eine Auswertung der Versuche vorzunehmen.

Die Realschule

Die Realschule muß in ihrer Eigenständigkeit erhalten bleiben. Sie hat sich in ihrer Verbindung von Theorie und Praxis hervorraged bewährt. Der Wahlpflichtbereich spielt eine besondere Rolle, weil er dem Schüler Gelegenheit gibt, nach eigener Wahl bestimmte Wissensgebiete zu vertiefen. Es ist sicherzustellen, daß die Realschulen vor allem für den Wahlpflichtbereich nach den neuesten Erkenntnissen und technischen Erfordernissen ausgestattet werden. Das Angebot einer zweiten Fremdsprache als Wahlfach ist zu fördern.

Das Gymnasium

Das Gymnasium muß eine fundierte Grundlage zur Studierfähigkeit schaffen. Das Abitur muß die allgemeine Hochschulreife vermitteln. Eine zusätzliche Hochschulaufnahmeprüfung würde nicht nur einen unglaublichen Prüfungs- und Verwaltungsaufwand bewirken, sondern auch zugleich die Konkurserklärung der Schulpolitik bedeuten.

Deshalb muß das Abitur das Niveau einer allgemeinen Hochschulreife vermitteln, einem "Billigabitur" wird durch die Festlegung einer auf Grundwissen aufgebauten Fächerkombination entgegengewirkt.

Schülern der Mittelstufe sollte die Möglichkeit eines Berufspraktikums gegeben werden, wie dies in den anderen Schularten des Landes bereits der Fall ist. Das Hinführen zu selbständigem und zum Studium vorbereitenden Arbeiten in der gymnasialen Oberstufe muß verstärkt gefördert werden.

Die F.D.P. tritt dafür ein, neue Formen zu erproben und einzuführen, die es dem Schüler ermöglichen, das Abitur früher abzulegen und damit einen früheren Einstieg in Studium und Beruf zu erreichen. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten zur Begabtenförderung geschaffen werden.

Die Gesamtschule

Die Gesamtschule ist an ihren jetzigen Standorten inhaltlich und organisatorisch weiterzuentwickeln.

Weitere Gesamtschulen sind nur zu ermöglichen, wo Eltern und Schüler dies wollen und bestehende Schulen, an denen ein ausreichendes Eltern- und Schülerinteresse noch besteht, nicht in ihrem Bestand gefährdet werden.

Realgymnasium/Duale Oberschule

Der von der F.D.P. entwickelte Modellversuch Realgymnasium ist ein Organisationsvorschlag zur Stärkung der beruflichen Bildung im dualen System. Er soll als gleichwertiger, berufsorientierter und nach oben offener Bildungsgang als attraktive Alternative zu Gymnasium und Gesamtschule geschaffen und erprobt werden. Das Realgymnasium führt die Bildungsprofile von Hauptschule und Realschule in der Sekundarstufe I zusammen und verknüpft sie in Kooperation mit der berufsbildenden Schule inhaltlich und organisatorisch mit der Sekundarstufe II. Der innovative, formal und inhaltlich durchgängig strukturierte Bildungsgang "Realgymnasium" bildet die erste Säule im "Zwei-Säulen-Modell". Er ist mit 13 Jahren einschließlich dualer Ausbildung, Berufsabschluß und Zugangsmöglichkeit zur Fachhochschule und/oder Universität eine klare Alternative. Durchlässigkeit und Transparenz stehen dabei im Vordergrund. Das Realgymnasium soll als Modellversuch ab dem Schuljahr 1996/97 an drei Standorten in Rheinland-Pfalz erprobt werden.

Berufliche Bildung

Die entscheidende bildungspolitische Aufgabe in den nächsten Jahren wird sein, die berufliche Bildung zu stärken und ihr neue Attraktivität zu verleihen. Nur so entwickeln wir die erforderlichen Fachkräfte für immer kompliziertere Arbeitsprozesse, nur so bestehen unsere Betriebe den Wettbewerb auf nationaler und internationaler Ebene, nur so sichern wir unseren Kindern Beschäftigung, Einkommen und damit auch Zufriedenheit. Deshalb werden wir folgende Initiativen ergreifen:

- Angesichts der ständigen technischen Änderungen muß ein modular aufgebautes Weiterbildungssystem errichtet werden, das auf der Erstausbildung aufbaut und den jungen Menschen berufsbegleitend ein berufliches Weiterkommen ermöglicht.
- Die immer höher werdenden Anforderungen dürfen nicht dazu führen, daß benachteiligte Jugendliche den Einstieg in die berufliche Bildung gar nicht mehr finden. Berufsvorbereitungsjahre - verbunden mit der in Rheinland-Pfalz begonnen Schulsozialarbeit - sind deshalb an allen Standorten der Berufsbildenden Schulen aufrecht zu erhalten. Ziel muß es sein, den jungen Menschen nach diesem Vorbereitungsjahr eine von ihnen leistbare berufliche Bildung zu ermöglichen.
- Das Fremdsprachenangebot in den Berufsbildenden Schulen ist Zug um Zug auszubauen.
- Fachklassen sollen regional erhalten bleiben, damit eine wohnortnahe Ausbildung gewährleistet ist.
- Die Kooperation zwischen Kammern, Ausbildungsbetrieben und Schulen muß verstärkt werden.
- Angesichts der ganz unterschiedlichen Bildungsabschlüsse der Auszubildenden muß ein handhabbares System der Leistungsdifferenzierung im Berufsschulunterricht entwickelt werden.

Hierbei sollte ein modulares System eingeführt werden, das z.B. Zusatzqualifikationen den Auszubildenden anbietet, die in einem allgemeinbildenden Fach schon ausreichende Kenntnisse mitbringen.

- Im Sinne der Gleichwertigkeit soll auch für die berufliche Bildung eine Begabtenförderung eingeführt werden.
- Beruflich besonders Qualifizierte erhalten im Sinne der Gleichwertigkeit einen entsprechenden fachbezogenen Hochschulzugang, der ohne Hochschuleingangsprüfung gewährt wird. Sie legen nach spätestens vier Semestern wie alle Studierenden eine Zwischenprüfung ab und sind damit an allen Hochschulen für ein Hauptstudium zugelassen. Nur so erhalten diese Studienbewerber eine faire Chance.

Stärkung der Eigenverantwortung

Die **F.D.P.** will mehr pädagogische Gestaltungsfreiheit für die Schule und eine Leistungsmotivation durch Übertragung der Verantwortung auf die Schule

Die Staatliche Schulverwaltung muß deutlich verschlankt werden zugunsten einer leistungsmotivierenden Verantwortung in den Schulen selbst. Deshalb sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Die Schulaufsicht wird so weit wie möglich der Schulleitung übertragen.
- Die Schule erhält Mitwirkungsrechte zur Personalbewirtschaftung durch
 - Mitwirkung bei der Personalauswahl,
 - eigenes Budget zur Erstattung von Mehrarbeit in den Kollegien,
 - eigenes Budget für die Einstellung von Vertretungskräften
 - Eigenverantwortlichkeit bei der Auswahl der Vertretungskräfte.
- Für Sachaufwendungen in der Schule wird die Budgetierung als Steuerungsmodell eingeführt, die den Schulen den eigenverantwortlichen Umgang mit den Sachmitteln ermöglicht. Die Übertragungsmöglichkeiten von Haushaltsresten ist auf alle Fälle zu sichern.
- Die Budgetierung darf nicht Anlaß für weitere finanzielle Einschnitte werden, sondern soll bei gleichem Umfang mehr Flexibilität und damit mehr Leistung erbringen.

Dies bedeutet weiter für die Bildungs- und Schulpolitik:

- Die Schüler sollen ermutigt werden, aktiv am schulischen Leben teilzunehmen und dabei erfahren, daß sie sowohl Rechte als auch Pflichten wahrzunehmen haben.
- Die Urwahl des Schülersprechers ist als Regelfall festzulegen (bisher nur auf Beschluß der Klassensprecherkonferenz). Eine Schülermitverantwortung muß auch für die Sekundarstufe I möglich sein. Die Bildung von regionalen Schülervertretungen muß erleichtert werden. Der Landesschülerbeirat ist seiner Bedeutung gemäß ausreichend vom Land zu unterstützen.

- Die Ausstattung aller Schulen muß ständig angepaßt werden, damit handlungsorientiertes und praxisgerechtes Lernen möglich ist. Das Land muß den Kommunen bei der Finanzierung helfen.

Weiterbildung

Die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen hat für die persönliche Lebensplanung sowie für die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft Schlüsselfunktionen. Deshalb:

- Stärkung der pluralen Weiterbildung durch Förderung an freie Träger und Volkshochschulen.
- Entwicklung von bundes- und europaweit anerkannten Modellen und Standards, vor allem für die berufliche Weiterbildung, die die Berufstätigkeit und die berufliche Weiterentwicklung innerhalb Europas erleichtern.
- Entwicklung von konkreten Weiterbildungsprogrammen in Regionen starken Strukturwandels und hoher Arbeitslosigkeit.

HOCHSCHULPOLITIK

Hochschulpolitisches Programm

Die **F.D.P.** setzt sich zur Verwirklichung ihrer hochschulpolitischen Ziele vor allem dafür ein,

- die Freiheit und Selbstbestimmung der Hochschulen in Forschung und Lehre zu sichern;
- die Forschung und den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern;
- die freie Wahl des Studienortes oder Studienfaches zu ermöglichen;
- das breite Spektrum der Hochschulen, von den Universitäten und Fachhochschulen bis zu den privaten Hochschulen, zu erhalten und mit Priorität bei den Fachhochschulen auszubauen;
- die staatliche Förderung der Hochschulen zu sichern.

Bereitstellung von Studienplätzen

Die **F.D.P.** bewertet die Bildung und Ausbildung der Studierenden als eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung der künftigen Leistungsfähigkeit unseres Landes und seiner Bürger.

Die **F.D.P.** setzt sich daher neben öffentlichen Baumaßnahmen besonders auch für die Förderung privater Initiativen zur Schaffung studentischen Wohnraumes ein. Studentischer Wohnraum kann so erfahrungsgemäß schneller geschaffen werden als über öffentliche Baumaßnahmen. Dabei muß an den Hochschulstandorten auch ausreichender Wohnraum für die Studenten bereitstehen.

Die Fortführung und der weitere Ausbau der "Studierenden Tickets" sind zu fördern. Um auch Personen mit Kindern ein Studium zu ermöglichen, ist die Erweiterung von Kinderbetreuungseinrichtungen an den Hochschulen zu fördern.

Das Fernstudium und die Bemühungen nichtstaatlicher Hochschulen sind zu unterstützen. Hierbei ist auch die Förderung einer Fernfachhochschule zu intensivieren.

Studienreform / Studienberatung

Die **F.D.P.** steht für mehr Autonomie der Hochschulen.

Um die Studienzeit im Vergleich zu anderen EU-Ländern konkurrenzfähig zu halten, fordern die Liberalen eine Entschlackung und Verschlankung des Hochschulapparates.

Studierenden soll die Möglichkeit gegeben werden, ihr Studium frei einzuteilen, ohne dabei durch Restriktionen oder organisatorische Mängel an einem zügigen Studium gehindert zu werden.

Insbesondere ist für Abschlußprüfungen die Möglichkeit eines "Freischusses" zu schaffen, und es sind Credit-Point-Systeme einzuführen.

Die Lehre sollte einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.

Notwendig ist ein Universitätsstudium, das deutlich mehr Bezug zur Praxis hat. Die derzeit durch Studien- und Prüfungsordnungen festgeschriebene Studiensituation ist oft praxisfern und ineffektiv. Für wichtiger erachtet es die **F.D.P.**, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß während des Studiums eine eigenständige, praxisbezogene Studienphase, ein Studium Generale und Auslandsaufenthalte ermöglicht werden.

An den Fachhochschulen muß der Praxisbezug integraler Bestandteil der Ausbildung sein. Gerade die Praxisorientierung der Fachhochschulen eröffnet deren Absolventen und Absolventinnen gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Zugleich wird dadurch eine hohe Flexibilität bei der Erfüllung künftiger Aufgaben bewiesen.

Bevor der weitere Ausbau der Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz angestrebt wird, erachtet es die **F.D.P.** für wichtiger, die derzeitigen Hochschulen zu konsolidieren und finanziell abzusichern.

Die Einführung von Studiengebühren lehnt die **F.D.P.** ab.

Die **F.D.P.** setzt sich für die Erhaltung der akademischen und studentischen Selbstverwaltung ein und fordert, daß die Gruppenuniversität nicht angetastet wird.

Die Zusammenarbeit von Schulen, Hochschulen und Arbeitsverwaltung bei der frühzeitigen Beratung zur Berufs- und Studienfachwahl muß weiter verbessert werden. Dabei muß die Information über absehbare Veränderungen der beruflichen Tätigkeitsfelder mit im Vordergrund stehen. Über internationale Mobilität und Auslandsstudien soll es mehr Informationen geben.

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Gewährung von Mitteln für wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren ist wegen deren Bedeutung für Forschung und Lehre einerseits und als Instrument der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses andererseits unverzichtbar. Die **F.D.P.** fordert eine verstärkte Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses. Bestehende Nachteile, die es Frauen erschweren, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen, müssen beseitigt werden.

Die **F.D.P.** wird ferner dafür eintreten, daß Rheinland-Pfalz die Graduiertenförderung fortsetzt. Außerdem sollten die Betriebe mehr Praktikantenstellen für die Studierenden und den wissenschaftlichen Nachwuchs zur Verfügung stellen.

Förderung der Hochschulforschung

Die Zukunftssicherung der kommenden Generationen hängt ab von einem hohen Niveau wissenschaftlicher Leistungen. Deshalb muß die Förderung der Grundlagenforschung durch die öffentliche Hand wesentlich verstärkt und nicht durch administrative Fesseln gehemmt werden. Die F.D.P. begrüßt es, daß die Hochschulen mit Hilfe von Drittmitteln praxisnah forschen. Sie tritt dafür ein, entsprechende Forschungseinrichtungen rechtlich abzusichern und verstärkt zu fördern.

Wissens- und Technologietransfer

Die F.D.P. fordert die folgenden Maßnahmen:

- Die weitere Förderung von Forschungskontaktstellen, die neueste wissenschaftliche Erkenntnisse für den Anwender nutzbar machen.
- Die Koordinierung sowie die Weiterförderung des Wissens-, Technologie- und Personaltransfers sowie des Ausbaus von Technologie- und Gründerzentren auf Landesebene.
- Die Möglichkeiten für eine vorübergehende Beurlaubung von Wissenschaftlern unter Wegfall der Bezüge zur Ausübung einer Industrietätigkeit, wobei aber auch die Möglichkeit der verstärkten Einbeziehung von betrieblichem Fach- und Führungspersonal in Lehre und Forschung gegeben sein muß.

BILANZ UND KONZEPTION DER F.D.P. FÜR LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU IN RHEINLAND-PFALZ

Landwirtschaft in der heutigen Gesellschaft

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist Teil einer pulsierenden Dienstleistungsgesellschaft und steht in einem ständigen Umstrukturierungsprozeß, der den bäuerlichen Unternehmen große Kreativität, Flexibilität und Stabilität abverlangt. Die heimischen Bauern und Winzer produzieren nicht nur eine Vielzahl hochwertiger Nahrungsmittel, sondern gestalten durch naturnahe, umweltschonende Wirtschaftsweisen höchst attraktive Lebensräume. Den leistungsstarken Unternehmen kommt eine Schlüsselfunktion in der Gestaltung des ländlichen Raumes zu. Darüber hinaus leisten Neben- und Zuerwerbsbetriebe einen zusätzlichen Beitrag für die Solidargemeinschaft. Um diese vielschichtigen und wichtigen Aufgaben wahrnehmen zu können, müssen neue Märkte erschlossen, die Aktivitäten für den Naturhaushalt honoriert und die vielfältigen Dienstleistungen in den allgemeinen Wirtschaftsprozeß integriert werden.

Zur Zeit sehen sich die landwirtschaftlichen Unternehmen aber immer stärker in ein ordnungspolitisches Raster von EU-Steuerungsmechanismen eingezwängt. Quotierungen und Interventionsmechanismen wechseln mit Förderprogrammen und direkten Einkommensübertragungen ab. Auch wenn die Unterstützung der Betriebe auf absehbare Zeit notwendig ist, dürfen dirigistische Maßnahmen nicht zum Ziel einer modernen Agrarpolitik in Rheinland-Pfalz werden.

Damit die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz wieder eine unternehmerische Perspektive erhält, ist es Aufgabe liberaler Landespolitik, Freiräume der wirtschaftlichen Gestaltung aufzuzeigen und Impulse für zukunftsweisende Konzepte zu geben.

Marktorientierung

Die Zukunft von Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz entscheidet sich an der Fähigkeit, sich unter Berücksichtigung der regionalen Märkte an den Erfordernissen des Marktes auszurichten. Es ist deshalb zwingend notwendig, strukturelle Überschüsse abzubauen und gleichzeitig die Marktposition zu stärken. Eine konsequente Ausrichtung der Angebotspalette auf die Erfordernisse des Marktes ist hierzu eine Grundvoraussetzung.

Es muß aber auch eine deutliche Verbesserung der Vermarktungsstrukturen erreicht werden. Dazu sollten die Erzeuger die Erfassung der Produkte stärker als bisher bündeln. Darüber hinaus sieht die F.D.P. in der stärkeren Bindung zwischen Erzeugern und Vermarktern, der sogenannten vertikalen Vernetzung, einen geeigneten Ansatz. Für beide Initiativen stehen durch die Zusammenführung von Wirtschaft und Landwirtschaft in einem Ressort ein Reihe von Fördermaßnahmen zur Verfügung.

Strukturverbesserung

Die Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft kann nur durch weitere Rationalisierung sichergestellt werden. Ansatzpunkte zur Senkung der Produktionskosten ergeben sich durch betriebliche Weiterentwicklung, innovative Produktionstechniken, überbetriebliche Zusammenarbeit und Bodenordnungsverfahren. Auch wenn Bodenordnungsverfahren heute unter stärkerer Beachtung von ökologischen Aspekten durchgeführt werden, bildet die Schaffung von wirtschaftlich optimalen Flächeneinheiten nach wie vor den Hauptschwerpunkt, um eine agrarstrukturelle Verbesserung zu gewährleisten.

Investitionen

Zur Durchführung von Rationalisierungen und Betriebsvergrößerungen sind oftmals beachtliche Investitionen notwendig. Um diesen Umstrukturierungsprozeß zu erleichtern, müssen auch weiterhin Fördermittel zur Verfügung stehen. Da die Gelder insbesondere leistungsfähigen Betrieben zukommen, müssen sie als Teil der Mittelstandsförderung angesehen werden. Die F.D.P. in Rheinland-Pfalz wird alles tun, daß es bei den Anträgen auf Investitionsförderung keine Wartelisten gibt. Darüber hinaus wird sich die F.D.P. dafür einsetzen, investitionsfeindliche Auflagen und Verfahrenswege möglichst abzuschaffen bzw. zu vereinfachen. Die Frage nach dem Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz stellt sich auch im ländlichen Raum.

Nachwachsende Rohstoffe

Die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz verfügt über freie Produktionskapazitäten, die für die Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen genutzt werden können. Durch intensiven Einsatz entsprechender Kulturpflanzen wäre eine Schonung fossiler Brennstoffe und die Reduzierung des CO₂ Ausstoßes möglich. Um die Substanzen auch in der Industrie großtechnisch einzusetzen, müssen sie in der Wirtschaftlichkeit denen aus traditionellen Quellen ebenbürtig sein. Mit den bisherigen Versuchen konnte der erhoffte Durchbruch noch nicht erzielt werden.

Um die nachwachsenden Rohstoffe zum wirtschaftlichen Erfolg zu führen, müssen nicht nur rationelle Produktionsverfahren in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Industrie entwickelt, sondern neue interessante Märkte erschlossen werden. Die F.D.P. in Rheinland-Pfalz wird daher Wirtschaft und Landwirtschaft bei der Realisierung von abgestimmten, marktorientierten Konzepten nachhaltig unterstützen.

Milchwirtschaft

Die rheinland-pfälzische Milchwirtschaft zeichnet sich durch eine nahezu optimale Erfassungsstruktur aus. Auch wenn es gelungen ist, die Erzeugerpreise höher zu halten als in anderen Regionen der Bundesrepublik, ist das Preisniveau nicht ausreichend.

Die F.D.P. fordert die europaweite Verringerung der Kontingente gegen Kostenerstattung. Ohne eine solche Marktanpassung sind viele aufstrebende Milchbetriebe in ihrer Existenz gefährdet.

Bis zum Auslaufen der Milchgarantiemengenregelung im Jahr 2000 fordert die F.D.P. ein grundlegendes Überdenken der Milchkontingentierung mit dem Ziel, aufwärtsstrebende Betriebe zu stärken.

Weinbau

In Rheinland-Pfalz werden knapp 70 Prozent der deutschen Weine produziert. Die zukünftigen Rahmenbedingungen müssen die große Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges berücksichtigen und eine Chance zur Weiterentwicklung enthalten.

Die Weinwirtschaft selbst wird an der steten Anpassung des Angebotes an die Nachfrage, an der Sicherung und Entwicklung von Märkten für Erzeugnisse aus den sechs Anbaugebieten und an der weiteren innerbetrieblichen Rationalisierung nicht vorbeikommen.

Die F.D.P. sieht auch in dem Wiederanlagegebot von Weinbergen innerhalb von acht Jahren die Eigenverantwortung der Winzer und den Zwang zur steten Anpassung an die Nachfrage verletzt. Deshalb soll die Wiederanlage von Weinbergen innerhalb der katastermäßig erfaßten Weinbergsgebiete in die Verantwortung der Winzer gelegt werden, um ihnen die Gelegenheit zu geben, ohne zeitlichen Druck eine marktgemäße Investitionsentscheidung zu treffen.

Damit sich die Weinbaubetriebe stärker auf die Vermarktung konzentrieren können und mehr Rechtssicherheit entsteht, hat die F.D.P. die Meldevorschriften durchforstet und, soweit sie in Zuständigkeit des Landes fallen, stark vereinfacht.

Eine erhebliche Vereinfachung im Verwaltungsaufwand konnte durch die Weiterentwicklung der Mengenregulierung und der amtlichen Qualitätsweinprüfung erreicht werden.

Die F.D.P. wird sich vehement gegen die neuerlichen Versuche der EU zur Wehr setzen, durch eine neue EU-Weinmarktordnung, die Anreicherungsspanne einzukürzen, die Qualitätskriterien weiter zu verschärfen, traditionelle ökologische Verfahren zu verbieten, die Mengenregulierung weiter drastisch zu verschärfen und den Qualitätswein ins Interventionssystem einzubeziehen.

Die Überschüsse müssen in den Regionen abgebaut werden, für deren Wein es keine Nachfrage gibt.

Die F.D.P. spricht sich für eine Stärkung der Weinwerbung zur Belebung der Nachfrage rheinland-pfälzischer Weine aus.

Gemüsebau und Obstbau

Die F.D.P. spricht sich für eine kontinuierliche und an der Nachfrage orientierte Ausweitung des Gemüse- und Obstanbaus aus. Deshalb sollen nicht nur Mittel für die Schaffung von Beregnungssystemen, sondern auch für die Weiterentwicklung von Vermarktungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Gentechnik

In naher Zukunft kommt es zu einer Reihe von Freilandversuchen gentechnisch veränderter Pflanzen nach den strengen Richtlinien des Gentechnikgesetzes. Erst nach Abschluß der erfolgreichen Prüfung kann es zu einer weiteren Verbreitung kommen. Die Züchter erhoffen sich durch den Einsatz dieser Pflanzen verschiedene Vorteile wie z.B. geringerer Pflanzenschutzmitteleinsatz, höhere Erträge oder bessere Lagerfähigkeit. Die F.D.P. spricht sich im Sinne des Verbraucherschutzes für eine umfassende Kennzeichnung der Produkte aus.

Umweltschonende Landwirtschaft

Landwirtschaft und Weinbau haben in den zurückliegenden Jahren in zunehmendem Maße freiwillig den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmittel reduziert. Sie setzen dabei in der Landwirtschaft ohne staatliche und dirigistische Eingriffe umweltschonende Maßnahmen flächendeckend in die Praxis um. Die bäuerlichen Unternehmen leisten dadurch einen aktiven Beitrag zur Gesunderhaltung von Boden und Wasser und zur Bereicherung der Landschaft.

Da diese Einschränkungen und Leistungen zunächst einen wirtschaftlichen Nachteil gegenüber anderen europäischen Konkurrenten bedeuten, muß ein Einkommensausgleich gewährt werden.

Die bisher in Rheinland-Pfalz angebotenen Förderprogramme bei der kontrolliert umweltschonenden Wirtschaftsweise und des ökologischen Landbaus sind auf große Zustimmung gestoßen. Die F.D.P. wird sich für eine weitere gleichrangige Förderung dieser Maßnahmen einsetzen. Sie wird darüber hinaus alles tun, die Dienstleistung der Landwirtschaft im Zusammenhang mit einer naturnahen, umweltschonenden Landbewirtschaftung in das allgemeine Wirtschaftsgeschehen zu integrieren.

Forstpolitik

Die Forstpolitik der F.D.P. orientiert sich an der gleichrangigen Berücksichtigung der Waldfunktionen, nämlich der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion. Von der Landesfläche sind ca. 40 Prozent mit Wald bedeckt. Das zeigt die große Bedeutung der Waldwirtschaft für Rheinland-Pfalz.

Aufgrund der Bedeutung des Waldes für die Reinhaltung der Luft, für den Schutz des Wassers und des Bodens, für die Bindung von Kohlendioxid aus der Luft, für die Verbesserung des Klein- und Großklimas, als Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen, als Bereich der Bodenkultur, der besonders die Landschaft prägt, für Erholungssuchende und für die Holzproduktion ist der umfassende Schutz der Lebensgemeinschaft Wald eine vorrangige forstwirtschaftliche Aufgabe.

Der finanzielle Ertrag der Forstwirtschaft reicht in allen Waldbesitzarten bei weitem nicht aus, die gestiegenen Anforderungen der Gesellschaft an den Wald sowie seinen umfassenden Schutz, seine ökologische Erneuerung und Gesundung zu gewährleisten. Daher muß die Förderung waldschützender und waldverbessernder Maßnahmen verstärkt fortgeführt werden. Ebenso gilt es, den naturnahen Waldbau

stärker umzusetzen, damit standortgerechte stabile und damit ökologisch und ökonomisch gleichermaßen wertvolle Waldbestände aufgebaut werden können.

Landwirtschaft und Forstwirtschaft bilden eine Einheit und sollen auch auf der Verwaltungsebene wieder in einem Ressort, einem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft Weinbau und Forsten zusammengeführt werden.

Fremdenverkehr, Urlaub auf dem Bauern- und Winzerhof

Entgegen des allgemeinen Trends verzeichnet der Fremdenverkehr in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren eine stete Aufwärtsentwicklung. Dies ist u.a. auf die von Landwirtschaft und Weinbau geschaffene abwechslungsreiche und erlebenswerte Kulturlandschaft zurückzuführen. Sowohl die Fremdenverkehrsbetriebe als auch die landwirtschaftlichen Unternehmen profitieren von dieser Entwicklung, die durch gezielte Maßnahmen liberaler Wirtschaftspolitik gefördert wird. Die F.D.P. wird den Ausbau der Urlaubsregion Rheinland-Pfalz in Verbindung mit Landwirtschaft und Weinbau massiv vorantreiben.

Urlaub auf dem Bauern- und Winzerhof wird von mehr als 1700 Betrieben bereits angeboten. Diesen positiven Trend gilt es weiter zu unterstützen.

Selbstverwaltung

Die F.D.P. in Rheinland-Pfalz hat im Zuge der Agrarverwaltungsreform die Stärkung der Selbstverwaltung von Landwirtschaft und Weinbau durchgesetzt. Es entspricht liberaler Grundüberzeugung, daß die Wirtschaft - wo immer möglich - ihre Angelegenheiten selbst regelt. Die Landwirtschaftskammer ist und bleibt als Selbstverwaltungsorgan der rheinland-pfälzischen Landwirte und Winzer unverzichtbar.

KULTURPOLITIK

Kulturpolitik

Libérale Kulturförderung hat das Ziel, Eigenständigkeit, Wettbewerb und Initiative für künstlerische Aktivitäten anzuregen. Dabei darf der ländliche Raum nicht vernachlässigt werden.

Notwendig wird die Förderung einer Vielzahl kultureller Aktivitäten, vor allem privater Initiativen, wobei nicht jede private Initiative den Einsatz öffentlicher Mittel rechtfertigt.

Staat und Kommunen sind als Träger kultureller Institutionen wie Theater, Bibliotheken, Archive und Museen zu deren Förderung aufgerufen.

Kulturelle Angebote richten sich nicht nur an die einheimische Bevölkerung. Ihr Ziel muß auch der vorurteilsfreie Dialog zwischen Deutschen und Ausländern über kulturelle Werte und Interessen sein, um so Konflikte vorzubeugen und sie zu lösen. Die Möglichkeiten für gemeinsame Kulturexperiences sind deshalb zu verbessern. Darüber hinaus ist der internationale Kunst- und Kulturaustausch nachdrücklich zu unterstützen und zu erweitern.

Das vereinte Europa bietet gerade über die Kulturpolitik Chancen, eine weitere Annäherung der Völker zu erreichen. Europa ohne Grenzen fördert das Zusammenwachsen der Nationen und Regionen, stärkt den Konsens über Grundideen und Grundwerte, denen wir uns als Europäer gemeinsam verbunden fühlen. Gemeinsame künstlerische und kulturelle Aktionen auf europäischer Ebene, aber auch bundesländerübergreifende, sollen zur Regel werden. Sie bieten die Chance, Vorurteile zu überwinden.

Archive

Archive als Sammlungen historischer Zeugnisse sind wichtig für die Entwicklung und Förderung des Geschichtsbewußtseins und das Verständnis der Gegenwart. Deswegen muß ihre Arbeit unterstützt werden, insbesondere auch, um sie besser der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Forschungsvorhaben der historischen Vereine und Kommissionen, aber auch private Initiativen, sind zu fördern.

Bibliotheken

Rheinland-Pfalz ist bei der Bücherausstattung im Vergleich mit anderen Ländern unterversorgt.

Es sollte ein Bibliothekentwicklungsplan Rheinland-Pfalz erstellt werden, der die Situation der Landes- und Hochschulbibliotheken und auch der kommunalen Büchereien beschreibt und ein Konzept zum weiteren Ausbau enthält. Rollende Bibliotheken bzw. Leseclubs können als Brücke zu den Bibliotheken, zwischen Schule und Freizeit und bei der kulturellen Breitenarbeit besonders im ländlichen Raum wesentliche Hilfestellung leisten.

Denkmalpflege und Denkmalschutz

Historisches Verständnis ist für modernes Leben unerlässlich.

Dazu tragen die Zeugnisse der Vergangenheit bei. Es sollte auch für unsere Generation Verpflichtung sein, sie zu erforschen und zu schützen.

Deshalb fordert die F.D.P.

- die Erhaltung und Restaurierung öffentlicher und privater Denkmäler;
- die Erfassung aller Bau- und Bodendenkmäler; ihre möglichst schnelle Erfassung durch Denkmaltopographien;
- die angemessene Berücksichtigung der Belange der Denkmalpflege bei der Ausweisung neuer Bauprojekte ;
- die Eigenständigkeit der Bodendenkmalpflege;
- die Einrichtung weiterer und die Förderung bestehender Aus- und Fortbildungsstätten für Handwerker, die sich für Restaurierungsarbeiten qualifizieren möchten;
- die angemessene Beteiligung der Bauherren bei Großprojekten .

Museen

In den letzten Jahren sind in Rheinland-Pfalz viele neue Museen entstanden, andere stehen unmittelbar vor ihrer Gründung.

Daher fordert die F.D.P.

- die angemessene Ausstattung von Landes-, Schwerpunkt- und Regionalmuseen und Förderung deren Kooperation untereinander;
- eine besondere Förderung für Museen mit weit überregionaler Bedeutung, wie z.B. das Mainzer Gutenberg-Museum als Weltmuseum der Druckkunst;
- die weitere Unterstützung der kommunalen und privaten Museen, vor allem durch Beratung;
- die gezieltere Zusammenarbeit der Museen mit Schulen, um durch Museumspädagogen Kindern und Jugendlichen den Zugang zum Museum attraktiver zu machen.

Musik und Bildende Kunst

Kunstförderung bedeutet aus der Sicht der F.D.P. u.a.:

- Ausstellungen für Künstler und Konzerte in öffentlichen Gebäuden;
- die Unterstützung von Einrichtungen, die im künstlerischen Bereich auch in ländlichen Regionen intensive Jugendarbeit betreiben;
- Alternativkulturprojekte weiter zu fördern (Kleinkunst, Kabarett);
- besondere Förderung von Musikschulen mit dem Ziel, eine Erweiterung des Angebots sowie eine Verkürzung der Wartezeiten zu erreichen;

- die Einrichtung von Jugendkunst- und -musiktagen;
- Steuerbegünstigung für längerfristige Förderungen junger Künstler;
- die Förderung der Ankäufe von Kunstobjekten lebender Künstler (z.B. durch Steuerbegünstigungen);
- langfristig die Einrichtung einer landeseigenen Kunstakademie;
- bei der Förderung "Kunst am Bau" muß berücksichtigt werden, daß die 1 %-Regelung (ein Prozent der Bausumme muß für Kunst am Bau berücksichtigt werden) eingehalten wird und daß die Künstler bei Planung und Ausschreibung eingebunden werden sowie jungen und unbekanntem Künstlern und Künstlerinnen eine Chance eingeräumt wird;
- daß bei der Durchführung des Kultursommers die Qualität nicht auf der Strecke bleibt.

Theater

Um die Wirkungsmöglichkeiten der Theater zu stärken, will die **F.D.P.**

- eine Ausweitung der Kooperation der Theater untereinander;
- eine Unterstützung der Initiativen von Amateurtheatern und freien Gruppen;
- eine intensivere Zusammenarbeit von Theatern und Schulen, die Jugendliche nicht nur zum Theaterbesuch, sondern auch zu eigener darstellerischer Tätigkeit anregen soll.

SOZIALPOLITIK

Die Freiheit des einzelnen ist nur im geordneten sozialen Umfeld gesichert. Liberale Sozialpolitik will zielgerichtet denen Hilfe zukommen lassen, die sich selbst nicht helfen können, um ihnen so ein eigenständiges Leben ohne Überbetreuung und Entmündigung zu ermöglichen.

Wir verfügen über ein im internationalen Vergleich hervorragendes Netz sozialer Leistungen, das allen Bundesbürgern und Bürgerinnen umfassenden Schutz in allen Lebenslagen gewährt. Dieses Netz der sozialen Sicherheit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten finanzieren zu können, ist das Ziel der **F.D.P.**. Dazu ist es erforderlich, die knappen Mittel noch stärker auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren und Leistungsmissbrauch auszuschließen.

Der Staat kann nicht alles regeln.

Nicht Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen, sondern Hilfe zur Selbsthilfe und Stärkung der Eigenverantwortlichkeit müssen im Vordergrund stehen. Nicht der Ruf nach immer mehr Geld, sondern die Wiederentdeckung von Gemeinsinn und Effizienzsteigerung im System sichern die sozialpolitische Zukunft.

Die **F.D.P.** Rheinland-Pfalz ist Garant einer solchen "realistischen" Sozialpolitik und setzt sich daher für die schrittweise Einführung des Bürgergeldsystems in Rheinland-Pfalz ein.

Einführung des Bürgergeldsystems

Was versteht man unter dem Schlagwort "Bürgergeld"? Das Bürgergeld ist eine Bündelung aller steuerfinanzierten Sozialleistungen wie z.B. Arbeitslosenhilfe, Kindergeld oder auch Bafög, und soll Menschen mit kleinerem bzw. fehlendem Einkommen als Ersatz für die bisher unübersichtlichen Sozialtransferleistungen zur Verfügung gestellt werden.

Hauptziele dieser Sozialreform sind,

- das soziale System transparenter zu gestalten;
- die Bürokratie abzubauen;
- die Menschen in die Erwerbstätigkeit zurückzuführen und
- Leistungsmissbrauch und Ineffizienz auszuschließen.

Um diese Vorstellung zu verwirklichen, muß das Finanzamt alleinige Verrechnungsstelle der Sozialleistungen sein, um

- endlich einen sichtbaren Schritt in Richtung Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau für den Bürger zu gehen und
- Leistungsmissbrauch im kaum überschaubaren Nebeneinander von Kindergeldstelle, Bafögamt und anderen Institutionen zu verhindern.

Ein weiteres Problem des bisherigen sozialen Systems liegt darin, daß den Menschen kaum Anreize gegeben werden, in die Erwerbstätigkeit zurückzukehren, da bei Aufnahme einer Arbeit meist alle Sozialleistungen abrupt wegfallen und so in einer äußerst schwierigen Übergangsphase meist nichts anders als der erneute Weg zu sozialen Stellen übrig bleibt.

Das Bürgergeldsystem möchte neue Chancen und Perspektiven zum Einstieg in die Erwerbstätigkeit eröffnen. Den wichtigsten Anteil daran hat die bei einer ersten Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses nur abgestufte und nicht vollkommene Einkommensanrechnung auf das Bürgergeld. Das bedeutet, daß jeder Bürger, der zusätzliche Erwerbsleistungen vorzuweisen hat, von Anfang an einen höheren Verdienst hat als diejenigen, die nicht erwerbstätig sind. Das so neu entstehende System bietet mehr soziale Gerechtigkeit durch Schaffung von Anreizen, sich selbst eine finanziell abgesicherte Existenz aufzubauen, ohne durch bürokratische Beschränkungen die sich auftuende Chance zu vergeben.

Familienpolitik, Kinder und Jugend

Die Familie als wichtigste Lebensgemeinschaft muß von seiten des Staates gestärkt werden. Für nicht-eheliche hetero- und homosexuelle Lebensgemeinschaften sind nicht-diskriminierende rechtliche Regelungen zu schaffen.

Unsere Kinder und unsere Jugend sind die Zukunft von morgen. Sie werden unser gemeinschaftliches Leben prägen. Sozialpolitik für Kinder und Jugendliche steht im Mittelpunkt der Bemühungen der **F.D.P.**

Horte, Krippen und andere Betreuungsformen sind in integrativer Form weiterzuentwickeln. Eigeninitiativen müssen gleichberechtigt unterstützt werden. Ein erhebliches Sparpotential besteht in der Entrümpelung kostentreibender Bauvorschriften für Kindergärten, in dem Verzicht auf überholte und überzogene Regulierungen sowie insbesondere in der Förderung von Eigeninitiativen - wie z.B. Betriebskindergärten, die gleichberechtigt unterstützt werden müssen. Kinder und Jugendliche mit besonderen erzieherischen Beeinträchtigungen brauchen sozialpädagogische Hilfen. Um die Fremdunterbringung in Heimeinrichtungen zu vermeiden bzw. zu verringern, ist ein vernetztes Angebot von Beratungsstellen, sozialpädagogischer Familienhilfe sowie von Tagesfördergruppen notwendig.

Für unsere Jugendlichen sind ein leistungsfähiges Schulsystem und die Schaffung von Ausbildungsplätzen Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Lebensgestaltung. Darüber hinaus sollen sinnvolle Freizeitgestaltungsmöglichkeiten und der Aufbau von staatsbürgerlichem Bewußtsein unterstützt werden. Um diesem Bewußtsein gerecht zu werden und Jugendliche auch weiterhin mit Politik in Kontakt zu bringen, befürwortet die rheinland-pfälzische **F.D.P.** den weiteren Ausbau von Jugendparlamenten und Jugendgemeinderäten. In diesen Bereichen ist der Staat jedoch auf die Hilfe von Elternhaus, Schule, Kirche und Vereinen angewiesen. Weiterhin besteht aus der Sicht der **F.D.P.** Bedarf an einer effektiven Familienberatung, in der auch die Drogenprävention sowie die gezielte sexuelle und gesundheitliche Aufklärung bei Jugendlichen unterstützt wird.

Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger

Der dritte Lebensabschnitt ist voller neuer Möglichkeiten und Chancen. Die meisten alten Menschen leben, ihrem Wunsch gemäß, in der eigenen Wohnung. Um diese Lebensqualität zu erhalten, bedarf es altersgerechter Angebote zur Unterstützung einer selbständigen Lebensführung: Angebote in Sport, Kultur und Bildung mit der Möglichkeit zu Kontakten und Begegnungen.

Im Pflegefall soll der Schwerpunkt der Betreuung in ambulanten Maßnahmen bestehen, um das gewohnte Umfeld nicht aufgeben zu müssen. Stationäre Pflege soll die letzte aller Möglichkeiten sein. Auch hierbei sollte die Rehabilitation im Vordergrund stehen. Die Pflegemaßnahmen müssen auf der Grundlage fachlicher Kompetenz und eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Pflegern und Gepflegten beruhen. Die Qualität der mobilen Altenpflege muß weiter verbessert werden. Freigemeinnützige und private Anbieter müssen verstärkt dem Wettbewerb untereinander ausgesetzt werden.

Die **F.D.P.** fordert

- die Erhaltung der persönlichen, selbstgestalteten Lebensumwelt;
- die Förderung altengerechten Wohnens - und dies auch im sozialen Wohnungsbau;
- die Förderung von Initiativen "Betreutes Wohnen";
- den Ausbau eines bedarfsgerechten Systems ambulanter und mobiler Hilfen;
- die Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von Pflegeeinrichtungen in der Altenpflege;
- den Abbau von Wettbewerbsnachteilen für die privaten Alten- und Pflegeheime gegenüber den Heimen der Wohlfahrtsverbände durch die Pflegesatzgestaltung;
- die Kombination der Pflege in Einrichtungen mit rehabilitativen Maßnahmen;
- die Weiterentwicklung der häuslichen und aktivierenden Pflege;
- den Ausbau und die Weiterentwicklung fachqualifizierter geriatrischer und gerontopsychiatrischer Angebote;
- die Unterstützung von Eigeninitiativen im sportlichen, handwerklichen, kulturellen und künstlerischen Bereich;
- die Erhaltung und den Ausbau von Altenclubs und Altentagesstätten;
- die Beteiligung gewählter Seniorenvertretungen in allen Fragen der Altenpolitik auf Landesebene.

Arbeitsmarktpolitik

Auch bei schwieriger Arbeitsmarktlage darf der freie Arbeitsmarkt nicht durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nachteilig beeinflusst werden.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben deshalb kurzfristigen und krisenüberwindenden Charakter. Die Aufnahme von Arbeit darf durch Sozialhilfeleistungen nicht erschwert werden. Ein gleitendes Nebeneinander von Arbeitseinkommen und Sozialhilfeleistungen muß möglich sein.

Gerade in Zeiten einer relativ hohen Arbeitslosigkeit bedarf es einer branchenspezifischen und regionalen Tarifpolitik. Dazu gehören Tariföffnungen und Einstiegstarife sowie der Abschied von freien Flächentarifen. Dadurch wird die Position der Betriebsräte vor Ort gestärkt, und das hohe Gut der Tarifautonomie bleibt unangetastet.

In Zeiten des Lehrstellenmangels ist es günstiger, das Stellenangebot durch finanzielle und organisatorische Unterstützung des freien Ausbildungsmarktes zu erweitern als gesonderte staatliche Ausbildungsstätten zu schaffen. Besondere Maßnahmen und Einrichtungen zur Förderung und Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in das Arbeitsleben stellen eine Chance dar. Durch ihre Nutzung können Langzeitarbeitslose und Schwervermittelbare mit besonderen Maßnahmen schrittweise für den freien Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Auch hier ist grundsätzlich die Unterstützung von Arbeitgebern zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze die kostengünstigere und systemangemessenere Alternative.

Selbsthilfegruppen

Selbsthilfegruppen müssen sich ihrem eigenen Anspruch gemäß "selbst helfen". Öffentliche Unterstützung darf nur zeitlich und materiell begrenzt erfolgen. Der Charakter einer privaten Initiative muß gewahrt bleiben; das schließt die Übernahme in die Trägerschaft der öffentlichen Hand aus. Die Arbeit von Selbsthilfegruppen ist eine ergänzende soziale Komponente, die durch Eigeninitiative und Eigenverantwortung charakterisiert ist.

Sozialhilfe

Die starke Zunahme von Sozialhilfeleistungen in den letzten Jahren hat viele Gründe. Die F.D.P. Rheinland-Pfalz befürwortet die Reform des Sozialhilferechts. Für sie ist wichtig, daß

- Sozialhilfe nicht diskriminierend wirkt;
- Sozialleistungen die Bereitschaft zur Aufnahme von Arbeit nicht einschränken und daß die Höhe der erzielbaren Sozialleistungen in einem gebührenden Abstand zur Höhe des Arbeitseinkommens stehen. Wenn Sozialhilfe, Zusatzleistungen und Wohngeld bezogen werden, muß dem Abstandsgebot zum Arbeitseinkommen deutlicher als bisher Rechnung getragen werden;
- die Voraussetzungen für den Anspruch auf Sozialleistungen stärker als bisher überprüft werden. Der Mißbrauch von Sozialhilfeleistungen muß durch geeignete Maßnahmen wirksam bekämpft werden;

- Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter zur Arbeit für die Allgemeinheit verpflichtet werden. Die Kommunen müssen davon stärkeren Gebrauch machen;
- Sozialtarife, Sozialpreise und Subventionen nur wirklich Bedürftigen zugute kommen.

Generell muß die vorhandene ehrenamtliche Hilfsbereitschaft in den verschiedenen Alters- und Gesellschaftsgruppen gestärkt werden. Hier liegen bisher ungenutzte Reserven für soziales Engagement. Die Organisationsstruktur der Sozialverwaltungen ist unter Einsatz moderner Management- und Steuerungsinstrumente zu verbessern mit dem Ziel einer effizienteren, vor allem aber auch humaneren Dienstleistung für die Bürger.

Gesundheitssystem

Das deutsche Gesundheitssystem gehört zu den leistungsstärksten der Welt. Es ist allerdings seit Jahren deutlich geworden, daß seine Finanzierbarkeit an Grenzen gestoßen ist. Um dieses System zukunftsfit zu machen, muß es stärker an marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgerichtet werden. Das heißt für uns Liberale in Rheinland-Pfalz:

- Stärkung der in unserem Land regionalisierten Selbstverwaltungsorgane;
- Förderung neuer partnerschaftlicher Formen im Niederlassungswesen;
- Stärkung der ambulanten Versorgung gegenüber der stationären Behandlung;
- Effizienzsteigerung und präventive Ausrichtung im öffentlichen Gesundheitssystem;
- Förderung des Bereiches Umweltmedizin, einschließlich der Einrichtung von Lehrstühlen für Umweltmedizin.

Krankenhäuser

Das Landeskrankenhauskonzept ist an liberalen Grundsätzen auszurichten. Dabei muß das Land Rheinland-Pfalz zur Senkung der Krankenhauskosten beitragen. Die vorgehaltenen medizinischen Fachrichtungen der einzelnen Krankenhäuser sind den regionalen Erfordernissen anzupassen.

Rehabilitationseinrichtungen, insbesondere für die Behandlung chronischer Leiden, erfüllen schwerpunktmäßige Versorgungsaufträge und sollten deshalb mit den Akutkrankenhäusern vernetzt werden. Ziel muß es sein, ambulante und wohnortnahe Rehabilitationseinrichtungen stärker zu nutzen.

Das Belegarztwesen vermeidet häufige Arztwechsel und ist deshalb patientenfreundlich. Dies sichert die fachärztliche Versorgung im ländlichen Raum bei gleichzeitiger ambulanter Vernetzung und entlastet außerdem die Kostenträger.

Die stationäre Behandlung muß auf die Patienten begrenzt werden, die der besonderen Möglichkeiten des Krankenhauses bedürfen. Vorrang haben - soweit medizinisch möglich - teilstationäre und ambulante Behandlungen. Die damit verbundenen Möglichkeiten zu Bettenabbau und Kosteneinsparung sind konsequent zu nutzen.

Die F.D.P. fordert

- die Einbeziehung von Rehabilitationseinrichtungen bei der Krankenhausplanung;
- ein besseres Angebot von Teilzeitarbeit für Pflegepersonal;
- mehr Belegärzte im Krankenhaus;
- das Fachwissen der niedergelassenen Ärzte zur besseren Vernetzung des ambulanten mit dem stationären Bereich stärker in die Krankenhausbedarfsplanung einzubeziehen;
- die Fortschreibung des Landeskrankenhausplanes, wenn gesicherte Kenntnisse über die Auswirkungen der Gesundheitsreform vorliegen.

Behinderte

Behinderte sollen human und würdig in der Gesellschaft leben. Sie brauchen die Hilfe aller, insbesondere aber den Schutz und die Hilfe des Staates. Wichtig ist die wohnortnahe, stationäre, teilstationäre und ambulante Betreuung der Behinderten. Ziel muß es sein, daß Behinderte in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und doch eine das Selbstbewußtsein stärkende, ihren Möglichkeiten entsprechende Tätigkeit ausüben können. Die Integration, das menschliche Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Menschen ist zu fördern. Dazu gehört das frühzeitige Miteinanderleben in Kindergarten, Schule und Beruf.

Die F.D.P. fordert,

- Behinderte soweit wie möglich bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Den Hauptfürsorgestellen kommt hierbei besondere Bedeutung zu, sie sind auszubauen;
- den Ausbau spezieller Behindertenbeschäftigungsgesellschaften, um den Behinderten die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern, die weitere Schaffung betreuter Wohnformen;
- die Vorbildfunktion der öffentlichen Arbeitgeber bei der Beschäftigung Behinderter;
- die Überprüfung der Einstufungspraxis, um Hilfen auf wirklich Behinderte zu konzentrieren.

Psychiatriereform

Die Zahl der psychisch kranken Menschen, die auf soziale Hilfen angewiesen sind, wächst.

Noch immer leben psychisch Kranke im Abseits der Gesellschaft.

Nach entsprechender Behandlung sind viele wieder in der Lage, selbständig zu leben und einer Berufstätigkeit nachzugehen.

Sie benötigen entweder längerfristig oder nur vorübergehend eine Unterstützung, um die Hürden des täglichen Lebens nehmen zu können. Daher sind entsprechende ambulante Dienste und Wohnmöglichkeiten erforderlich.

Die F.D.P. fordert,

- die Weiterentwicklung und den Ausbau der psychiatrischen Versorgung in Rheinland-Pfalz - orientiert am Bedarf, an den finanziellen Möglichkeiten und an den regionalen Gegebenheiten des Landes;
- psychiatrische Versorgung im stationären Bereich vorrangig an Orten, die geographisch weit von den Landesnervenkliniken Alzey, Andernach und Klingenmünster entfernt liegen;
- an bestehenden Kliniken psychiatrische Abteilungen durch Umwidmung von Krankenhausbetten unter Einbeziehung des vorhandenen Personals zu schaffen;
- die Aufstockung ambulanter Hilfsangebote an bestehenden Sozialstationen durch Fachkrankenschwestern für Psychiatrie und die Neuerrichtung bedarfsgerechter Einrichtungen von Tageskliniken am Kriterium der regionalen Erreichbarkeit;
- die bedarfsgerechte Schaffung von vollstationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie;
- die bedarfsgerechte Schaffung von Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten.

Drogenpolitik

Drogenabhängige sind Kranke. Der Ansatz der Politik muß so sein, daß sie in die Gesellschaft wieder integriert werden können. Ziel jeder Drogentherapie muß sein, dem Einzelnen eine Rückkehr in ein drogenfreies Leben zu ermöglichen. Deshalb sind Therapieplätze in ausreichender Anzahl und insbesondere Nachsorgemaßnahmen zur Verringerung der Rückfallhäufigkeit erforderlich. Dabei ist der psychosozialen Betreuung während und nach der Behandlung besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Notwendig bleibt es dabei, bei Entzugstherapien auch zukünftig die Abgabe von Methadon als Ausstiegsvorbereitung einzusetzen. Gleichzeitig ist zu prüfen, inwieweit auch Bedarf für eine Behandlung mit Opiaten besteht. Die F.D.P. will auch die Möglichkeit eröffnen, die Abgabe von Heroin unter ärztlicher Aufsicht an Schwerstabhängige im Rahmen eines Modellversuches zu erproben.

Eine Legalisierung selbst weicher Drogen, die ebenfalls ein Rauschmittel sind, lehnt die F.D.P. ab, denn diese würde nur dazu führen, daß zu den Drogen Alkohol und Nikotin eine weitere legale Droge hinzukäme. Die F.D.P. ist aber dafür, den Besitz kleinerer Mengen von Haschisch und Marihuana nur noch als Ordnungswidrigkeit zu ahnden. Eine unverhältnismäßige Kriminalisierung des Besitzes weicher Drogen ist zu vermeiden. Dies ändert nichts daran, daß Drogendealer und -händler verfolgt und bestraft werden müssen.

Ausländerpolitik

In Deutschland hat, wie in fast allen westeuropäischen Staaten, Einwanderung faktisch stattgefunden.

Zur qualitativen Steuerung und zahlenmäßigen Begrenzung der Zuwanderung will die **F.D.P.** eine Einwanderungspolitik, die schrittweise in eine gesamteuropäische Migrationspolitik integriert ist.

Liberale Politik verkennt nicht die Belastungen, die sich aus dem Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ergeben. Sie sieht aber auch die Chancen, die aus einer vorurteilsfreien Auseinandersetzung mit fremden Einflüssen und Kulturen erwachsen.

Liberale Politik setzt sich für den Schutz und die strikte Beachtung der Grund- und Freiheitsrechte ein, die allen Bürgern, also auch den Angehörigen kultureller Minderheiten, zustehen. Normen- und Wertvorstellungen, die einem freiheitlichen, nach demokratisch-rechtsstaatlichen Regeln gestalteten Zusammenleben widersprechen, tritt sie entschieden entgegen.

Liberale Politik setzt sich dafür ein, daß die Einbürgerung von Menschen ausländischer Herkunft erleichtert wird. Deshalb soll Mehrstaatigkeit hingenommen werden, wenn die Aufgabe der ursprünglichen Staatsangehörigkeit nicht möglich oder aufgrund berechtigter Interessen nicht zumutbar ist.

Liberale Ausländerpolitik ist in ihrem Kern Integrationspolitik. Sie muß als Querschnittsaufgabe integraler Bestandteil der verschiedenen Politikfelder, z.B. auch der Frauen- und Jugendpolitik, sein.

Die **F.D.P.** setzt sich deshalb ein

- für die Förderung des interkulturellen Lernens in allen Bereichen der schulischen und außerschulischen Bildung,
- für gezielte Informations- und Weiterbildungsangebote zu migrationsspezifischen Themen und Problemen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verwaltungen und Behörden (z.B. Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsverwaltung, Polizei),
- für eine Verbesserung der Ausbildungsbeteiligung junger Migrantinnen und Migranten und eine Förderung der beruflichen Qualifizierung, insbesondere auch für Tätigkeiten im sozialen Bereich,
- für die stärkere Einbeziehung der Migrantinnen und Migranten in die politische Willensbildung.

Die **F.D.P.** tritt ein für eine gerechte Verteilung der Lasten auf Bund, Länder und Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Bürgerkriegsflüchtlingen.

Schlußwort

Der Weg in eine sichere sozialpolitische Zukunft ist für uns Liberale eine realistische Sozialpolitik, die gezielt denen eine breite Unterstützung zukommen läßt, die nicht aus eigener Kraft an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung teilnehmen können. Um die Position des Individuums in der anonymen Massengesellschaft zu sichern und zu stärken und um die politische Handlungsfähigkeit zu sichern, müssen wir uns frei machen von Denk- und Verhaltensmustern der letzten Jahrzehnte. So kann der wichtige Kern unseres sozialen Systems erhalten werden.

FRAUENPOLITIK

Männer und Frauen sind gleichberechtigt, es ist die Aufgabe des Staates, Gleichberechtigung herbeizuführen.

Libérale Wege zur Gleichberechtigung

Leistung aus Familienarbeit muß sich lohnen. Durch ein familienfreundlicheres Steuerrecht und durch eine Verbesserung der Rentenanwartschaften aus Kindererziehungszeiten muß die Gleichwertigkeit von Kindererziehung und Berufsarbeit dokumentiert werden.

Teilzeitarbeitsplätze und flexible Arbeitszeiten für Männer und Frauen machen eine partnerschaftliche Arbeitsteilung in den Familien erst möglich. Die Arbeitsvermittlung muß sich stärker den Bereichen Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeit widmen. Die F.D.P. setzt sich daher nachdrücklich für familienfreundliche Arbeitsplätze ein.

Führungspositionen in Politik und öffentlichem Dienst sollten verstärkt durch Frauen besetzt werden, um Frauen an allen Entscheidungen maßgeblich zu beteiligen. Frauen in Führungspositionen übernehmen so auch eine Vorbildfunktion für die junge Generation.

Aushilfsbörsen erlauben es Eltern in der Familienphase, durch Krankheits-, Schwangerschafts- und Urlaubsvertretung Kontakt zu ihrem Beruf zu halten. Durch die Nutzung der Kammerstrukturen (IHK, Handwerkskammer und andere berufsständische Vertretungen) werden die öffentlichen Haushalte nicht zusätzlich belastet.

Familienfreundliche Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen helfen bei der Bewältigung der Doppelbelastung von Beruf und Familie. Nach der Schaffung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz wird deutlich: Es wurden vielerorts Kindergartenplätze zu Lasten von flexiblen Öffnungszeiten und zu Lasten von Hortplätzen geschaffen. Wir benötigen weiterhin bedarfsgerechte Öffnungszeiten für Kindergärten sowie Kinderkrippen und Ganztagschulen als Angebot.

Berufsausbildung in Teilzeitform ist bisher nur an Hochschulen möglich. Liberale streben Teilzeitausbildungsgänge in allen Berufsfeldern an. Die in der Familie erworbenen Qualifikationen werden verkürzend auf die Ausbildungszeit angerechnet.

Frauenhäuser als Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen und Kinder vorzuhalten ist eine öffentliche Aufgabe. Der Erhalt bestehender Frauenhäuser und die Einrichtung neuer Frauenhäuser in Rheinland-Pfalz müssen gewährleistet sein. Spenden, Bußgelder und andere Zuwendungen dürfen nicht auf Zuschüsse angerechnet werden, denn nur so ist eine kontinuierliche Arbeit mit den betroffenen Frauen (in den Frauenhäusern) gesichert. Begleitend ist den betroffenen Männern eine psychologische Beratung anzubieten.

Die **Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruches** in den ersten 12 Wochen ist nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes schleunigst als Gesetz zu verabschieden. Die derzeitige Gesetzesunsicherheit kann den Frauen nicht länger zugemutet werden.

Die unterstützende **Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten** ist durch angemessene personelle Ausstattung und einen eigenen Etat auf solide Füße zu stellen. Nur auf diese Weise kann die Unabhängigkeit ihrer Arbeit gewährleistet werden.

EUROPAPOLITIK

Die F.D.P. ist weltoffen. Sie wird sich auch in der nächsten Legislaturperiode in Landtag, Landesregierung, im Bundesrat, im Europäischen Rat der Regionen und in Gremien bilateraler grenzübergreifender Zusammenarbeit für Lösungen einsetzen, die der wirtschaftlichen und historischen Lage des Landes Rheinland-Pfalz im Herzen Europas entsprechen.

Innere Sicherheit

Die F.D.P. will den Ausbau von EUROPOL in Den Haag zu einer effizienten Koordinierungs- und Fahndungszentrale zur Bekämpfung staatenübergreifender Kriminalität durch Einbeziehung des Schengener Informations- und Fahndungssystems.

Das Schengener Übereinkommen, das zum Wegfall der Grenzkontrollen zwischen Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Deutschland, Spanien und Portugal im März 1995 geführt hat, soll sobald wie möglich auf alle 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und möglichst auf die Schweiz und Norwegen ausgedehnt werden.

Hochwasserbekämpfung

Die F.D.P. will die Einbeziehung aller Rheinanliegerstaaten, unter Einschluß der Anlieger der Nebenflüsse des Rheins, in ein Hochwassermanagement. Sie will die Nutzung des landwirtschaftlichen Extensivierungsprogramms der Europäischen Union zur Schaffung zusätzlicher Überflutungsflächen am Rhein, seinen Nebenflüssen und Bächen. Sie will zudem eine Verbesserung des weltweiten Klimaschutzes.

Föderalismus - Europäische Union

Neue Kompetenzen der Europäischen Union sind bei Wahrung des Subsidiaritätsprinzips dort vorzusehen, wo der Wettbewerb und die Natur der Probleme Rahmenregelungen der Europäischen Union erfordern bzw. nationale Problemlösungen nicht genügen.

Zusätzliche Kompetenzen für die Europäische Union zur effizienteren Bewältigung wichtiger Herausforderungen in den Bereichen der inneren Sicherheit und des Asylwesens sind notwendig.

Wirtschaft und Finanzen

Die strikte Wahrung der Stabilitätskriterien bei der fristgerechten Schaffung der gemeinsamen europäischen Währung, mit ihren positiven Wirkungen für Stabilität und Wachstum auch in Rheinland-Pfalz, ist nach Auffassung der F.D.P. unabdingbar.

Schule und Ausbildung

Die F.D.P. will die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit rheinland-pfälzischer Schulabgänger in der Bundesrepublik und auf europäischer und internationaler Ebene durch Verkürzung der Schulzeit.

Der Fremdsprachenunterricht muß verstärkt werden. Bilinguale Schulen sind zu fördern. Französisch soll wieder vermehrt auch als erste Fremdsprache an rheinland-pfälzischen Schulen angeboten werden. Der Austausch von Schülern zwischen den Staaten Europas muß intensiviert werden.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die F.D.P. will eine stärkere Zusammenarbeit mit unseren belgischen, französischen und luxemburgischen Nachbarn auf staatlicher, kommunaler und privater Ebene.

Die Regionalkommissionen und der Interregionale Parlamentarier-Rat Lothringen/Luxemburg Rheinland-Pfalz/Saarland/Wallonien sind wichtige Organe dieser Zusammenarbeit, deren Arbeit im Interesse der in den Grenzgebieten lebenden Menschen intensiviert werden soll.

Die Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Burgund soll finanziell so gestellt werden, daß sie ihre kulturellen und wirtschaftsfördernden Aufgaben erfüllen kann.

MEDIENPOLITIK

Den Medien kommt in der Informationsgesellschaft eine immer größere Bedeutung und damit besondere Verantwortung zu. Die Medien greifen in den Alltag des einzelnen ein, haben Einfluß auf das Arbeitsleben, die Freizeit und die sozialen Bindungen. Darüber hinaus sind die Medien ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Technische Neuerungen im Rundfunkbereich haben zusätzliche Kommunikationsmöglichkeiten für Hörfunk und Fernsehen sowie Dienstleistungsanbieter im Multimediabereich geschaffen. Neue terrestrische Frequenzen, Verkabelung und Satellitentechnik haben zu einer Vermehrung der Programmanbieter geführt.

Medien müssen unabhängig von staatlichen Einflüssen bleiben. Vielfalt und Pluralismus müssen sowohl im Fernsehen und Hörfunk als auch im Zeitungsbereich sichergestellt sein.

Die **F.D.P.** tritt ein für das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Veranstaltern, um über die Förderung des Meinungspluralismus den Konzentrationstendenzen entgegenzuwirken. Die Konzentration im Privatfunk widerspricht Grundsätzen einer innovativen und marktorientierten Wettbewerbssituation.

Die **F.D.P.** hält daran fest, daß ARD und ZDF in ihrem Bestand gesichert werden. Dazu gehört, daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten sich auch künftig durch Gebühren und Werbeeinnahmen finanzieren können.

Die **F.D.P.** befürwortet eine Fusion der südwestdeutschen Anstalten SWF und SDR, wobei der Sendeplatz Mainz zu stärken ist und Eigenproduktionen in Mainz ermöglicht werden. Der Standort Rheinland-Pfalz muß in Hinblick auf Entwicklung, Produktion und Programm den gleichen Stellenwert haben wie der Standort Baden-Württemberg. Eine Gleichrangigkeit muß sich auch in der Zusammensetzung der Aufsichtsgremien widerspiegeln.

Die Unabhängigkeit und die journalistische wie künstlerische Qualität des gebührenfinanzierten Rundfunks darf durch politische Einflußnahme nicht gefährdet werden. Das Bundesverfassungsgericht hat den ARD-Sendern und dem ZDF einen klaren Auftrag zur Grundversorgung erteilt, d.h., die Programme sollen dem Bedürfnis der Teilnehmer nach Information, Meinungsbildung, Gemeinwohlorientierung, regionaler und überregionaler Kultur, der Berücksichtigung von Minderheiten und Randgruppen gerecht werden.

Rheinland-Pfalz ist regional, national und international ein hervorragender Medienstandort und ist deshalb auszubauen. Die sich abzeichnende Medienentwicklung, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, wird neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze schaffen. Die politischen Rahmenbedingungen haben dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Insbesondere müssen die Resultate verfehlter Gewerbeflächenpolitik umgehend korrigiert werden, um die Chancen dieses Zukunftsmarktes zu nutzen.

Sicherzustellen ist, daß die Bürger an der Entwicklung in der Informationsgesellschaft teilhaben können. Deshalb ist eine Forschungsstruktur mit dem Ziel zu schaffen, den weltweiten Stand der Technik laufend zu verfolgen, Daten

zu sammeln und auszuwerten. Die Ergebnisse müssen in konkrete Forschungsprojekte münden.

Ebenso sind die Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung ständig kritisch zu verfolgen. In der Aus- und Fortbildung von Erziehern und Lehrern muß medienpädagogischen Fragen ein breiter Raum geöffnet werden. Darüber hinaus tritt die **F.D.P.** ein für eine frühzeitige Nutzung der Multimediatechnologie im Schul- und Weiterbildungsbereich.

SPORTPOLITIK

Sport ist für alle Menschen da

"Sport für alle" beruht auf den Grundrechten der persönlichen Entfaltung und der Vereinigungsfreiheit. Er schließt jung und alt, schwache und behinderte Menschen sowie ausländische Mitbürger ein. Die F.D.P. sieht in der Unterstützung des Sports einen Weg zur Stärkung liberaler Grundideen.

Aufgrund seines steigenden Wertes in der Daseinsfürsorge und Daseinsvorsorge, seiner sozialen Bindekraft, seiner pädagogischen Wirkungen, seiner vitalen Funktionen und nicht nur wegen seines quantitativen Wachstums wird der Sport für unsere ständig stärker technisierte Welt immer lebensnotwendiger.

Die F.D.P. mißt dem Sport deshalb eine hohe Bedeutung zu. Sie verlangt eine besondere Berücksichtigung des Sports in der Bildungs-, Kultur-, Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Die stürmischen Veränderungen in unserer Arbeitswelt schaffen Lebensbedingungen, denen gegenüber sportliche Betätigung als Lebenshilfe zunehmend an Wert gewinnt.

Spiel, Sport und Bewegung helfen dem Menschen und lehren ihn wie kein anderer Bereich

- faire Verhaltensweisen und Toleranz einzuüben,
- sich gesellschaftlich leichter zu integrieren,
- seine Lebenssituation besser zu bewältigen,
- seine Gesundheit, sein Wohlbefinden und seine Lebensfreude zu erhöhen und
- seine Freizeit sinnvoll zu gestalten.

Der Sport kann außerdem Erlebnisse schaffen, die das ganze Leben bereichern, zur Unterhaltung breiter Bevölkerungskreise beitragen und darüber hinaus Staat, Land und Gesellschaft repräsentieren.

Die F.D.P. bedauert, daß bei dieser bedeutenden gesellschaftlichen und kulturellen Rollen des Sports ihre nachdrücklich vertretene Forderung, den Sport in die Landesverfassung aufzunehmen, an der notwendigen verfassungsändernden Mehrheit gescheitert ist. Sie hält an dieser Forderung fest: Der Sport muß Verfassungsrang erhalten.

Förderung des Sports eine Pflichtaufgabe

Die Förderung des Sports muß eine Pflichtaufgabe aller politisch verantwortlichen Kräfte sein.

Spitzensport, Breitensport und Freizeitsport dürfen dabei nicht isoliert gesehen werden. Sie bauen einander auf und ergänzen sich.

- Die F.D.P. bekennt sich zur sportlichen Höchstleistung. Sie lehnt gesundheitsgefährdende Mittel, sowie jede Art von Manipulation ab. Sie bejaht die Zusammenarbeit mit dem Saarland im fusionierten Olympiastützpunkt "Rheinland-Pfalz/Saarland" und tritt für dessen Förderung und Erhalt ein.
- Der vorwiegend in Vereinen organisierte und wettkampforientierte Breitensport soll auch sportlich weniger talentierten Menschen Raum geben, sich in ihrer sportlichen Leistung zu messen. Der Breitensport ist auch eine gute Grundlage für die Nachwuchsförderung und Leistungsprüfungen für jedermann. Die F.D.P. unterstützt die Träger des Breitensports durch Hilfen zur Selbsthilfe.
- Freizeitsport ist Sport für jedermann. Er muß allen zugänglich sein und soll den Neigungen und Interessen möglichst vieler Bürger und Bürgerinnen Rechnung tragen. Als Ziel des Freizeitangebotes sieht die F.D.P. nicht das Angebot für wenige, sondern zweckmäßige Anlagen für viele.
Für den Freizeitsport stellen - neben den Sportvereinen - kommerzielle Sporteinrichtungen ein breites Angebot für die Bevölkerung sicher. Die F.D.P. begrüßt privatwirtschaftliches Engagement auch auf dem Gebiet des Sports und räumt ihm den genügenden Raum ein.

Bund und Land haben jedem Bürger sein Recht auf Sport zu sichern

Durch finanzielle Hilfen und steuerliche Entlastung haben sie den Sport nach dem Subsidiaritätsprinzip zu unterstützen.

Aufgabe muß es sein

1. Jedem Bürger sportliche Betätigung zu ermöglichen
 - Einrichtungen, Flächen und Gewässer zur Sportausübung sind bereitzustellen.

Zur Lösung des Interessenkonfliktes Sport und Umwelt wird gefordert:

- Vom Sport ausgehende Emissionen sind mit anderen Maßstäben zu messen als Gewerbe- oder Verkehrslärm.
- Beim Vollzug des Immissionsschutzgesetzes und der Auslegung der neuen Ergänzung des § 906 BGB ist der Bedeutung des Sports und seinem sozialen Status Rechnung zu tragen und sicherzustellen, daß Sport auf dem "Sportplatz um die Ecke" möglich bleibt.
- Die Sportorganisationen sind als Träger öffentlicher Belange an der Planung des Raumes und der Fläche sowie deren Gestaltung zu beteiligen.

2. Dem Sport durch finanzielle Unterstützung und steuerliche Entlastung Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

- Der Sport ist am Umsatz aller Wettgeschäfte der Toto-Lotto GmbH mit gleichen prozentualen Anteilen zu beteiligen. Diese Anteile sollten dem Sport unmittelbar zufließen und als Eigenleistung gewertet werden.
- Die kostenfreie Überlassung öffentlicher Sportstätten an Sportvereine soll wie bisher nach dem Sportstättenförderungsgesetz erhalten bleiben.
- Die Möglichkeit des gemeindlichen Billigkeitserlasses bei der grundsteuerlichen Behandlung von Grundstücken, die der Sportausübung dienen, sind zu erweitern.
- Sportstätten sind beim Bewertungsgesetz bevorzugt zu behandeln.

Der Berufssport und Berufssportveranstaltungen sind von Steuerbegünstigungen und Steuerbefreiungen auszunehmen.

3. Das Bewußtsein der Öffentlichkeit den Wert des Sports ist zu heben.

- In ihrem Auftrag der Grundversorgung müssen die öffentlich-rechtlichen Anstalten auch ihre Verpflichtung erfüllen, ein umfassendes Bild vom Sport und seiner sozialen Lebenshilfe zu liefern.
- Die privaten Anbieter sollten neben dem Spitzensport die Interessen des Breiten-, Freizeit- und Regenerationssports ebenfalls mit Anregungen für jedermann wahrnehmen.
- Die elektronischen Medien und die Printmedien haben als geheime Miterzieher unserer Gesellschaft und kritische Wegbegleiter des Sports auch einen Beitrag für Fair play und gegen Gewalt zu leisten. Beiträge zum Fair play und zum Abbau von "Gewalt im Sport" verdienen gegenüber der unverhältnismäßigen Herausstellung von sensationell aufgemachten Auswüchsen stärkere Beachtung.
- Interessen von Minderheiten müssen zur Geltung kommen können.

Die Kommunen haben die sportlichen Aktivitäten zu fördern

Sie haben ein vielfältiges ausreichendes Angebot an Sportstätten und Freizeitanlagen bereitzustellen. Die Gemeinden, Städte und Landkreise sollen dabei ein partnerschaftliches Verhältnis mit den Vereinen anstreben.

Dazu gehört, daß

- die Kommunen auf Gebühren für die Nutzung der Sportstätten und Freizeitanlagen verzichten;
- die Vereine Eigeninitiative entwickeln und zur Pflege und Erhaltung der Sportstätten und Freizeitanlagen beitragen;
- die Gemeinden in ihre Bauleitpläne Vorrangflächen für Sport aufnehmen;
- Sportstättenleitpläne das notwendige Angebot an Sportstätten und Freizeitanlagen regeln,

- die Gemeinden - auch deren Volkshochschulen - ein eigenes Sportangebot nur dann entwickeln, wenn das Angebot der Vereine Versorgungslücken aufweist.
- für Leistungen der Kommunen zur Förderung des Sports diese selbst verantwortlich sind. Sie dürfen nicht nachrangig beurteilt werden. Bis zur gesetzlichen Bestimmung als Pflichtaufgabe sind freiwillige Leistungen für den Sport unter Anerkennung der Selbstverwaltungshoheit wie eine Pflichtaufgabe zu behandeln.

Die Vereine bilden die Kernzellen sportlicher Betätigung

Sie sind ein wichtiges soziales Netz für die Bevölkerung. Freizeit-, Breiten- und Spitzensport haben im Verein ihre gemeinsame Grundlage. Die Vereine sind am besten in der Lage umfangreiche sportliche Angebote kostengünstig zu machen. Bund, Länder und Gemeinden unterstützen die Vereine in einem partnerschaftlichen Verhältnis ideell und materiell. Dazu gehören:

- Hilfen zur Selbsthilfe und Förderungsbeiträge;
- Förderung der Schüler- und Jugendarbeit sowie von Vereinsprogrammen, welche eine verstärkte Einbeziehung von Jugend, Senioren, Behinderten, Aussiedlern und Ausländern gewährleisten;
- kostenfreie Benutzung der staatlichen und kommunalen Sportstätten;
- Ausgleich von Belastungen der Vereine, die eigene Sportstätten nutzen, durch besondere Hilfen der öffentlichen Hand;
- Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit; sie muß durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse und durch steuerliche Entlastung erleichtert werden indem
- für Übungs- und Organisationsleiter eine zeitgemäße Pauschale gefördert wird, die von der Steuer freigestellt wird;
- beim Vollzug des Bildungsfreistellungsgesetzes sichergestellt wird, daß Übungs- und Organisationsleiter einbezogen werden.

Sport im Vorschulalter und in der Schule: Fundamente für den Sport

Die natürliche und spontane Bewegungsfreude muß durch Sport und Spiel bereits im Vorschulalter gefördert werden. Die Förderung von Geschicklichkeit, Selbstsicherheit, Erfolgsszuversicht und Gemeinschaftsverhalten muß im Vordergrund stehen.

- Kindergärten und Kindertagesstätten sind mit ihren Außenanlagen so zu gestalten und auszustatten, daß kindgemäße Spiele und Bewegungserziehung möglich sind.
- Bewegungserziehung, Spiele, Rhythmik und Schwimmen müssen zu festen Bestandteilen von Ausbildung und Fortbildung der Erzieherinnen werden.

- Zur Intensivierung der Bewegungserziehung sollen Kindergärten, Vorschuleinrichtungen und Sportvereine gezielt zusammenarbeiten.

Der Schulsport als unverzichtbarer Teil der Erziehung muß stärker als bisher gefördert und vor Rückschritten bewahrt werden. Er bietet die Möglichkeit, die Bereitschaft für lebenslange sportliche Betätigung zu entwickeln.

- In allen Schulen ist die Gleichstellung des Sports als wesentlicher Bestandteil der schulischen Gesamterziehung zu gewährleisten.
- Mindestens zwei Sportpflichtstunden sind in allen Schulen zu garantieren. Die 3. Sportstunde mit dem Ziel der täglichen Sportzeit ist anzustreben.
- Unvermeidbarer Unterrichtsausfall darf nicht allein zu Lasten des Sportunterrichts ausgeglichen werden.
- Noch bestehende Benachteiligungen im Berufsschulsport sind abzubauen.
- Ein breites Angebot, das über das herkömmliche hinausgeht, sollte sich im Sportunterricht niederschlagen. Dabei sollte der Schwimmunterricht unverzichtbarer Bestandteil des Schulsports sein.
- Die vielfältigen Möglichkeiten Sport zu unterrichten und Sport zu treiben müssen weiter ausgebaut werden. Dazu gehören u.a. Sport als Pflicht- und Neigungsfach, Sport als Leistung- und Grundkursfach in der gymnasialen Oberstufe, Sport als Prüfungsfach im Abitur und seine Berücksichtigung im Zulassungsverfahren zum Studium.
- Der Einsatz von Sportlehrern mit staatlicher Lehrbefähigung muß in allen Schulen ausgebaut werden. Dabei ist insbesondere in den Grundschulen auf eine wesentliche quantitative Verbesserung hinzuwirken.
- Förderung sportlicher Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein.
- In Abstimmung zwischen Schulverwaltung, Schulträgern und den Sportfachverbänden sollen zur Talentförderung Schulsportleistungszentren, spezielle Sportgymnasien, wie in Kaiserslautern, errichtet werden.
- Selbstgestaltete Schulsportfeste sind zu fördern.
- Der Sportunterricht ist durch sportärztliche Untersuchungen zu begleiten.
- Schulhöfe sollen als Spielhöfe gestaltet sein und den Kindern auch nachmittags zur Verfügung stehen.

Sport eine Selbstverständlichkeit in vielen Bereichen

An den Hochschulen, bei der Bundeswehr, bei der Polizei und beim Bundesgrenzschutz muß eine regelmäßige Sportmöglichkeit gewährleistet sein.

- Ein ausreichendes Angebot an Freizeit-, Breiten- und Leistungssportmöglichkeiten ist erforderlich.
- Genügend voll ausgebildete Sportlehrer sind zur Verfügung zu stellen.

Sport gehört auch zur Gesundheitsvorsorge und Therapie. Er leistet wertvolle Hilfen sowohl zur Erhaltung körperlicher und psychischer Gesundheit als auch für ihre Wiederherstellung. Er kann wichtige Hilfen bei der Rehabilitation Behinderter und der sozialen Integration Straffälliger leisten.

- Verstärkt ist Sport für Mutter und Kind, für körperlich haltungsschwache Kinder und Jugendliche und für Senioren anzubieten.
- Behinderten ist Sportausübung unter Betreuung geschulten Fachpersonals zu ermöglichen.
- Im Strafvollzug ist die Möglichkeit zu sportlicher Betätigung zu geben und zu fördern.

Der Sport braucht zu seiner Entwicklung die Sportwissenschaft.

- Grundlagen- und praxisbezogene Forschung müssen sich gegenseitig anregen und ergänzen.
- In der ärztlichen Ausbildung sind sportmedizinische Aspekte stärker zu berücksichtigen.
- Für die Sportmedizin ist ein eigener Ausbildungsgang einzurichten. Sie ist in die Approbationsordnung aufzunehmen. Für die fachspezifische Weiterbildung sind entsprechende Angebote zu machen.

HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

Oberster Grundsatz liberaler Finanzpolitik ist, die öffentlichen Mittel so sparsam und wirkungsvoll wie möglich einzusetzen.

Damit spätere Generationen noch eigene Finanzentscheidungen treffen können, darf die öffentliche Verschuldung nicht höher sein als die Summe, die in einem überschaubaren Zeitraum zurückbezahlt werden kann. Der Schuldenberg darf nicht den Blick für die Zukunft versperren.

Zum Abbau der Verschuldung sind z.B. auch Vorruhestandsregelungen im öffentlichen Dienst und Baustandards bei der Planung und Errichtung öffentlicher Gebäude zu überprüfen.

Die Steuer- und Abgabenlast für den einzelnen Bürger hat ihre Grenze erreicht. Sie begrenzt die Freiheit des einzelnen in unangemessenem Umfang. Die F.D.P. setzt sich deshalb für Steuersenkungen ein.

Erhaltungssubventionen sind abzuschaffen oder zumindest stark abzubauen.

Grundsätzlich sollen Bund, Land und Gemeinden Subventionen nur noch geben, um private Investitionen anzureizen, neue Technologien und Innovationen zu fördern. Existenzgründungsprogramme müssen helfen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. In Rheinland-Pfalz muß ein gemeinsames Förderprogramm von Europäischer Union, Bund und Land die Konversion militärisch genutzten Geländes in zivile Nutzung erleichtern. Investitionsförderprogramme nach dem Muster des Zonenrandförderungsgesetzes sollen in Rheinland-Pfalz helfen, neue Arbeitsplätze in militärisch genutzten Gebieten zu schaffen.

Die Gewerbesteuer muß abgeschafft werden, weil sie wettbewerbsverzerrend und als wichtigste Finanzquelle der Gemeinden zu unstetig und krisenanfällig ist. Für die Steuerausfälle muß im Rahmen der Gemeindefinanzreform ein entsprechender Ausgleich geschaffen werden, der die Finanzkraft der Gemeinden und ihre Finanzautonomie erhält. Dieser Ausgleich kann nur durch eine angemessene Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer und der Lohn- und Einkommensteuer erreicht werden.

Liberaler Finanzpolitik macht zur Bedingung, daß die Kommunen nur dann mit neuen Aufgaben belastet werden dürfen, wenn zugleich vom Land oder Bund ein entsprechender finanzieller Ausgleich gegeben wird. Das Finanzausgleichsgesetz muß zur Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung künftig Verfassungsrang erhalten.

Das Betriebsvermögen muß auf die Dauer von der Vermögensteuer befreit werden, da es innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (außer in Luxemburg) keine betriebliche Vermögensteuer mehr gibt.

Auch in Rheinland-Pfalz ist eine weitere Steigerung der investiven Ausgaben zu Lasten der Verbrauchsausgaben notwendig. Eine Umschichtung des Landeshaushalts mit dem Ziel, die Steuermittel mit höherem Wirkungsgrad einzusetzen und gleichzeitig weniger überflüssige Verwaltungsausgaben zu finanzieren, ist eine bleibende Grundsatzforderung der F.D.P. auch im neuen Landtag von Rheinland-Pfalz.

Neubauprojekte in kommunaler Verantwortung sollten in privater Hand oder, unter Hinzunahme von technischem Sachverstand, als Betreibermodell realisiert werden. Dies gilt zum Beispiel für öffentliche Gebäude, aber auch für die Organisation der Wasserver- und -entsorgung sowie der Abfallbeseitigung. Wenn weder Privatisierung noch Betreibermodelle gewünscht sind, sollte von den Vorteilen des Leasings von einem privaten Bauträger Gebrauch gemacht werden, um Bauzeit und Kosten zu verringern.

Der Abbau der Neuverschuldung im Landeshaushalt bleibt vorrangiges Ziel der F.D.P. in Rheinland-Pfalz. Der F.D.P.-Fraktion im Landtag ist es in der vergangenen Legislaturperiode gelungen, zahlreiche Verbrauchsausgaben zugunsten investiver Ausgaben umzuschichten. Dieser Weg muß auch in der neuen Legislaturperiode fortgesetzt werden, um in Rheinland-Pfalz bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Eine solide liberale Haushalts- und Finanzpolitik schafft dafür die Voraussetzungen.

Kommunale Selbstverwaltung

Demokratie wächst von unten. Die kommunale Ebene ist dem Bürger am nächsten. Hier kann der einzelne seine Fähigkeiten und Meinungen am besten und wirksamsten einbringen.

Die **F.D.P.** - Rheinland-Pfalz hat dieser Tatsache Rechnung getragen, indem sie sich über Jahrzehnte hinweg für die Urwahl von Bürgermeistern und Landräten sowie für die Möglichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden eingesetzt hat. Mit der Verabschiedung der Änderung der Gemeindeordnung 1993 ist dieses Ziel erreicht worden.

Die kommunale Selbstverwaltung ist jedoch gefährdet, weil Städte und Gemeinden nicht mehr die finanzielle Ausstattung erhalten, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.

Die Haushaltsprobleme vieler Gemeinden sind zum Teil hausgemacht. In allen Kommunen müssen die angebotenen Leistungen deshalb überprüft und neu geordnet werden. In den großen Städten hält die **F.D.P.** die Neustrukturierung der tatsächlichen gemeindlichen Aufgaben auf rein hoheitliche Aufgabenwahrnehmung für sinnvoll und erstrebenswert. Weitere Privatisierungsmöglichkeiten müssen deshalb umgesetzt werden.

Konsolidierungsmaßnahmen müssen aber auf allen Ebenen der öffentlichen Hand, nicht nur in Städten und Gemeinden, ergriffen werden. Das schließt die Option eines weiteren Personalabbaus und eine Umstrukturierung der Verwaltung auch in den Landesbehörden ein. Die maßgeblich von der **F.D.P.** - Rheinland-Pfalz betriebene Zusammenlegung von Ministerien war ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg sollte konsequent weiter beschritten werden.

Die **F.D.P.** Rheinland-Pfalz tritt dafür ein, daß

- angestrebt wird, möglichst viele kulturelle und soziale Initiativen in den Städten und Gemeinden am Leben zu erhalten;
- keine Landesgesetze mehr erlassen werden, die den Kommunen zusätzliche Finanzierungslasten aufbürden;
- Kommunen vom Land gefördert werden, die zur Erfüllung bestimmter Aufgaben durch verstärkte Kooperation mit dem Umland kostengünstigere Lösungen mit Nachbargemeinden erreichen;
- die Gewerbesteuer als unerläßliche Einnahmequelle durch eine für die Kommunen sicherere finanzielle Basis ersetzt wird.

Vor der Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung kommunaler Einrichtungen (z.B. Dorfgemeinschaftshäuser, Festhallen, Theaterbauten, Hallenbäder usw.) sind Bedarfsnachweise und Folgekostenberechnungen vorzulegen.

Der Fehlentwicklung einer ständig steigenden Staatsquote einerseits und gleichzeitig immenser finanzieller Engpässe bei der Erfüllung kommunaler Aufgaben andererseits muß wirksam entgegengetreten werden.

REGIONALE STRUKTURPOLITIK

Die Maßnahmen des Landes Rheinland-Pfalz zur Bewältigung des Strukturwandels dienen vornehmlich der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher Gebiete.

Durch die militärische Abrüstung haben sich gerade hier zusätzliche Wirtschafts- und Strukturprobleme ergeben.

Daher sollen die bisherigen Förderprogramme des Landes in einer zweiten Stufe durch zusätzliche projektbezogene Fördermaßnahmen ergänzt werden. Das unternehmerische Risiko dieser Maßnahmen soll bei den beteiligten bzw. geförderten Unternehmen liegen.

Die **F.D.P.** will Bemühungen zur Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze in Regionen fördern, die vom Militärabzug besonders stark betroffen sind. Hierzu gehören Anreize und Hilfen für die Gründung und Ansiedlung von Unternehmen aus dem Dienstleistungsbereich mit hoher Wertschöpfung, wie z.B. aus der Hochtechnologie und Mikroelektronik.

Die **F.D.P.** wird auf den Bund einwirken, damit freiwerdendes militärisches Gelände und ungenutzte Liegenschaften schnell und zu einem günstigen Preis an interessierte Kommunen oder private Investoren weitergegeben werden, um eine zügige Anschlußnutzung zu gewährleisten.

Index

A

Abfälle, 34, 35
Abitur, 8, 9, 55, 89
Abrüstung, 94
Abstandsgebot, 73
Acker, 38
Akutkrankenhäuser, 74
Alkohol, 76
Altenclubs, 72
Altenpflege, 72
Altentagesstätten, 72
Alternativkultur, 68
Altlasten, 34
Amateurtheater, 69
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, 72, 73
Arbeitseinkommen, 34, 73
Arbeitslosigkeit, 4, 13, 17, 18, 58, 73
Arbeitsplätze, 2, 12, 18, 26, 27, 28, 29, 39, 73, 79, 83, 91, 92, 94
Archive, 67
Asyl, 81
Aufbaustudien, 10
Aus- und Weiterbildung, 27
Ausländer, 14, 45, 48, 51, 67, 77, 88
Auszubildende, 7, 24, 56, 57
Auto, 4, 12, 20, 22, 23, 24, 27, 59, 73, 91

B

Bahn, 5, 22, 23, 24, 31, 50, 60
Bahnreform, 24
Bauen, 4, 6, 9, 10, 28, 30, 36, 37, 38, 53, 54, 56, 59, 62, 70, 71, 75, 83, 86, 89, 91
Bauer, 62, 66
Baugesetzbuch, 43
Baukosten, 30
Bauland, 30
Bauleitplanung, 37
Baurecht, 30
Bedürftige, 70, 74
Behinderte, 24, 46, 75, 85, 88, 90
Belegarztwesen, 74
Berufsbeamtentum, 50
Berufssport, 87
Betriebsvereinbarungen, 4, 27
Bettenabbau, 75
Bewertungsgesetz, 87
Bezirksregierung, 50
Bibliotheken, 67
Bildungsfreistellungsgesetz, 88
Binnenschifffahrt, 25

Biotechnologie, 51
Biotopschutz, 37
Boden, 38, 42, 63, 65, 68
Bodenordnung, 63
Breitensport, 86
Bundesgrenzschutz, 89
Bundeswehr, 89
Bürgergeld, 4, 19, 70, 71
Bürgermeister, 45, 49, 50, 93
Bürokratie, 5, 6, 70
Busverkehr, 24

C

Chemie, 10, 39

D

Datenschutz, 45, 46
Denkmal, 32, 68
Denkmalpflege, 68
Denkmalschutz, 32, 68
Deponierung, 35
Deregulierung, 5, 17, 18
Dienstleistung, 10, 12, 17, 27, 28, 29, 31, 33, 62, 65, 74, 83, 94
Dogmen, 33
Dorferneuerung, 32
Drittmittel, 10, 61
Drogen, 49, 71, 76
Durchgangsverkehr, 31

E

Eigenkapitalbasis, 5, 27
Eigentum, 30, 37
Eigentümer, 30, 43
Eigentumsquote, 37
Einkommen, 3, 5, 6, 30, 34, 56, 62, 65, 70, 71, 73, 81, 91
Elektro-Pendolino, 22
Energiekosten, 5
Energienutzung, 26, 29
Energiewirtschaft, 5, 26
Entfernungspauschale, 21
Erfinder, 28
Erholungsorte, 25
Ersparnisse, 34
Erzieher, 71, 84, 87, 88
EUROPOL, 15, 48, 81
Existenzgründung, 91
Exportquote, 2
Extensivierung, 81

F

Fachhochschule, 6, 10, 56, 59, 60
Familie, 7, 8, 24, 31, 46, 51, 52,

53, 71, 79
Fernfachhochschul, 59
Fernstudium, 59
Fernwärme, 36
Finanzausgleichsgesetz, 91
Finanzpolitik, 91, 92
Flexibilisierung, 19, 50
Flughafen, 23
Forschung, 10, 26, 27, 29, 35, 39, 40, 42, 44, 59, 60, 61, 67, 83, 84, 90
Forschungsförderung, 26
Forstwirtschaft, 36, 42, 43, 63, 65, 66
Fortbildung, 8, 54, 68, 84, 88
Frauen, 15, 45, 46, 48, 60, 77, 79, 80
Frauen-Gleichstellungsgesetz, 45
Frauenhäuser, 79
Freiheitsprinzip, 33
Freilandversuch, 65
Freizeit, 7, 32, 40, 52, 67, 71, 83, 85
Freizeitsport, 86
Fremdenverkehr, 25, 31, 32, 66
Fremdsprachen, 6, 56, 82

G

Ganztagsschulen, 7, 52, 79
Gebühren, 17, 18, 34, 60, 73, 83, 87
Gefahrguttransporte, 25
Genforschung, 39, 61
Gentechnik, 39, 40, 65
Gesamtschule, 55, 56
Geschwindigkeitsbegrenzungen, 25
Gesundheit, 29, 30, 39, 71, 74, 75, 77, 85, 86, 90
Gesundheitsreform, 75
Gesundheitssystem, 74
Gewalt, 14, 15, 47, 48, 51, 87
Gewerbe, 4, 18, 27, 36, 37, 83, 86, 91, 93
Gewerbe- und Vermögensteuer, 4
Gewerbeflächen, 37, 83
Gleichstellung, 45, 46, 80, 89
Graduiertenförderung, 60
Grundschule, 7, 52, 53, 54, 89
Grundwasser, 37, 38, 40
Güterverkehrszentren, 20, 23
Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, 25
Gymnasium, 55, 56

H

Handwerk, 18, 19, 27, 68, 72, 79

Index

Handwerkskammer, 79
Hare-Niemeyer, 45
Hochschulpolitik, 59
Hochschulreife, 8, 9, 55
Hochschulzugang, 9, 57
Hochsicherheitsdeponie, 35
Hochwasser, 41, 42, 81
Hörfunk, 83

I

ICE, 22
Immissionsschutzgesetz, 86
Industrie, 2, 4, 6, 18, 19, 20, 25, 27, 29, 36, 38, 42, 61, 63
Informationsgesellschaft, 83
Innere Sicherheit, 81
Interventionssystem, 64
Investitions- und Strukturbank, 2
Investitionslenkung, 17
Investitionszuschüsse, 28

J

Jahresarbeitszeiten, 3, 19
Jugendarbeit, 68, 88
Jugendkunst, 69
Justiz, 14, 15, 45, 47, 48
Justizministerium, 45

K

Kartellrecht, 36
Kernenergie, 26
KFZ-Pauschale, 21
Kinder, 6, 7, 14, 15, 21, 24, 44, 48, 51, 52, 54, 56, 59, 68, 70, 71, 75, 76, 79, 88, 89, 90
Kinderbetreuung, 59, 79
Kindergärten, 71, 79, 88, 89
Kindertagesstätten, 88
Kirche, 45, 71
Klärschlamm, 35
Klima, 11, 18, 42, 65, 81
Kommunalabgabengesetz, 45
Kommunalwahlrecht, 45
Kommunikation, 20, 21, 27, 29, 42, 49, 83
Kommunikationsinfrastruktur, 29
Kompostierung, 35
Konversion, 5, 30, 91
Körperschaftsteuer, 5
Kosteneinsparung, 75
Kraftfahrzeugsteuer, 36
Krankenhäuser, 74
Krankenhausplanung, 75
Kreativität, 12, 28, 54, 62
Kreislaufwirtschaftsgesetz, 35

Kultursommer, 69
Kumulieren, 46
Kunst, 67, 68, 69
Kunstakademie, 8, 9, 55
Kunstobjekte, 69

L

Landespflegegesetz, 43
Landesrechnungshof, 47
Landesverfassung, 45, 46, 47, 85
Landesverfassungsgerichtshof, 46
Landeswassergesetz, 41
Landräte, 45, 49, 93
Landschaftsplanung, 42
Landschaftsschutz, 32, 40
Landwirt, 12, 35, 38, 39, 40, 42, 43, 62, 63, 65, 66, 81
Langzeitarbeitslose, 3, 4, 73
Lärmsanierung, 21
Organisierungsgrundlagen, 33, 37
Lebensmittel, 13, 38, 39, 40
Lebensqualität, 25, 72
Lehrangebot, 9
Lehrer, 7, 8, 52, 53, 54, 84, 89
Lehrstellen, 73
Leistungsprinzip, 50
Lohnzusatzkosten, 3
Lotto, 87
Luftverkehr, 20, 22, 23

M

Männer, 46, 79
Marktelemente, 26
Marktkräfte, 17
Marktorientierung, 62
Marktwirtschaft, 2, 3, 5, 11, 12, 13, 17, 18, 20, 26, 28, 29, 33, 46, 74
Maschinenlaufzeiten, 3
Medien, 8, 53, 83, 84, 87
Medikamente, 40
Medizin, 40, 74, 75, 90
Meinungsp pluralismus, 83
Mengenregulierung, 64
Miete, 30
Migranten, 77
Milchwirtschaft, 63
Minderheiten, 77, 83, 87
Mittelstand, 27, 63
Mittelzentren, 23
Monopolmärkte, 29
Multimedia, 83, 84
Musik, 68, 69

N

Nachwachsende Rohstoffe, 41, 63

Natur- und Landschaftsschutz, 32
Naturhaushalt, 62
Naturschutzgesetz, 43
Kunstakademie, 8, 9, 55
Neuverschuldung, 92
Niedrigenergiehäuser, 38
Nikotin, 76

O

Oberzentren, 23, 24
Objektförderung, 30
Obstanbau, 64
Öffentlicher Dienst, 50
Ökologie, 39
Ökologische Marktwirtschaft, 11
Ökosystem, 42
Ökwald, 42
ÖPNV, 21, 24
Ordnungsrecht, 33
Organisierte Kriminalität, 14, 15, 47, 48
Ortsumgehung, 25
Ost-West-Öffnung, 3

P

Park-and-Ride-Anlagen, 20, 24
Parlament, 46, 50, 71, 82
Patienten, 74, 75
Pflanzenschutzmittel, 38, 65
Pflege, 43, 68, 72, 75, 87
Pflegeheime, 72
Pfleger, 46, 79
Pflehaufgabe, 85, 88
Plebiszitäre Elemente, 46
Polder, 41
Polizei, 14, 15, 45, 47, 48, 49, 77, 89
Polizeirecht, 47
Printmedien, 87
Private Finanzierung, 5
Privates Kapital, 30
Privatfunk, 83
Privatisieren, 25, 30, 31
Privatisierung, 4, 5, 18, 26, 92, 93
Produkte, 27, 28, 29, 30, 31, 33, 39, 62, 65

Q

Qualifikation, 7, 19, 28, 57, 79
Qualitätswein, 64

R

Radverkehr, 25
Reaktoren, 26
Realgymnasium, 56

Index

Realschule, 55, 56
Rebland, 38
Rechnungshof, 47
Rechts- und Innenpolitik, , 45, 51
Rechtsstaat, 14, 47, 48, 77
Regenerative Energien, 26
Regenwasser, 38, 41, 42
Regionalmuseen, 68
Rheinanlieger, 81
Rheinland-Pfalz-Takt, 2, 24
Rheintal, 21, 22, 24
Rohstoffe, 11, 34, 38, 41, 63

S

Satellit, 83
Schadstoff, 36, 38, 40, 42
Schienengüterverkehr, 24, 25
Schienenschnellverkehr, 22
Schienenstrecken, 21, 25
Schulaufsicht, 7, 57
Schüler, 7, 8, 21, 24, 52, 53, 54, 55, 57, 82, 88
Schulsport, 89
Schulzeit, 82
Schwangerschaft, 79, 80
Schwimmunterricht, 89
Selbstbestimmung, 18, 46, 59
Selbstentfaltung, 18
Selbsthilfegruppen, 73
Selbstverantwortung, 33, 39
Selbstverwaltung, , 60, 66, 74, 88, 91, 93
Solartankstelle, 21
Solarwärme, 36
Solidargemeinschaft, 62
Sonderabfall, 35
Sozialabgaben, 34
Soziales Engagement, 8, 53, 74
Sozialhilfe, 73, 74
Sozialleistung, 4, 70, 71, 73
Sozialpolitik, 51, 70, 71, 78
Sparsamkeit, 26
Spitzensport, 86, 87, 88
Sportvereine, 86, 87, 89
Staatsbürger, 71
Stabilitätskriterien, 81
Standort Rheinland-Pfalz, 2, 20, 22, 23, 39, 63, 83
Steinkohle, 26
Steuerentlastung, 34
Steuern, , 4, 17, 34, 37
Steuersenkung, 5, 91
Steuersystem, 34
Strafvollzug, 49, 90
Strom, 36
Strukturpolitik, 2, 25, 94
Strukturwandel, 10, 58, 94

Student, 59, 60
Studiengebühren, 60
Studienort, 59
Subjektförderung, 30
Subsidiaritätsprinzip, 81
Subventionen, 17, 74, 91
Südpfalzstrecke, 24
SWF, 83

T

Tarifautonomie, 4, 27, 73
Tarifpolitik, 4, 73
Technologie-Transfer, 2
Technologiepolitik, , 18, 28
Technologiezentren, 2, 28
Teilzeit, 19, 51, 75, 79
Teilzeitbeschäftigung, 51
Telekom, 5, 27, 29
Theater, 67, 69, 93
Therapieplätze, 76
Tierschutz, 43, 44, 46
Tierzucht, 39
Toleranz, 8, 53, 85
Toto, 87
Trinkwasser, 38, 39, 40, 41, 42
Tutoren, 60

U

Überreglementierung, 17
Umweltmedizin, 74
Umweltpolitik, 11, 33, 36, 42
Umweltschutz, 11, 17, 18, 29, 33
Universitäten, 10, 59
Unternehmen, 4, 5, 10, 17, 18, 19, 26, 27, 28, 29, 31, 34, 35, 50, 62, 65, 66, 94
Unternehmensvielfalt, 27
Unterrichtsausfall, 53, 89
Urwahl, 46, 49, 57, 93

V

Verbraucher, 17, 31, 33, 39, 65
Vereine, 7, 52, 67, 71, 86, 87, 88, 89
Verfassungsreform, 45
Verkabelung, 83
Verkehrsgemeinschaften, 24
Verkehrsinfarkt, 20, 24
Verkehrsinfrastruktur, 2
Verkehrspolitik, 20, 25, 31
Verkehrssicherheit, 20, 21
Verkehrsträger, 20, 24
Versauerung, 38, 40, 41, 42
Verursacherprinzip, 33
Verwaltungsvereinfachung, 50, 70

Volksbegehren, 46
Volksentscheid, 46
Volksinitiative, 46
Vorschule, 89

W

Wachstumspolitik, , 11, 13
Wagniskapital, 28
Währung, 4, 60, 81, 93
Wald, 23, 38, 40, 41, 42, 65, 66
Wärmedämmung, 36
Wasser, 20, 22, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 65, 81, 92
Wasserstraße, 20, 22
Weinbau, 62, 64, 65, 66
Weinwerbung, 64
Weiterbildung, 6, 10, 27, 28, 52, 56, 58, 77, 84, 90
Weiterqualifizierung, 3, 10
Werbeeinnahmen, 83
Werteorientierung, 8, 53
Wertstoff, 34
Wettbewerbsfähigkeit, 22, 31, 63, 82
Windenergie, 36
Winzer, 62, 64, 66
Wirtschaftsstandort, 63
Wissenschaft, 8, 9, 10, 38, 53, 59, 60, 61, 90
Wohlstand, 11, 12, 13, 17, 28
Wohngeld, 73
Wohnraum, 30, 37, 59
Wohnungen, 30
Wohnungsbau, 72

Z

Zeitung, 83
Zuerwerbsbetriebe, 62
Zweckverbandsgesetz, 49
Zwei-Säulen-Modell, 6, 53, 56